



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

CSU-Parteitag in Augsburg:

Mit klarem Kurs durch die Krise

Als „Standortbestimmung und ein Signal an die Menschen“ bezeichnete CSU-Vorsitzender und Ministerpräsident Dr. Markus Söder den zweitägigen CSU-Parteitag in Augsburg unter dem Motto „Mit klarem Kurs durch die Krise“. Vor rund 1.500 Delegierten und Gästen betonte Söder: „Wir geben Halt und Hoffnung. Wir kümmern uns, wir sorgen uns. Wir werden alles dafür tun, dass Bayern gut durch diese Krise kommt.“

Der Parteichef stellte heraus, dass sich die CSU klar von anderen Parteien unterscheidet: Keine Aufweichung des Lebens-

in fordert die CSU von der Ampel-Koalition vereinfachte Verfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine wei-

ropäischer Ebene enger zusammenzuarbeiten – sowohl beim Ausbau eines Wasserstoffnetzes als auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien und für einen Zugang zu Rohstoffen.

Gesicherter Leistung einen Preis geben

Aus Sicht der CSU benötigt Deutschland ein neues Strommarktdesign mit einem Kapazitätsmarkt, der gesicherter Leistung einen Preis verleiht. Das aktuelle Strommarktdesign, das sich bei der Preisbildung an der teuersten erzeugten Kilowattstunde orientiert (Merit Order), werde durch kriegsbedingte Gaspreise verzerrt. Diese Verzerrung sei dringend zu korrigieren. „Es muss gelten: Merit Order erhalten und den Strompreistreiber Gas aus dem Preissystem entfernen. Zudem müssen die Energiesteuern dauerhaft gesenkt werden.“

Schutz der kritischen Infrastruktur

„Elementar für unseren Wohlstand ist der Schutz unserer kritischen Infrastruktur“, heißt es weiter. Sie müsse mit aller Konsequenz gegenüber hybriden (Fortsetzung auf Seite 4)

FW-Landesversammlung in Straubing:

Vorfahrt für Pragmatismus

Ein Jahr vor der Landtagswahl 2023 haben die Freien Wähler bei ihrer Landesversammlung in Straubing wichtige inhaltliche Weichen gestellt. Verabschiedet wurden Resolutionen in den Bereichen Energie, Gesundheit und Öffentlicher Dienst. Laut Landesvorsitzender Hubert Aiwanger „steckt Deutschland in einer Krise, aber wir Freie Wähler sind da, um Lösungen zu finden, die Ärmel hochkrempeln und pragmatisch anzupacken. Handlungsfähigkeit ist gefordert, doch auf Bundesebene werden diese Probleme nicht angepackt.“

Im Detail wird die Bundesregierung beim Thema Energiesicherheit unter anderem aufgefordert, zeitnah einen realisti-



Hubert Aiwanger. Bild: StMWi/A. Heddergott

schon und nachhaltigen Energieplan bis 2024 vorzulegen, der ohne Ideologie alle jetzt nötigen energiepolitischen Aspekte abdeckt. Zudem sollen Erneuerbare Energien weiter massiv fokussiert werden. Auch gelte es, die Bürokratie zu reduzieren. Dar-



V.l.: Sebastian Franz, Stefan Rößle, Dr. Gerhard Hopp, Matthias Dießl, Carmen Pepiuk und Katrin Albsteiger.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Kommunale Leitplanken für das Grundsatzprogramm

Unter dem Motto „Für ein neues Miteinander“ erarbeitet die CSU-Grundsatzkommission aktuell das zukünftige Grundsatzprogramm für die Partei, das auf einem Parteitag im Mai kommenden Jahres verabschiedet werden soll. In einer gemeinsamen Sitzung in München mit dem Co-Vorsitzenden der Grundsatzkommission Dr. Gerhard Hopp, MdL, brachte die KPV Bayern unter der Leitung ihres Landesvorsitzenden, Landrat Stefan Rößle „kommunale Leitplanken“ sowie weitere kommunalpolitische Themen ein.

Hopp erläuterte die Vorgehensweise bei der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms, das einem Gemeinschaftswerk gleichkomme, da es gemeinsam mit den Mitgliedern, den Arbeitsgemeinschaften und -kreisen, den Foren und Kommissionen der CSU sowie unter

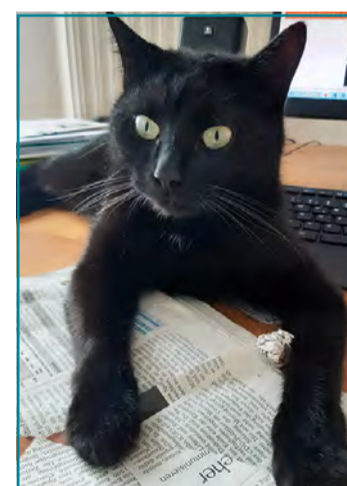
der Beteiligung von Verbänden, Organisationen und der Zivilgesellschaft entstehe.

Hören, wo der Schuh drückt

Er wolle in die Orts- und Kreisverbände hören, wo der Schuh drücke, welche Lösungsansätze

es gebe und wie die CSU bewährt bleibe, aber neu gedacht werden könne. „Für ein neues Miteinander“ sei deshalb ein probater Leitgedanke. Er bringe zum Ausdruck, dass im Freistaat Stadt und Land zusammengehörten, Tradition und Fortschritt keinen Widerspruch darstellten und Investitionen und Haushaltsdisziplin gemeinsam geschult werden könnten. Ziel sei es, die Erfolgsgeschichte der CSU fortzuschreiben und ihre DNA fit für die Zukunft zu machen.

Derzeit laufe die Beteiligungsphase mit Verbänden und Experten (Fortsetzung auf Seite 4)



FußballWM in Katar und das auch noch im Advent! Ein chinesischer Staatskonzern, der sich in den Hamburger Hafen einkauft, gerade als Peking sämtliche Verfechter von marktwirtschaftlichen Ansätzen zugunsten von Verfechtern der Staatswirtschaft aus dem Politbüro gekärchert hat: Nein, lästern wird er nicht, unser Rathauskater Pino. S. 19



Dr. Markus Söder und Friedrich Merz.

Bild: CSU

schutzes, keine Freigabe von Drogen, Leistung müsse sich lohnen. Söder zufolge startet aktuell eine Kulturdebatte größeren Ausmaßes. Jedoch gehe es dabei nicht um neue Freiheit, sondern „zwanghaftes, illiberales Spießertum“. Dagegen gebe es eine Philosophie: die Liberalitas Bavariae. „Jeder soll bei uns essen, was er will, jeder kann bei uns sagen, was er will, und jeder soll bei uns anziehen, was er will. Denn wir sind ein Freistaat und kein Zwangsstaat!“, unterstrich Söder.

Kompass statt Chaos

„Wir stehen im Gegensatz zur Ampel für Kompass und nicht für Chaos. Wir haben Ideen und Konzept!“, erklärte Generalsekretär Dr. Martin Huber. Die CSU sei Stabilitätsanker für Bayern und Deutschland. Dies manifestiere sich auch in dem einstimmig verabschiedeten Leittrag „Mit klarem Kurs durch die Krise. Wir schützen Bayern. Für eine starke Zukunft“. Dar-

tere Nutzung der Kernkraft. Die Entscheidung der Ampelkoalition, die Kernkraftwerke lediglich bis April 2023 laufen zu lassen, sei „ein durchsichtiger ideologischer Kompromiss zur Rettung der zerstrittenen linksliberalen Koalition“ und eine „dramatische Fehlentscheidung für unser Land und den Klimaschutz“.

Bundesregierung versagt in der aktuellen Krise

Konkret wirft die CSU der Bundesregierung im Leittrag vor, in der aktuellen Krise versagt zu haben: „Angesichts dieser Herausforderungen braucht Deutschland politische Führung.“, Die Ampel verliere sich in ideologischen Grabenkämpfen, Selbstbespiegelung und Zuwartung. „Unternehmen und Verbraucher interessieren sich nicht für den Gründungsmythos einer Antiatomkraftpartei, sondern verlangen zurecht, dass bestehende Probleme gelöst und die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand gesetzt werden.“

Zugleich fordert der Antrag vom Bund, die Förderung für grundlastfähige Geothermie aufzustocken und ein dezentrales Batteriespeichernetz für Strom aus Photovoltaikanlagen aufzubauen. Um den Wohlstand und die Wirtschaft in Deutschland vor der Krise zu schützen, müsse jede zur Verfügung stehende Energieform genutzt werden: „Weil der Angebotsschock und die damit massiv erhöhten Preise aller Voraussicht nach auch im Winter 2023/24 anhalten oder sich sogar noch verstärken werden, ist klar: Es muss alles ans Netz, was geht!“ Atomkraftwerke müssten mindestens bis Ende 2024 am Netz bleiben und auch alle Kohlekraftwerke genutzt werden.

Perspektivisch spricht sich die CSU im Papier dafür aus, auf eu-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Kommunaler Finanzausgleich 2023 – Spitzenergebnis 2
Gegen Ausverkauf sensibler Infrastruktur 2
Krankenhäuser müssen schnell stabilisiert werden 2

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
KPV: Der Kommunale Finanzausgleich 2023. 3

Gute Pflege. Daheim in Bayern 3
Preise der Bayerischen Landesstiftung. 4

Kommunale Energiethemen 5
Kommunikation · IT · Breitband. 6-10
Kommunale Bau Themen · Gestaltung öffentlicher Räume 11-15
GaLaBau · Forst · Kommunalfahrzeuge 16-17

Aus den bayerischen Kommunen. 18-20

Kommunaler Finanzausgleich 2023:

Neuerliches Spitzenergebnis

Obwohl die Haushaltslage des Freistaats weiter höchst angespannt ist, konnten sich Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände bei ihren Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich 2023 auf ein neues deutliches Spitzenergebnis einigen. Insgesamt stellt der Freistaat Bayern im kommenden Jahr rund 11,3 Mrd. Euro für seine Kommunen zur Verfügung. Damit wird das Vorjahresergebnis von 10,6 Mrd. Euro deutlich übertroffen.

Nach den Worten von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bleibt der Freistaat „sicherer Anker für seine Kommunen“. Der kommunale Finanzausgleich 2023 schaffe Stabilität, notwendige Planungssicherheit und einen zusätzlichen Schub für wichtige Zukunftsinvestitionen. Dennoch stünden sowohl der Staatshaushalt als auch die kommunalen Haushalte weiterhin krisenbedingt unter sehr hohem Druck, betonte Füracker. Daher appelliere der Freistaat gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden an den Bund, dass auch dieser seiner Verantwortung gerecht wird und einen substanziellen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen leistet. „So sind beispielsweise ein weiterer Ausgleich für die Mehraufwendungen von Staat und Kommunen für Asylbewerber und Geflüchtete aus der Ukraine sowie ein Schutzschirm für die kommunalen Stadtwerke zur Absicherung der kommunalen Energieversorgung notwendig.“

Von einem „äußerst schlag-

kräftigen kommunalen Finanzausgleich“ sprach Kommunalminister Joachim Herrmann. Angesichts der gravierenden, mit dem Ukraine-Krieg verbundenen Unsicherheiten, dürfe das Ergebnis „durchaus erneut als Beweis gelten, dass die Bayerische Staatsregierung und die bayerischen Kommunen treue Partner sind und die Zusammenarbeit auch in diesen aktuell schwierigen Zeiten verlässlich funktioniert“.

Neuer Höchststand bei Schlüsselzuweisungen

Unter anderem umfasst der kommunale Finanzausgleich 4,3 Mrd. Euro an Schlüsselzuweisungen – ein neuer Höchststand und eine Steigerung um 6,7 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahr. Der Ansatz für Bedarfzuweisungen und Stabilisierungshilfen wird 2023 auf dem Vorjahresniveau von 120 Mio. Euro fortgeführt. Diese dienen der zielgenauen Unterstützung von besonders finanzschwachen und konsolidie-

rungswilligen Gemeinden.

Die allgemeinen Finanzausgleichs nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich werden im Jahr 2023 auf dem hohen Niveau von 850 Mio. Euro fortgeführt.

Die Zuweisungen an die Bezirke betragen wie im Vorjahr 706,5 Mio. Euro. 2023 profitieren die Bezirke darüber hinaus von der Gewerbesteuerkompensation, die der Freistaat den Gemeinden im vergangenen Jahr nochmals gewährt hat. Diese wird 2023 in die Bemessungsgrundlage der Bezirksumlage einbezogen und stabilisiert damit die Umlagegrundlagen. Davon profitieren auch die Landkreise bei der Kreisumlage.

Schwerpunkt kommunale Investitionen

Der Schwerpunkt wurde dieses Jahr erneut bei den kommunalen Investitionen gesetzt. Für den kommunalen Hochbau, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, steht wie im Vorjahr gut eine Milliarde Euro zur Verfügung. Gleichzeitig verbleiben die Mittel für die Krankenhausfinanzierung (643 Mio. Euro) und die Investitionszuschüsse (446 Mio. Euro) auf dem hohen Vorjahresniveau.

Für die Härtefallförderung für den Bau von Abwasser- und Wasserversorgungsanlagen stehen im kommenden Jahr Mittel in Höhe von 150 Mio. Euro bereit. Dies bedeutet eine Anhebung des Haushaltsansatzes um rund 60 Mio. Euro bzw. 66 Prozent. Von dieser Förderung profitieren vor allem kleinere Gemeinden im ländlichen Raum.

Für die Straßenausbaupauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen 2023 insgesamt 115 Mio. Euro zur Verfügung. Damit können über den regulären Etat (85 Mio. Euro) hinaus weitere 30 Mio. Euro an die Gemeinden verteilt werden.

„Wir konnten einen tragfähigen Kompromiss erzielen“, stellt Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und diesjähriger Verhand-

lungsführer der kommunalen Spitzenverbände, fest. „Positiv hervorzuheben ist, dass die Schlüsselzuweisungen deutlich ansteigen. Das ist ein Beitrag zur Stabilisierung kommunaler Haushalte in Zeiten steigender Ausgabeverpflichtungen. Außerdem ist es gelungen, die Förderung für den Bau von Schulen und Kindertagesstätten auf hohem Niveau zu erhalten. Trotz dieses Ergebnisses stehen die Kommunen wegen der absehbaren Kostensteigerungen vor schwierigen Haushaltsberatungen.“

Außergewöhnliche Umstände

Für Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, ist das Ergebnis „den außergewöhnlichen Umständen geschuldet“ und könne nur deshalb unter Berücksichtigung der erforderlichen Solidarität vom Bayerischen Gemeindetag mitgetragen werden.

Sorge vor kommenden Rückgängen

„Staat und Kommunen eint die Freude über die heuer noch aufgewachsenen Steuereinnahmen“, hob Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, hervor. „Die Verhandlungen über deren Verteilung waren aber schon deutlich geprägt von der Sorge vor kommenden Rückgängen. Unter diesen Voraussetzungen haben wir das Ergebnis mitgetragen.“

„Da die Bezirke überwiegend über Umlagen finanziert werden, begrüßen wir die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen“, erklärte Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags. Dies stärke die Finanzen der Umlagezahler und auch die Umlagegrundlagen der Bezirke für 2024. Dennoch blickt Löffler mit Sorge in die nahe Zukunft: „Auch wenn die Umlagegrundlagen 2023 noch relativ stabil sind, werden die Bezirke in den kommenden Jahren höhere staatliche Zuweisungen benötigen. Nur so können sie ihre Aufgaben in der sozialen Daseinsvorsorge weiterhin erfüllen, ohne die Umlagezahler zu überfordern. Denn eines ist klar: Auch in schwierigen Zeiten brauchen Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen unsere Unterstützung und dürfen nicht hinten runterfallen.“ DK

Deutscher Landkreistag:

Die Krankenhäuser müssen schnell stabilisiert werden

Der Deutsche Landkreistag fordert die Bundesregierung auf, die Krankenhäuser dringend finanziell zu stabilisieren. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Die finanzielle Lage vieler Krankenhäuser ist beunruhigend und spitzt sich weiter zu. Auf Bundesebene müssen umgehend die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Kliniken über die derzeitigen Krisen hinweg in die nächsten Jahre zu führen.“ Insbesondere seien die Krankenhäuser massiv von Kostensteigerungen betroffen, die drastischen Energiepreise kämen noch hinzu.

Die Landkreise seien einer der wichtigsten Träger von Krankenhäusern gerade der Grund- und Regelversorgung, so der DLT-Präsident weiter. „Sie haben auch den Sicherstellungsauftrag für die stationäre medizinische Versorgung. Viele Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft befinden sich in extremer Schieflage. Sie können auch unter maximaler Ausschöpfung von Kostensenkungspotenzialen die Preissteigerungen nicht bezahlen.“ Der Bund müsse in dieser dramatischen Situation wirksam gegensteuern.

„Den Ankündigungen des Bundesgesundheitsministers sind bislang keine Taten gefolgt. Wenn der Bund aber nicht kurzfristig für einen Ausgleich der Inflations- und Energiekosten durch einen kostendeckenden Aufschlag auf die Fallpauschalen

sorgt, könnten bald erste Krankenhäuser nicht mehr zahlungsfähig sein. Das kann niemand ernsthaft in Kauf nehmen.“

Für die wohnortnahe Versorgung wäre das überdies fatal: „Nach einer aktuellen Umfrage der Deutschen Krankenhausgesellschaft erachten 85 Prozent der Menschen eine Fahrzeit von maximal 30 Minuten zum nächstgelegenen Krankenhaus als noch akzeptabel. Dafür ist gerade das flächendeckende Netz der Krankenhäuser in ländlichen Räumen entscheidend“, so Sager. Die Konzentration von Häusern in Ballungsräumen oder Großstädten sei strikt abzulehnen.

Zuletzt hatte auch der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in der Energiepreiskrise kurzfristig zu unterstützen. □

Aktuelle Herausforderungen im kommunalen Straßenbau

1. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Online, kostenfrei, Registrierung erforderlich

Straßen sind öffentliche Güter, die aufwendig unterhalten werden müssen. Autofahrer wollen staufrei und zügig ihre Ziele erreichen, Radfahrer sicher auf ebenen Flächen fahren und Fußgänger brauchen breite Wege. Für Anlieger und Geschäftsleute, Ver- und Entsorgungsbetriebe sowie Rettungsdienste muss Erreichbarkeit gewährleistet werden.

Rund 860.000 km Straßen sind die sichtbaren Lebensadern unseres Zusammenlebens in Deutschland. Die Gemeindestraßen, deren Bau und Unterhalt den Gemeinden innerhalb ihres Gemeindegebietes obliegt, bilden weit über die Hälfte des Straßennetzes ab. Für den kommunalen Straßenbau und -unterhalt erhalten die bayerischen Gemeinden pauschale Fördermittel des Freistaats. Darüber hinaus können Neu- und Ausbauprojekte von verkehrswichtiger Bedeutung gefördert werden.

Aufgrund hoher Energiepreise, massiv steigender Erzeugerpreise, steigender Umweltauflagen, stetig steigender Kosten für Transport und Entsorgung von Bauabfällen und des Fachkräftemangels stehen die Ausbau- und Erhaltungsplanungen der Kommunen im Straßenbau zunehmend unter Druck.

Referenten und Programm:

- In Stoffkreisläufen denken – planen – bauen | **Baudirektor Dr.-Ing. Johann Eicher, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr**
- Umgang mit Bodenaushub nach der neuen Mantelverordnung | **Holger Seit, Landesverband Bayerischer Bauinnungen e.V. (LBB)**
- Materialpreissteigerungen im kommunalen Straßenbau in Bayern – Herausforderungen in der Praxis | **Robert Huber, Bayerischer Bauindustrieverband e.V. (BBIV)**
- Umgang mit Recycling-Baustoffen im Straßenbau | **Stefan Schmidmeyer, Baustoff Recycling Bayern e.V. gemeinsam mit Dr. Bernhard Kling, Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. (BIV)**
- EU-Projekt „URGE: Circular Building Cities“ | **Daniel Rank, Landeshauptstadt München**
- Moderation: Constanze von Hassel | **Bayerische Gemeindezeitung**

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de □

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bildrechte und die DSGVO

Teil 1: 18. November 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 9. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt. □

Medientraining: Grundkenntnisse

11. Januar 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Sie haben etwas zu sagen! Klar, denn Sie arbeiten als Pressereferenten, in der Öffentlichkeitsarbeit oder als "Entscheider" für Ihre Heimat. Doch wie vermitteln Sie am besten Ihre Inhalte? Wie springen die Medien auf Ihre Bekundungen an? Und wie ticken Journalisten eigentlich? All das erfahren Sie in diesem Seminar. Für Sie wird es ab sofort kein Problem sein, mit der Presse zu agieren, denn mit diesem Kurs sind Sie auch in der Präsentation und Ihrer Rhetorik gewappnet und wissen, wie man sich, seine Schutzbefohlenen und die Heimat in der Öffentlichkeit präsentiert.

Inhalt: Wie ticken Journalisten? Wie präsentiere ich am besten?

Referent: Maximilian von Rossek, Politikjournalist

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt. □

Oktober-Ausgabe 2022 von „Bayern in Zahlen“:

Die Rolle der Statistischen Landesämter im europäischen Gesetzgebungsprozess

Die Oktober-Ausgabe 2022 von „Bayern in Zahlen“ beleuchtet Gremien im Europäischen Statistischen System und den Gesetzgebungsprozess aus Perspektive der Länder

Die amtliche Statistik in Bayern und bundesweit wird durch die Europäische Union beeinflusst. Die einzelstaatlichen Stellen für die amtliche Statistik und Eurostat arbeiten im Europäischen Statistischen System in verschiedenen Gremien zusammen. Die Länder – so auch Bayern – können ihre Anliegen bei der Gesetzgebung auf Unionsebene im Rahmen ihrer Kompetenzen geltend machen: Dies geschieht regelmäßig durch Stellungnahmen des Bundesrates und durch Beauftragte des Bundesrates, die an den Beratungen in Brüssel als Teil der deutschen Delegation mitwirken. Dem förmlichen Gesetzgebungsverfahren geht in der amtlichen Statistik stets die fachliche Diskussion der Entwürfe von Eurostat im Europäischen Statistischen System voraus. Ebenso wirken hier die Länder durch die statistischen Landesämter – also auch dem Bayerischen Landesamt für Statistik – mit.

Ein Beitrag der Oktober-Ausgabe 2022 von „Bayern in Zahlen“ beleuchtet aus Länderperspektive die Gremienzusammenarbeit im Europäischen Statistischen System sowie den europäischen Gesetzgebungsprozess im Bereich Statistik. □

Gegen Ausverkauf sensibler Infrastruktur

Kabinetts: Bayern bekennt sich zu Beteiligungen an Infrastruktureinrichtungen

Infrastrukturen sind die Grundvoraussetzung für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft und die Lebensadern der Wirtschaft. Die Sicherstellung und Aufrechterhaltung insbesondere der sensiblen Infrastrukturen ist daher eine Kernaufgabe staatlicher, aber auch unternehmerischer Sicherheitsvorsorge. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und die Energiekrise führen zu einer erhöhten Gefahr des Ausverkaufs der bayerischen und deutschen Wirtschaft.

Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich klar zur Beteiligung des Freistaats an seinen eigenen Infrastruktureinrichtungen. Sie bilden das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft und sind ein entscheidender Standortfaktor. Die Beteiligungen an den Flughä-

fenbetreibergesellschaften, den Häfen und den Messen dürfen daher aus verkehrs-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Sicht nicht in die Hände von Investoren außerhalb der EU geraten:

a) Unsere Flughäfen München und Nürnberg stellen die nationale und internationale Luftverkehrsinfrastruktur sicher und gewährleisten nicht nur die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Versorgung von Menschen und Unternehmen mit Lebensmitteln, Gütern und Rohstoffen.

b) Die Bayerische Landeshaafenverwaltung mit ihren sechs Binnenhäfen stellt notwendige Infrastruktur für die Verkehrsträger Schiff, Bahn und Lkw bereit. Damit schafft der Freistaat auch die infrastrukturellen und organisatorischen Voraussetzungen für die gewünschte Verkehrsverlagerung auf Binnenschiff und Bahn.

c) Mit der Beteiligung an der Messe München GmbH und der NürnbergMesse GmbH schafft der Freistaat Bayern positive Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Bayern und bietet der exportorientierten bayerischen Wirtschaft eine attraktive Plattform zur Produktpräsentation und zum Informationsaustausch.

Der Ministerrat hat bereits 2018 und 2019 im Hinblick auf den Digitalfunk BOS Weitsicht bewiesen, indem er beschlossen hat, das Digitalfunknetz in die eigene Netzhoheit zu übernehmen und eine 72-Stunden Notstromversorgung aufzubauen. Nur so können die hohen Anforderungen an Ausfallsicherheit und Wirtschaftlichkeit erfüllt werden.

Dr. Anton Preis

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Erwin Baumgartner
84494 Neumarkt-St. Veith
am 6.11.

Landrat Helmut Weiß
91405 Neustadt a.d. Aisch-
9.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Irmgard Sauerer
93179 Brennbach
am 4.11.

Bürgermeisterin Dr. Birgit Kreß

91459 Erlbach
16.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Dirk Vogel
97688 Bad Kissingen
am 5.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Held
86470 Thannhausen
am 14.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Fachkongress in Nürnberg:

„Gute Pflege. Daheim in Bayern“

Mit „Strategien zur Stärkung bedarfsorientierter Pflegestrukturen“ befasste sich ein von Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek veranstalteter Fachkongress in der NürnbergMesse. Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des vom Gesundheitsministerium gemeinsam mit Bayerischem Gemeinde-, Städte-, Landkreis- und Bezirkstag, und der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern erarbeiteten Strategiepapiers „Gute Pflege. Daheim in Bayern“.

Wie Holetschek erläuterte, „ist es unser Ziel, angemessene, bedarfsorientierte und wirtschaftliche Sorge- und Pflegestrukturen zu schaffen. Dazu zählen Angebote und strukturelle Maßnahmen, die den Pflegeberuf attraktiver machen. Ein weiterer Punkt ist die Stärkung der häuslichen Pflege, indem bedarfsgerechte Strukturen zur Unterstützung der Pflegenden und ihrer pflegenden Angehörigen geschaffen werden.“

Ständig steigende Zahl Pflegebedürftiger

Vor dem Hintergrund einer stetig steigenden Zahl an Pflegebedürftigen, einem sich gleichzeitig abzeichnenden zunehmenden Mangel an Pflegekräften und einer erwartbaren sinkenden Anzahl pflegender Angehöriger „müssen wir uns deshalb jetzt noch stärker den demografischen Herausforderungen stellen und die Versorgungsstrukturen im Freistaat anpassen. Die Lösung dieser Mammutaufgabe kann nur gemeinsam mit den Kommunen gelingen.“

Löffler: Ambulante Versorgung durch Angehörige

Rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden laut Franz Löffler, Präsident des Bayeri-

schen Bezirkstags, zu Hause gepflegt. Dort werde ein großer Anteil der ambulanten Versorgungsleistungen von Angehörigen und dem näheren sozialen Umfeld geschultert. Daher finde er den in dem Strategiepapier enthaltenen Ansatz richtig und wichtig, insbesondere die Hilfen im Vorfeld der Pflege auszubauen. Diese müssten mit bereits bestehenden Angeboten wie zum Beispiel den Pflegestützpunkten eng vernetzt werden, damit sie sich gegenseitig ergänzen.

Karmasin: Grundlegende Reform der Pflege

Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, forderte eine grundlegende Reform der Pflege, eine Entlastung der Langzeitpflege und eine Stärkung der Pflege daheim durch so genannte sorgen- de Gemeinschaften. Dieser Mix aus professionellen Kräften, An- und Zugehörigen sowie zivilgesellschaftlich Engagierten werde von den bayerischen Landkreisen gefördert. Der Aufbau von Sorgestrukturen auf Gemeindeebene könne nur im Zusammenwirken von Freistaat, Kommunen und Kassen gelingen.

Pannermayr: Gemeinsames Positionspapier

„Die bayerischen Kommunen

wissen, wie wichtig das Thema Pflege vor Ort ist und haben hierzu bereits zahlreiche, wertvolle Initiativen ins Leben gerufen“, erklärte Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Das gemeinsam verabschiedete Positionspapier mache deutlich, dass die enormen Herausforderungen im Bereich Pflege nur gemeinsam gemeistert werden können. „Wir als Bayerischer Städtetag bringen uns gerne konstruktiv in den weiteren Dialog ein.“

Brandl: Multimodale Ansätze

„Pflege- und Betreuungskräfte sind in einer Zeit zunehmender Hilfs- und Unterstützungsbedürftiger notwendiger denn je. Wir werden es aber realistisch nicht schaffen, die Herausforderungen mit den aktuellen Strukturen zu bewältigen“, stellte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, klar. Benötigt würden neue multimodale Ansätze, die ein Netzwerken von Spezialisten, Hilfskräften und Ehrenamt verzahnen und der älter werdenden Gesellschaft möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in gewohnter Umgebung ermöglichen. Da, wo es noch funktionierende Familienbetreuung gibt, brauche es Unterstützungsangebote, um Überbelastungen zu vermeiden. Um neue Strukturen zu schaffen, sei eine gezielte und vorausschauende Planung und Entwicklung notwendig. Auch wenn den kreisangehörigen Kommunen keine unmittelbaren Regelungskompetenzen zukommen, gehe es um die Menschen, die in unseren Kommunen leben und alt werden. „Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die es kreativ anzugehen gilt. Da sind wir gerne dabei.“

Aus Sicht von Dr. Irmgard Stipler, Vorsitzende des Vorstandes der AOK Bayern für die ARGE der Pflegekassenverbände in Bayern, kann gute Pflege nur gelingen, wenn die Besonderheiten vor Ort berücksichtigt werden. Dabei nähmen die Kommunen als Experten für ihre Region eine entscheidende Rolle ein, für die die Kranken- und Pflegekassen ein verlässlicher Partner mit fachkundiger Pflegeexpertise sind. Das gemeinsam erarbeitete Strategiepapier sei „eine wertvolle Orientierungshilfe sowie wichtiger Wegweiser für unser Handeln in der Pflegeberatung, Gesundheitsförderung und der aktiven Gestaltung pflegeorientierter Sorgestrukturen“. DK

sammen mit vielen Akteuren an einem Strang ziehe und erst jüngst das Strategiepapier ‚Gute Pflege. Daheim in Bayern‘ beschlossen hat. Ein wichtiger Baustein hierbei sei das bayerische Förderprogramm ‚Pflegesoh Nah‘. Entsprechend groß sei die Nachfrage. Für das Jahr 2022 lagen dem Bayerischen Landesamt für Pflege (LfP) insgesamt 93 Anträge mit einem möglichen Fördervolumen von knapp 204 Millionen Euro vor. Im Haushalt veranschlagt sind rund 79 Millionen Euro.

Die Umsetzung von „Pflegesoh Nah“ liegt beim LfP. Damit sollen stationäre Pflege incl. Ausweitung in den sozialen Nahraum und häusliche Pflege wohnortnah gestärkt werden. Durch die staatlichen Gelder können Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze, aber auch Dauerpflegeplätze sowie Begegnungsstätten gefördert werden. Im ambulanten Bereich können die ambulant betreuten Wohngemeinschaften eine Förderung erhalten.

Weitere Informationen rund um die Förderrichtlinie finden Interessierte im Internet unter www.stmgp.bayern.de/service/foerderprogramme/pflegesohnah/ sowie unter www.pflegesohnah.bayern.de. □

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft, stark steigende Baukosten und die Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche Entwicklung aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verursachen, dass dringend benötigte kommunale Investitionen nicht im erforderlichen Umfang umgesetzt werden können. Die Folge daraus sind real sinkende Investitionen. Diese aktuellen Rahmenbedingungen sorgen schon jetzt für eine massive Verschärfung der kommunalen Finanzlage.

In Bayern sorgt die Bayerische Staatsregierung insbesondere über den Kommunalen Finanzausgleich für die finanzielle Stabilität der Kommunen. Die KPV hat im diesjährigen Vorgespräch zum Kommunalen Finanzausgleich 2023

KPV: Der Kommunale Finanzausgleich 2023

ihre Forderungen mit Nachdruck und im Interesse aller kommunalen Ebenen in die Verhandlungen mit den Staatsministerien eingebracht.

So hat sich die KPV dafür eingesetzt, dass das Volumen der Schlüsselzuweisungen im Jahr 2023 erhöht wird, da dies insbesondere in Krisenzeiten kleinere und finanzschwächere Kommunen stärkt. Ebenso dringend werden – aus Sicht der KPV – weitere Mittel von rund 1 Mrd. Euro für den kommunalen Hochbau – z. B. für den Bau



von Kindergärten und Schulen – benötigt. Gerade kleine Kommunen im ländlichen Raum brauchen im Jahr 2023 stärkere finanzielle Unterstützung über die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen. Mit diesen Forderungen konnten wir im Vorgespräch Verhandlungserfolge erzielen.

So werden die Schlüsselzuweisungen um 267 Mio. Euro (+6,7 Prozent) auf 4,27 Mrd. Euro erhöht. Auch steigen die Mittel für den kommunalen Hochbau um 350,4 Mio. Euro (+53,9 Prozent) auf rund 1 Mrd. Euro, ebenso wie die geforderte Härtefallförderung um 59,75 Mio. Euro (+66,2 Prozent) auf 150 Mio. Euro.

Die KPV hat in den Verhandlungen ebenso deutlich gemacht, dass die staatliche Entnahme aus dem allgemeinen Steuerverbund in Höhe von 410,3 Mio. Euro, wie im Jahr 2022, in Zukunft keine Zustimmung der KPV finden wird. Diese Forderung ist aus Sicht der KPV noch nicht abschließend geklärt und hier konnte nur ein Teilerfolg in den Vorgesprächen erzielt werden. So werden für den Finanzausgleich 2023 Staatsmittel in Höhe von 94 Mio. Euro für den Art. 10 Bay-FAG zur Verfügung gestellt.

So kann abschließend festgehalten werden, dass die gesamten Finanzleistungen der Bayerischen Staatsregierung über den Kommunalen Finanzausgleich 2023 in der Summe um 765 Mio. Euro (+7,2 Prozent) steigen. Das ist eine gute Nachricht in herausfordernden Zeiten für unsere bayerischen Kommunen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bürgerpreis 2022 des Bayerischen Landtags:

Bühne frei für das Leben!

Für ihr ehrenamtliches Engagement in Kunst und Kultur hat Landtagspräsidentin Ilse Aigner vier ehrenamtliche Projekte mit dem Bürgerpreis 2022 des Bayerischen Landtags ausgezeichnet. Dazu zählen der „Oh Happy Day Chor“ aus Dachau, Fürstenfeldbruck und München, das Kulturzentrum Hof „Alte Filzfabrik“, das Projekt „Inklusive Medienbildung für Burgen und Museen“ des Medienzentrums Regensburger Land und die Initiative „Kultur für Miteinander im Dorf“ der Vereinsgemeinschaft Wargolshausen. Der Wettbewerb stand heuer unter dem Motto „Bühne frei für das Leben!“

Der Inklusions-Chor „Oh happy Day“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen mit Behinderung Singen und Freude an der Musik zu ermöglichen. Gemeinsam singen 60 bis 70 Erwachsene und Kinder mit und ohne Beeinträchtigung. Szenische und tänzerische Elemente sowie eine Percussion-Gruppe ergänzen das Programm.

Schmelztiegel und Treffpunkt

Mit seiner alten Lagerhalle bietet das Kulturzentrum „Alte

Filzfabrik“ einen Veranstaltungsort für Musik, Schauspiel und Kunst als Schmelztiegel und Treffpunkt der unterschiedlichsten Szenen der Region. In selbst umgebauten Schiffahrtscontainern entstanden Bandproberäume, Ateliers, Bühne und Bar.

Ehrenamtliches Engagement

Etwa 25 junge Menschen im Alter von 18 bis Ende 30 engagieren sich ehrenamtlich für das Kulturzentrum. Ziel des Projekts „Inklusive Medienbildung

für Burgen und Museen“ ist die Bereitstellung von Teilhabe an Kunst und Kultur für Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund, die durch fehlende barrierefreie Kommunikationsstrukturen in Museen oftmals erschwert ist. So wurden z.B. Filme zur Erkundung von Burgen und vom Kunstforum Ostdeutsche Galerie im Landkreis Regensburg mit Gebärdensprache und Texten in leichter Sprache produziert.

Miteinander im Dorf

Das Projekt „Kultur für Miteinander im Dorf“ ist eine aktive Vereinsgemeinschaft aus mehreren Vereinen, die durch kulturelle Angebote ein lebendiges Miteinander im Dorf sichern und mit verschiedenen Projekten generationsübergreifenden Zusammenhalt herstellen. Es finden beispielsweise Brauchtumsfeste, Konzerte und zweimal jährlich ein kabarettistischer Fröhschoppen mit prominenten Überraschungsgästen statt. DK

Ich lese die GZ

» ... weil alle Bürgerinnen und Bürger tagtäglich mit den Entscheidungen kommunaler Politik konfrontiert sind. «

Eric Beißwenger, Mdl

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag



Preise der Bayerischen Landesstiftung:

Unermüdlich für das Gemeinwohl

Einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität im Freistaat leistet die Bayerische Landesstiftung. Anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens überreichte der Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, Dr. Florian Herrmann, im Rahmen eines Festakts die Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2022. Die diesjährige Veranstaltung stand auch im Zeichen des Gedenkens an die verstorbene Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesstiftung, Landtagspräsidentin a. D. Barbara Stamm.

Mit dem Sozialpreis wurden die Musikschule Willkommen mit Musik e. V. in Würzburg, der Strohhalm e. V. in Regensburg – Verein zur Unterstützung Obdachloser und Hilfsbedürftiger Menschen sowie die Initiative zur Seniorenwohngemeinschaft auf Schloss Künersberg im Landkreis Unterallgäu ausgezeichnet.

Vorzeigeprojekt für Integration durch Musik

Während die Musikschule Flüchtlinge mit musikpädagogischen Angeboten bei der Integration in Bayern unterstützt

und damit ein Vorzeigeprojekt für Integration durch Musik mit Stahlkraft über die Grenzen Würzburgs hinaus schafft, organisiert „Der Strohhalm“ eine soziale Begegnungsstätte in Regensburg für täglich mehr als 50 Obdachlose und Hilfsbedürftige. Das Angebot reicht von Essensausgaben bis zur Bewältigung von Alltagsangelegenheiten und ist eine wichtige Unterstützung für Menschen in Not. Die Initiative zur Seniorenwohngemeinschaft schafft wiederum Wohnraum für Senioren und zeichnet sich mit Blick auf die Pflegebedürftigkeit vor allem durch maßgeschneider-

Mit klarem Kurs ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Angriffen verteidigt werden. Die Bundesregierung sei aufgefordert, schnellstmöglich die gesetzlichen Grundlagen für einen besseren Schutz zu schaffen. Dazu zählten umfassendere Befugnisse für die Sicherheitsbehörden, eine angemessene personelle Ausstattung und Ausrüstung sowie eine Ausweitung strafbewehrten Verhaltens, das auch Vorbereitungshandlungen umfasst, etwa bei verfassungsfeindlicher Sabotage. „Entscheidend ist dabei: Wir dürfen wichtige Infrastruktureinrichtungen nicht in die Hände außereuropäischer Staaten gehen lassen.“

Keine neue Bürokratie

Das einst auch von der CSU mitverhandelte und ab 2023 gültige Lieferkettengesetz darf laut Leitartikel nicht in Kraft treten, ebenso wenig darf es eine „neue Bürokratie bei der Umsetzung der Arbeitszeiterfassung“

Vorfahrt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und eine regionale und flächendeckende Gesundheitsversorgung so gut wie möglich gewährleistet werden kann. Dabei wird die Forderung nach finanzieller Unterstützung durch den Bund, um die Liquidität der Kliniken rasch zu sichern oder abzuf puffern, unterstützt. Bekanntnis auch zum Öffentlichen Dienst: „Das Berufsbeamtentum ohne Streik ist Garant eines handlungsfähigen Staates“, heißt es in der Resolution. Das Einstellungs- und Ausbildungs-niveau soll bei der Bayerischen Landespolizei weiter von hoher Qualität bleiben. Der jährliche Stellenaufbau (500), der bisher nur bis 2025 geplant ist, soll bis 2029 verlängert werden. Beförderungsstellen und Stellenhebungen sind gezielt zu optimieren, beispielsweise bei den Inspektionsleitungen. Bei den Lehrern halten die Freien Wähler an der Verbeamtung fest und würdigen deren Leistung im Freistaat. Die geplante Anpassung der Besoldung von Grund- und Mittelschullehrern auf A13, eine langjährige Forderung der Partei, sei zeitnah schrittweise umzusetzen. Auch Förderlehrer, Fachlehrer und Lehrer im Angestellten-Verhältnis müssten eine finanzielle Verbesserung erhalten, um genügend gute und motivierte Kräfte zu bekommen und zu halten. Auch sei das Abstandsgebot bei Schulleitern zu wahren. **DK**

te Wohnformen aus. Die Initiative geht maßgeblich auf privates Engagement, insbesondere die künftigen Bewohner und Angehörige, zurück.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Über den Umweltpreis freuen sich das Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung macht Schule“ der Staatlichen Schulämter in Stadt und Landkreis Passau, der Bund Naturschutz (Kreisgruppe Hof), sowie die pepper motion GmbH in Garching bei München.

Das Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, Bildung für nachhaltige Entwicklung zum konstitutiven Unterrichtsprinzip zu erheben. Schwerpunkte sind Umweltbildung, Globales Lernen sowie Demokratiepädagogik. Das Projekt mit seinen 11 Modellschulen ist bisher einzigartig in Bayern. Die Kreisgruppe Hof des BN leistet mit

1. Kilometer für die Hin- und Rückfahrt zur Arbeit“, und „Verschwendung verhindern - Vermeidung von Neuwaren durch große Versandhäuser effektiv bestrafen!“

Berichte aus den Foren Außen- und Sicherheitspolitik (Florian Hahn, MdB), Energie (Dr. Anja Weisgerber, MdB), Familie und Soziales (Ulrike Scharf, MdB) sowie Schule und Bildung (Prof. Dr. Gerhard Waschler, MdB) standen ebenso auf der Agenda wie Erläuterungen zum Grundsatzprogramm durch die Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommission, Dr. Anja Weisgerber und Dr. Gerhard Hopp. Im Gespräch mit Manfred Weber, (Vorsitzender der EVP und EVP-Fraktion), Prof. Dr. Angelika Niebler (Vorsitzende der CSU-Europagruppe), Alexander Dobrindt (Vorsitzender der CSU im Bundestag) und Thomas Kreuzer (Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion) erfuhren die Delegierten schließlich „Aktuelles aus den Parlamenten.“

Weniger Verbote, Gängelung und Umerziehung

In seinem Grußwort stellte der CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz fest: „Deutschland kann mehr, als diese Bundesregierung zulässt.“ Wenn es darum gehe, dem Klimawandel und der Energiekrise zu begegnen, seien weniger „Verbote, Gängelung und Umerziehung“ erforderlich. Auch müsse jede Technologie erprobt und erst genommen werden, die in der Lage sein könnte, diese Probleme der Menschheit zu lösen. Als Beispiele nannte Merz die Weiterentwicklung der Fusionsenergie und das Potenzial von Erdgasförderung in Deutschland. Es sei nicht die Stunde der Ideologen, sondern die Stunde der Ingenieure.

Auch in allen anderen Politikfeldern versage die Ampel, stellte der CDU-Chef fest. Als Beispiele nannte er die Migrations-, die Wirtschafts- sowie die Gesundheits- und Drogenpolitik. Die Einführung des Bürgergeldes nannte Merz eine „einzige Traumabewältigung der SPD“, weil sie 2005 mit der Hartz-IV-Reform einmal in ihrer Geschichte das Richtige getan habe. Niemand bestreite, dass die Regelsätze angesichts von Krise und Inflation angehoben werden müssten. Jedoch gelte ein „Lohnabstandsgebot“: Wer arbeite, müsse mehr Geld verdienen als derjenige, der Transferleistungen beziehe, so Merz auch mit dem Hinweis auf den steigenden Fachkräftemangel. **DK**

dem Aufbau einer Flussperlmuschelaufzuchtstation in Hof einen großen Beitrag zum Artenschutz und wirkt dem erheblichen Rückgang der Muschel in den letzten Jahrzehnten entgegen. Die pepper motion GmbH rüstet gebrauchte Nutzfahrzeuge (Busse und Lkw) vom Dieselmotor auf E-Fahrzeug um.

Zugang zur Musik

Mit dem Kulturpreis wurden Prof. Dr. Daniel Mark Eberhard (Leiter des europaweit einzigartigen Masterstudiengangs an der Universität Eichstätt-Ingolstadt für „Inklusive Musikpädagogik“), die Künstlerin Beate Passow sowie die SZ-Redakteure Sebastian Beck und Hans Kratzer bedacht.

Ziel des Studiengangs „Inklusi-

sive Musikpädagogik ist es, allen Menschen Zugang zur Musik bzw. zum Musizieren zu eröffnen. Daneben zeichnet sich Prof. Eberhard durch sein großes ehrenamtliches Engagement aus, zum Beispiel im Präsidium des Bayerischen Musikrats. Beate Passow setzt sich offen und couragiert mit gesellschaftlichen Fragen auseinander. Mit dem Projekt „Wunden der Erinnerung“, geht sie beispielsweise Spuren des Zweiten Weltkriegs im heutigen Alltag nach. Ihre Werke werden nach wie vor in renommierten nationalen wie internationalen Museen ausgestellt. 2018 wurde Passow mit dem bundesweit beachteten Gabriele-Münter-Preis ausgezeichnet. Sebastian Beck und Hans Kratzer nehmen in ihrem gemeinsamen Buch- und

Ausstellungsprojekt „Zeitlang“ den Leser auf eine faszinierende Reise durch ganz Bayern mit – vom gelebten Brauchtum bis zu malerischen Landschaften.

Mehr als 13.000 Projekte

Herrmann zufolge wurden seit der Stiftungsgründung 1972 über 13.000 Projekte aus den Bereichen Kultur und Soziales mit mehr als 700 Millionen Euro unterstützt. Ob bei der Förderung von Baumaßnahmen zur Instandsetzung von bedeutenden Bau- und Kunstdenkmälern oder wichtigen Projekten in der Alten- und Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendhilfe: „Die Unterstützung kommt immer genau da an, wo sie gebraucht wird“, bekräftigte der Minister. **DK**

Kommunale Leitplanken ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Bislang verzeichnete man rund 1.000 Eingaben, die sich schwerpunktmäßig mit den Themen Bürokratieabbau, Allgemeine Dienstpflicht, Ablehnung der Gender-Sprache und Eigenverantwortung beschäftigen.

Bei der Erstellung einer möglichst übersichtlichen Programmstruktur bilden die Leitlinien „Unsere Werte“, „Unser Auftrag“, „Unsere Themen“ und „Unser neues Miteinander“ das inhaltliche Gerüst. Dabei steht für die CSU „Das christliche Menschenbild“ ebenso im Vordergrund wie „Sozialer Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit“ sowie der „Zusammenhalt in Bayern, Deutschland und Europa“.

Miteinander für starke Familien

Das Miteinander für starke Familien, glückliche Kinder, eine chancenreiche Jugend und aktive Senioren ist ebenso Bestandteil des thematischen Kapitels wie das Miteinander für exzellente Bildung, ausgezeichnete Forschung und vielfältige Kultur. Hinzu kommen die Themenfelder leistungsfähige Wirtschaft und solide Finanzen, moderne Infrastruktur, zukunftsfähige Mobilität und schnelle Digitalisierung, eine lebenswerte Umwelt, sauberes Klima und sichere Energie, sowie gute Arbeit und partnerschaftlicher Sozialstaat.

Für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem

Darüber hinaus liegt der Fokus auf dem Miteinander für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem und würdige Pflege, einer nachhaltigen Landwirtschaft und gesunden Ernährung, einem starken Ehrenamt und dem bayerischen Brauchtum, einem effizienten Rechtsstaat und einer wehrhaften Demokratie, einer robusten Sicherheit und Verteidigung sowie einem Miteinander für ein bürgernahes Europa und eine vertrauensvolle internationale Partnerschaft. Kurzum: „Wir gestalten das Miteinander von Stadt und Land, von Wachstum und sozialer Gerechtigkeit, von Wirtschaft, Landwirtschaft, und Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz, von Eigenverantwortung und staatlicher Verantwortung als bayerische Volkspartei mit bundes- und europapolitischem Anspruch“, hob Hopp hervor. Letztlich soll sich das politische Handeln auf allen Ebenen und in allen Gremien, in denen CSU-Mitglieder (m/w/d) aktiv sind, an diesen Grundprinzipien orientieren und damit eine berechenbare Größe für Wählerinnen und Wähler bleiben – im Gegensatz zur Ampelregierung und deren vor der Bundestags-

wahl gemachten Versprechungen.

Da die Kommunalpolitik sowie die ehren- und hauptamtlichen Mandatsträger laut KP-V-Chef Stefan Röfle „eine tragende politische Säule für die CSU und ihr neues Grundsatzprogramm“ sind, arbeitete die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU folgende zehn kommunale Leitplanken für das neue Grundsatzprogramm mit eigenen Formulierungsvorschlägen für die Grundsatzkommission aus:

Formulierungsvorschläge für das neue Grundsatzprogramm

1. Die Kommunalpolitik ist die Stärke der CSU: Keine Partei in Bayern ist kommunalpolitisch so stark verwurzelt wie die CSU. Mit knapp 12.000 kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sorgen wir für die Umsetzung der Grundwerte der CSU und einer bürgernahen Politik für die Menschen vor Ort.

2. Starke Kommunen sorgen für ein starkes Bayern: Die CSU ist die Partei der bayerischen Kommunen. An der Seite des Freistaats und der kommunalen Spitzenverbände setzen wir uns für gerechte Lösungen für alle kommunalpolitischen Ebenen ein.

3. Kommunalpolitik sorgt für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land: Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker setzen sich von Kempten bis Hof für gleichwertige Lebensverhältnisse in den ländlichen sowie städtischen Regionen Bayerns ein.

4. Kommunalpolitik ist Erhalt der bayerischen Vielfalt: Die Vielfalt in bayerischen Kommunen ist einzigartig. Diese gilt es zu fördern durch die individuelle Unterstützung der Regionen, Bezirke, Landkreise und Städte sowie Gemeinden und Märkte.

5. Kommunalpolitik ist Unterstützung der Ehrenamtlichen: Wo sich Menschen ehrenamtlich für ihre Heimat und das Gemeinwesen engagieren, entsteht Gemeinschaft. Diesen gemeinschaftlichen Zusammenhalt gilt es vor Ort in den Kommunen zu unterstützen und individuell zu fördern.

6. Kommunalpolitik ist Bewahrung der eigenen Heimat: Unsere ehren- und hauptamtlichen Politikerinnen und Politiker unterstützen das Brauchtum und die Tradition vor Ort aktiv durch ihr politisches Handeln.

7. Zukunftsweisende und nachhaltige Investitionen für unsere bayerischen Kommunen: Bayern hat eine starke und leistungsfähige Infrastruktur. Diese gilt es ziel- und zweckgebunden, gemeinsam mit den Menschen und der Politik vor Ort, zu stärken und zu modernisieren.

8. In der Kommune daheim, in der Welt zu Hause: Die bayerischen Städte, Gemeinden, Land-

kreise und Bezirke sind weit über ihre kommunalen Grenzen hinaus engagiert. Rund 1.000 Kommunen pflegen Partnerschaften mit anderen Kommunen. Zahlreiche Kommunen leisten mit Initiativen und Projekten auf der ganzen Welt kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

9. Interkommunale Zusammenarbeit: Sie wird unter den bayerischen Kommunen bereits aktiv gelebt. Die interkommunale Zusammenarbeit soll in Bayern weiter gestärkt und ausgebaut werden.

10. Starke und bürgerfreundliche Kommunalverwaltungen: Unsere Kommunen sind für die Bürger die ersten Ansprechpartner. Die CSU steht für unbürokratische und bürgerfreundliche Kommunalverwaltungen. Eine bürgernahe Kommunalpolitik hat dabei oberste Priorität.

Forderungen zum Kommunalen Finanzausgleich

Auch mit ihren Forderungen zum Kommunalen Finanzausgleich 2023 habe sich die KP-V mit Nachdruck in die Verhandlungen mit den Staatsministerien eingebracht, erläuterte Stefan Röfle. Die zentralen KP-V-Forderungen bezogen sich dabei auf starke Schlüsselzuweisungen, die Förderung des kommunalen Hochbaus, die Ablehnung staatlicher Entnahmen zu Lasten der bayerischen Kommunen sowie die Unterstützung für die kommunale Abwasser- und Wasserversorgung (siehe dazu GZ-Kolumne, Seite 3).

Unterstützung für den neuen Fachausschuss Große Städte

Stärker unterstützen und fördern will die KP-V künftig auch die großen Städte im Freistaat mit einem neuen Fachausschuss unter der Leitung des Schweinfurter Stadtrats Oliver Schulte. Sechs Jahre lang führte er zuvor bereits den CSU-Arbeitskreis „Große Städte in Bayern“.

Schulte zufolge bedarf es mit Blick auf städtische Strukturen eines engeren Austauschs der bayerischen Kommunen. Bei den anstehenden Wahlkämpfen gehe es um das „Sammeln und die Weiterleitung von Input“ an die CSU-Landesleitung. „Ob das eine Kommune in Schweinfurt, Aschaffenburg, Bamberg oder München ist – wir müssen den Wahlkampf dort anders führen als im Berchtesgadener Land oder im Fränkischen Weinland“, machte der Ausschussvorsitzende deutlich. Klar sei: „Wahlkämpfe werden auf dem Land gewonnen, sie werden aber mittlerweile auch in der Stadt verloren. Deshalb müssen wir das städtische Potenzial besser ausschöpfen.“ Diese Aufgabe gelte es, im neuen Fachausschuss anhaltend zu berücksichtigen und zu erörtern. **DK**

Dachauer Doppelhirn gegen Strominfarkt

In Sachen Blackout-Vermeidung (hoffentlich) alles Roger

In Dachau bei München arbeitet stromnetztechnisch gesehen das süddeutsch-bayerische Doppelhirn von Tennet und Bayernwerk. Im 24/7-Mehrschichtbetrieb sorgen die Mitarbeitenden von Tennet und Bayernwerk dafür, dass mit Hilfe hochsensibler Technik der benötigte Strom jederzeit und in erwarteter Qualität zur Verfügung steht, unabhängig von Wetter, Jahreszeit, politischen Verwerfungen, Cyber-Angriffen, Stromerzeugungsschwankungen und geplanten oder ungeplanten Kraftwerksausfällen.

Optisch unscheinbar, dennoch bestmöglich als systemrelevante, kritische Infrastruktur mit Panzerglas, Stacheldraht und High-tech gesichert (deshalb Fotografieren Verboten) residiert die integrierte Netzsteuerungszentrale von Tennet und Bayernwerk auf zwei Ebenen am netztechnischen Traditionsstandort in Dachau.

Schon der ehemalige regionale Energieversorger Isar-Amperwerke hatte dort jahrzehntelang seine Lastverteilung für das regionale Übertragungsnetz.

Heute residiert in Dachau die Schaltleitung für Süddeutschland des deutschen Ablegers des holländischen Staatskonzerns Tennet und die Leitstelle der E.ON-Tochter Bayernwerk. Wie im Newsroom von CNN oder der BBC sitzen die Elektroingenieure auf zwei Ebenen vor den großen, gewölbten Flachbildschirmen und haben laufend alle Netzzustände unter Kontrolle.

Tennet ist als einer der vier exklusiven, deutschen Übertragungsnetzbetreiber verantwortlich für den sicheren Stromfluss auf rund 24.500 System-Kilometern 220.000 / 380.000 Volt Höchstspannungsleitungen und 320.000 / 525.000 Volt HGÜ (Hochspannungs-Gleich-

strom-Übertragung). Indirekt hängen daran rund 42 Millionen Kunden in den Niederlanden und Deutschland oder rund 13 Millionen Bayern an rund 4.500 Kilometern Höchstspannungsleitungen.

Wie in den Synapsen des Nervensystems werden in Dachau die nationalen Stromversorgungsflüsse mit dem nachgeordneten überregionalen 110.000 Volt Hochspannungsnetz des Bayernwerks gekoppelt, das dann über zwei Spannungsreduzierungsebenen (regionale Mittel- und lokale Niederspannung) die Steckdosen erreicht.

Aber Dachau ist nicht nur Stromnetz-Steuerungszentrale, sondern auch Analyse- und Lagezentrum für die sekundengenaue Stromsituation in Deutschland beziehungsweise Bayern. Für die Stromflüsse in Süddeutschland (Tennet) und den größten Teil Bayerns (Bayernwerk Netz) - ohne Schwaben und Mittelfranken - kontrollieren die beiden Netzbetreiber die Stromein- und -auspeisung in ihren Leitungen. Für die systemrelevante Sicherstellung einer jederzeitigen Stabilität im Stromnetz wird in Dachau auch eine integrierte Systemplanung vorgenommen. Es wird ana-

lysiert und gerechnet, Dank Broker-Lizenz für die europäische Strombörse auch bei Netzstabilisierungsbedarf ge- und verkauft. Um einen unerwarteten Stromausfall für die Kunden folgenlos zu gestalten, ist es zentrales Ziel ihrer Arbeit, über die Betriebs- und Infrastruktur-Grundregel n-1 (Normalzustand trotz Ausfall eines Systems) im Bereich von Stromnetzen, Umspannwerken und Kraftwerken die Stromversorgung unbedingt aufrechtzuerhalten.

Angst vor Blackout weitestgehend unbegründet

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch eine weltweit führende Netzverfügbarkeit in Deutschland von knapp 100 Prozent. Tennet und Bayernwerk wollen damit der Öffentlichkeit sagen, dass die Kassandrarufer eines drohenden deutschlandweiten Blackouts wegen Russlandüberfall und (zum Teil hausgemachter) Energiekrise trotz der international bekannten german angst weitestgehend unbegründet sind.

Beide Unternehmen betonen die komplexe, für das öffentliche Leben extrem wichtige Sicherheit des Stromtransportes, weshalb Tennet auf einem kinogeeigneten Großbildschirm die Stromflüsse von und zu den europäischen Nachbarn ständig beobachtet. Das Übertragungsnetz in unserem Land hat kein Alleinstellungsprivileg, sondern ist Teil eines europäischen Ganzen. Für die Netzsteuerung ist es

unverzichtbar, rechtzeitig zu erkennen, wo wieviel Strom an den Staatsgrenzen importiert und exportiert, wo drohen kurz- aber auch langfristig Stromerzeugungsausfälle, wie stark sind die Übertragungsleitungen belastet, wo muss eingegriffen werden, um das Stromnetz stabil zu halten.

Stabilität der Netzfrequenz

Und stabil halten heißt, dass der Herzschlag des Stromflusses, die Netzfrequenz, ziemlich genau immer bei 50 Hertz liegen muss. Eine Beeinflussung dieser 50 Halbschwingungen pro Sekunde durch zu viel oder zu wenig Stromspeisung kann zu Frequenzschwankungen im Netz führen. Darauf reagiert besonders die digitale Welt außerordentlich empfindlich. Elektronische Steuerungen, vor allem aber auch Computer, steigen aus oder schalten sich schlagartig ab mit möglichen horrenden Folgen für Sicherheit, Wirtschaft und das öffentliche Leben.

Frequenzschwankungen zwischen 49,8 und 50,2 Hertz werden automatisch durch Einsatz sogenannter Regelleistung stabilisiert. Das verursacht inzwischen jährliche Gesamtkosten für Netzengpassmanagementmaßnahmen in Milliarden Euro-Höhe, die vor allem die privaten Haushalte über den Strompreis finanzieren dürfen.

Durch entsprechende Steuerungsmaßnahmen soll die Frequenzspanne maximal zwischen 49,99 und 50,01 Hertz gehalten werden. Das wird durch die schwankende Einspeisung großer Stromerzeugungsmengen aus Wind- und Solarkraftwerken bei parallel befürworteter Abschaltung grundlastfähiger Kraft-

werksblöcke immer schwieriger.

Richtig ernst wird es, wenn die Netzfrequenz durch zuviel Strom im Netz unter 49 Hertz sinkt. Dann werden automatisch erste Industriekunden abgeschaltet, und bei 47,5 Hertz erfolgt die Netztrennung von Kraftwerken. Und wenn es zappenduster wird: Die Folgen werden in den offiziellen Katastrophenszenarien plastisch beschrieben.

Ein wachsender Erfolgsdruck lastet deshalb auch auf den Bayernwerks-Ingenieuren im Dachauer Netz-Cockpit. Sie sollen sicherstellen, die boomende unberechenbare Stromerzeugung aus Solaranlagen störungsfrei im Netz aufzunehmen. Im Netzgebiet des Bayernwerks sind inzwischen knapp 400.000 Solarstromanlagen angeschlossen (Tendenz stark steigend); daneben speisen traditionell 2.137 Wasserkraftwerke Strom ein; bei den Windmühlen sind es bisher „nur“ 679, aber der Druck für deutlich mehr Zubau wächst stetig; und auch die vielen Biomasseanlagen in Bayern drücken ihren Strom ins Netz.

Nur Wasserkraft und Biomasse sind kalkulierbar

Lediglich die Wasserkraft und Biomasse sind in ihrer Einspeisung kalkulierbar und grundlastfähig. Die Stromproduktion aus Sonne und Wind gilt mit dem Hang zu Verniedlichung als volatil, also kaum kalkulierbar und ausschließlich abhängig von der Tageszeit, Jahreszeit und dem Wetterzustand. In Bayern sind derzeit Solaranlagen mit einer Leistung von fünfzehn 1.000-Megawatt-Kernkraftwerksblöcken installiert. Dank Einspeisevorrang muss deren Stromerzeugung zum Beispiel auch an einem

sonnigen Pfingstsonntag, wenn die Arbeit weitgehend ruht und kaum Strom verbraucht wird, vom Stromnetz aufgenommen werden. Ein derzeit geübtes erfolgreiches Steuerungsmittel ist die ferngesteuerte Abschaltung (mit Entschädigung) von Solar- und Windkraftanlagen, weshalb es seitens der Erneuerbaren-Energien Lobbyisten Kritik hagelt, dass der Netzausbau und die Netzanbindung neuer Solaranlagen durch die regionalen Netzbetreiber nicht schnell genug geht. Allein beim Bayernwerk stapeln sich in diesem Jahr schon 60.000 Netzanbindungsanträge; vor vier Jahren waren es erst 12.000 Anträge pro Jahr. Allerdings löst das die Verwertung der solaren Überproduktion nicht, denn auf unabsehbare Zeit wird es in Deutschland an geeigneten Speicherkapazitäten für ebendieses fehlen, nicht zuletzt auch durch die obligatorischen Einsprüche gegen entsprechende Infrastrukturmaßnahmen.

Blackout nicht zu erwarten

Ein großflächiger Blackout ist im Prinzip dennoch nicht zu erwarten, auch wenn die Bedrohungen speziell im Bereich Cyber-Kriminalität signifikant gestiegen sind. Und die Netzbetreiber wollen ja mit allen Mitteln nicht nur technisch einen Blackout verhindern. Durch permanente Notfallsimulations-Trainings und enge ständige Kommunikation mit- und untereinander sowohl im Kreise der nationalen und internationalen Übertragungsnetzbetreiber wie auch mit der nachgelagerten Verteilnetzbetreiberebene wie Bayernwerk und Stadtwerke München, werden die Risiken erheblich reduziert. (JK)



Bayern barrierefrei

Bayerische Staatsregierung



**DAS PROBLEM
WAR DAS MITEINANDER
IST DIE LÖSUNG.**

Bauen Sie Barrieren ab – mit Angeboten zur Teilhabe für alle! Tipps und Beratung: barrierefrei.bayern.de

Bayerischer Pakt für Digitale Infrastruktur:

Vorfahrt für Mobilfunk und Highspeed-Internet

Aber: Ampelkoalition beschließt Förderstopp für Gigabitförderprogramm des Bundes

Der Freistaat als Vorreiter: Zum gemeinsamen Ausbau von Breitband und Mobilfunk haben sich Staatsregierung, Kommunen und Netzbetreiber zusammengeschlossen. Mit dem Ziel, echtzeitfähige Mobilfunknetze und einen Datenaustausch auf Gigabit-Niveau überall in Bayern zu erreichen, unterzeichneten sie in München den „Pakt Digitale Infrastruktur“. Überschattet wurde das Gipfeltreffen von der Mitteilung der Ampelkoalition, einen sofortigen Förderstopp für das Gigabitförderprogramm des Bundes wegen fehlender Haushaltsmittel zu verfügen.

„Mit dem plötzlichen Stopp seiner Gigabitförderung hat der Bund den Ausbauplänen vieler Kommunen insbesondere im ländlichen Raum vollständig den Boden entzogen. Die Auswirkungen dieses Förderstopps auf alle laufenden Verfahren sind völlig unklar. Allein in Bayern sind voraussichtlich über 400 Kommunen betroffen, die bereits in das Bundesverfahren eingestiegen sind. In allen Fällen ist mindestens mit erheblichen Verzögerungen und aktuell nicht zu beziffernden Mehrkosten zu rechnen“, stellte Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker fest.

Enorme Verunsicherung produziert

„Gerade die Kommunen im ländlichen Raum sind dringend auf die Zuschüsse des Bundes angewiesen und werden von diesem Förderstopp jetzt eiskalt erwischt“, so der Minister. „Bislang waren Bundesförderung und die bayerische Förderung aufeinander abgestimmt, ohne Bundesbescheid ist aber eine bayerische Kofinanzierung nicht möglich. Die Ampel hat gerade dort enorme Verunsicherung produziert, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Der Bund muss diese fata-

le Fehlentscheidung sofort korrigieren und schnellstmöglich für Kommunen und Länder Klarheit schaffen, wie es weitergeht.“

Das Förderprogramm des Bundes sollte zu Beginn des Jahres 2023 mit einer neuen Richtlinie überarbeitet werden. Länder und Kommunen warten seit geraumer Zeit auf konkrete Inhalte. „Auch die Zukunft des Gigabitausbau bleibt auf Bundesebene völlig ungewiss“, unterstrich Füracker: „Eine Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Richtlinie scheint nicht auf der Agenda des Bundes zu stehen. Dies wäre aber dringend notwendig, um auch 2023 wieder Förderanträge der Kommunen zu verbescheiden. Darüber hinaus steht fest, dass auch die neue Richtlinie nicht wie angekündigt zum 1. Januar 2023 in Kraft tritt. Das ist schlicht eine Vollbremsung auf dem Weg in Deutschlands digitale Zukunft!“

Bei Kommunen, die ausschließ-

Stadt Rehau nutzt Mobilfunkförderprogramm:

In Eigenregie zum 5G-Mobilfunkmast

Als erstes Bundesland unterstützt Bayern durch das Bayerische Mobilfunk-Förderprogramm bereits seit Januar 2019 Kommunen beim Bau von Mobilfunkmasten mit bis zu einer halben Million Euro pro Anlage. Der erste Mast, der durch das Förderprogramms realisiert wurde, steht in der Stadt Rehau im Ortsteil Faßmannsreuth.

Nachdem kein eigenwirtschaftlicher Ausbau der Mobilfunkanbieter geplant war, um das bestehende Funkloch zu schließen, stellte die Stadt im Juli 2019 einen Förderantrag bei der Regierung von Oberfranken, die diesen im August 2019 bewilligte und eine Zuwendung von 500.000 Euro zuteilte. Im Dezember 2020 konnte die Errichtung eines 50-Meter-Mobilfunkmastes ausgeschrieben werden, die dann von der Bayerischen Mobilfunk GmbH durchgeführt wurde. Die Bayerische Mobilfunk GmbH ist ein junges Unternehmen aus dem Landkreis Neumarkt, das sich dem Kampf gegen die Funklöcher verschrieben hat und den ländlichen Raum auf dem Weg ins 5G-Zeitalter begleitet. „Hilfreich“, so Geschäftsführer Alois Scherer, „ist natürlich das Bayerische Mobilfunk-Förderprogramm, in dessen Rahmen der Freistaat 80 bzw. 90 Prozent der Baukosten übernimmt. Das Konzessionsmodell ist ein Segen für die bayerischen Kommunen, da sämtliche Organisation von Planung über Bau bis hin zu den Verhandlungen mit den Mobilfunkanbietern und vor allem der Betrieb vom Konzessionär, in diesem Fall der Bayerischen

Mobilfunk GmbH, durchgeführt wird.“ Der Bau wurde noch vor Weihnachten 2021 genehmigt und im Juli 2022 erfolgte die Inbetriebnahme.

Sichtbares Zeichen für die digitale Zukunft

Zur Einweihung des ersten Mastes der mithilfe des Förderprogramms entstehen konnte, kam Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger persönlich: „Rehau zeigt, wie es geht und hat den Mobilfunkausbau selbst in die Hand genommen. Die letzten Lücken im ansonst guten Netz der Stadt werden so geschlossen. Von Beginn an wird hier auch über 5G gesendet. Der neue Funkmast in Faßmannsreuth ist damit ein sichtbares Zeichen für die digitale Zukunft im ländlichen Raum.“ Alle drei Netzbetreiber werden aus Faßmannsreuth auch über 5G senden, Vodafone zudem über den aktuell modernsten Standard 5G+.

Michael Abraham, Erster Bürgermeister der Stadt Rehau, dankt allen am Projekt beteiligten Stellen für die sehr gute, zügige Arbeit: „Die die Netzabdeckung im Gemeindegebiet Rehau wird nochmals deutlich ver-

bessert.“ Er fährt fort, dass dieser Mast ohne die Unterstützung des Freistaats nicht gebaut hätte werden können. Für Landrat Oliver Bär, Landkreis Hof, ist eine gute Mobilfunkversorgung wesentlicher Teil der Infrastruktur: „Wir haben deshalb mit Unterstützung des Freistaates die Versorgungslücken ermittelt. Schritte wie hier tragen zu einer wesentlichen Verbesserung der Versorgung bei und sind die Basis für die Nutzung vielfältiger technischer Möglichkeiten.“

Europaweite Premiere

Der Minister führt die verstärkten Anstrengungen der Netzbetreiber auch auf das Förderprogramm zurück: „Das Programm war eine europaweite Premiere. 103 Kommunen haben einen Förderbescheid erhalten. In mehr als 490 Gemeinden wird es einen eigenwirtschaftlichen Ausbau durch Deutsche Telekom, Vodafone oder Telefónica geben. Unsere Initiative war ein Wechselsignal für die drei Netzbetreiber und hat zu einer spürbaren Ausbauprägnanz geführt. 2022 haben die Mobilfunknetzbetreiber im ersten Halbjahr 3.405 Mobilfunksender neu oder ausgebaut. Wenn die Bundesnetzagentur noch die nächste Frequenzvergabe besser als bisher organisiert, stehen Bayern und Deutschland vor einer guten Mobilfunkzukunft.“



v.l.: Präsident Thomas Karmasin (Bay. Landkreistag), Markus Haas (Telefónica), Staatsministerin Judith Gerlach, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Staatsminister Hubert Aiwanger, Srinji Gopalan (Telekom), Michael Jungwirth (Vodafone).

Bild: StMD/Stefan Obermeier

lich ein Bundesverfahren umsetzen, ist derzeit unklar, inwieweit Verfahrensschritte, insbesondere aufwändige Markterkundungsverfahren, wiederholt werden müssen. Dies vor allem vor dem Hintergrund, da beihilferechtliche Fristen zu beachten sind.

Fakt ist allerdings, dass der Bayerische Pakt für Digitale Infrastruktur ein wichtiger Schritt zur digitalen Transformation ist. „Wir brauchen für eine bessere Alltags-Digitalisierung im ganzen Land mehr Netzausbau und schnellere Genehmigungen“, betonte Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Der Pakt bringt bis 2025 schnelles und leistungsfähiges Internet in die Städte und aufs Land. Zusätzliche 3,1 Millionen Haushalte erhalten die Möglichkeit einer Glasfaseranbindung. Zudem werden in Bayern über 2.000 neue Mobilfunkstandorte errichtet. Weiter bekommen über 6.000 Masten ein technologisches Update, um die Qualität und Reichweite zu verbessern. Zu den wichtigsten Maßnahmen des Paktes zählen beschleunigte Genehmigungsverfahren für Mobilfunkmasten sowie alternative Verlegungsmethoden für Glasfaserkabel.

90-prozentige 5G-Abdeckung

Laut Digitalministerin Judith Gerlach baut der Pakt auf der bereits zügig ausgebauten Infrastruktur Bayerns auf. Zum Start der Regierungskoalition 2018 waren die Hälfte der bayerischen Haushalte mit Gigabit-Anschlüssen versorgt, inzwischen sind es mehr als zwei Drittel. Auch beim Mobilfunkausbau konnte die Versorgung nochmals deutlich verbessert werden. Zudem wurden die Netze weitgehend modernisiert von 4G/LTE auf eine inzwischen 90-prozentige Abdeckung mit dem 5G-Standard. Bayern als größtes Bundesland liegt damit bereits jetzt in allen Bereichen über dem Bundesschnitt.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zufolge hat Bayern beim Mobilfunk erfolgreich Tempo gemacht. Allerdings wirkten die Vorgaben im Bauverfahren als Bremsklotz und die Standortfindung dauere viel zu lang. Genau diese Punkte adressierte der Pakt. „Wir als Bauministerium setzen uns zum Beispiel dafür ein, dass der Ausbau des Mobilfunks noch schneller vorankommt“, unterstrich Staatsminister Christian Bernreiter. „Dazu stoßen wir Änderungen der Bayerischen Bauordnung an: So sollen Mobilfunkmasten bis 15 Meter Höhe im Innenbereich und bis 20 Meter Höhe im Außenbereich genehmigungsfrei sein. Außerdem sollen mobile Masten bis zu 24 Monate an einem Ort stehenbleiben können, ohne dass dafür eine Baugenehmigung nötig ist.“

Erwartungen der Kommunen an den Pakt

Für die kommunalen Spitzenverbände wies Bürgermeister Markus Reichart (Heimenkirch)

darauf hin, dass der Breitband- und Mobilfunkausbau in Bayern ohne die Kommunen Stückwerk bliebe. „Bei allen unwirtschaftlichen Standorten tragen sie die Verfahrenslast und kofinanzieren die Wirtschaftlichkeitslücken. Vom Pakt erhoffen wir uns insbesondere Unterstützung bei der Digitalisierung der Verfahren und Standards für die alternativen Verlegungsmethoden.“

Laut Srinji Gopalan, bei der Telekom verantwortlich für das Deutschland-Geschäft, wird die Telekom im Freistaat bis 2025 über 1,8 Millionen Haushalte direkt ans Glasfaser-Netz anschließen. „Wir haben jeder bayerischen Kommune ein Angebot gemacht, mit uns über einen Vollausbau mit Glasfaser zu sprechen. Das Interesse ist riesig.“ Nach den Worten von Michael Jungwirth, Mitglied der Geschäftsleitung bei Vodafone Deutschland, „erreichen wir im Mobilfunk mit dem modernsten 5G+ Netz bis Ende des Jahres etwa 50 Prozent der Haushalte im Freistaat. Im Festnetz haben schon heute mehr als die Hälfte aller Menschen in Bayern Zugang zu unseren Gigabit-Leitungen und dieses Netz machen wir in Zukunft noch leistungsfähiger. Zudem bringen wir ab dem kommenden Jahr noch mehr Glasfaser in den Freistaat – mit der größten Glasfaser-Allianz Deutschlands.“

„Bis 2025 wollen wir ganze 550.000 Haushalte mit Glasfaser bis ins Haus realisieren. Als führender Anbieter im ländlichen und suburbanen Raum haben wir im Freistaat bereits heute über 135.000 Anschlüsse gebaut und weitere 55.000 im Bau“, unterstrich Ruben Queimano, CCO Deutsche Glasfaser. „Wir sind hervorragend aufgestellt, wenn es um die Verzahnung des privatwirtschaftlichen mit dem geförderten Ausbau geht.“ Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung M-net, erklärte: „Beschleunigte Genehmigungsverfahren, vereinfachte Verlegungsmethoden und vor allem faire Infrastrukt-

tur-Kooperationen auf Open Access Basis sind aus unserer Sicht die entscheidenden Schlüssel zum Erfolg. Nun gilt es, diesen Pakt auch gemeinsam mit Leben zu füllen.“

Digitale Antragsverfahren und moderne Verlegungsmethoden

„Damit Bayern seine Vorreiterrolle in der Digitalisierung weiter ausbauen kann, müssen wir die Worte des Paktes mit Leben füllen. Dazu gehört vor allem, digitale Antragsverfahren umgehend anzubieten und die Nutzung moderner Verlegungsmethoden zu vereinfachen“, hob Jan Simons, Leiter Landes- und Kommunalpolitik BREKO, hervor. Martin Naber, CCO Leonet AG, betonte: „Wir als bayerisches Glasfaserunternehmen wollen einen großen Anteil der geplanten neuen Glasfaseranschlüsse beisteuern. Die kürzlich erfolgreich abgeschlossene Finanzierungsrunde unserer Konzernmutter Infracore Germany in Höhe von circa 900 Millionen Euro ermöglicht uns den nachhaltigen Ausbau gigabitfähiger Glasfaserinfrastrukturen großflächig und mit Tempo fortzusetzen. Dabei setzen wir auch auf partnerschaftliche Kooperationen und Open Access, da das Ziel einer bayernweit flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur nur gemeinschaftlich erreicht werden kann.“

Auch Jens Prautzsch, CEO Inse-re Grüne Glasfaser, zeigte sich davon überzeugt, dass der Vorrang eigenwirtschaftlicher Ausbausichten, Informationskampagnen zu deren Nutzen und schnellere, digitale Genehmigungsverfahren sowie die Unterstützungsinitiativen für Kommunen vor Ort den Glasfaserausbau im Freistaat erheblich beschleunigen werden. „Als in Bayern ansässiges Unternehmen war für unsere Grüne Glasfaser selbstverständlich, dass wir uns am Pakt Digitale Infrastruktur der Landesregierung aktiv beteiligen und das Ergebnis unterstützen.“

DK

Landkreis Regensburg:

Förderstopp für Gigabitausbau?

Entsetzt zeigte sich Landrätin Tanja Schweiger über den Förderstopp für das Gigabitförderprogramm des Bundes: Der Landkreis Regensburg und seine Gemeinden hätten in einem einzigartigen, interkommunalen Projekt mit Gemeinden aus dem Landkreis Neumarkt unter Führung der LNER-Infrastrukturgesellschaft (LNI GmbH) alle Rahmenbedingungen für einen schnellen Glasfaserausbau geschaffen.

„Grundlage hierzu bildete auch das Gigabitförderprogramm des Bundes als Hauptfinanzierungsinstrument für unsere Gemeinden“, so Schweiger. „Wir sprechen hier von einem geplanten Ausbauvolumen von über 200 Mio. Euro, ca. 2.600 Kilometer Glasfasertrasse für ca. 23.000 Haushalte, ca. 2.100 Unternehmen und ca. 1.000 Landwirte. Wenn dies nun gestrichen würde, fällt der ländliche Raum wieder einmal hinten runter. Und das, obwohl die deutschlandweite Breitbandversorgung eh schon hinter den europäischen Standards hinterherhinkt.“

Die Landrätin kritisierte die unzureichende Kommunikation der Bundesbehörde und forderte, die Förderung der „Grauen Flecken“ unverzüglich wieder aufzunehmen.

DK



S.v.r.: Staatsminister Hubert Aiwanger bei der Übergabe des Mobilfunkmastes. Links von ihm Bürgermeister Michael Abraham und Alois Scherer, Geschäftsführer Bayerische Mobilfunk GmbH. Rechts des Ministers Landrat Dr. Oliver Bär, Landkreis Hof, Vizeregierungpräsident Thomas Engel, Regierung von Oberfranken sowie Dr. Michael Freitag, Geschäftsführer Bayerische Mobilfunk GmbH.

Bild: Hubert Süß

Bayerischer Ministerrat:

Kultur der Digitalität an Schulen etablieren

Einen Überblick über die Gesamtstrategie „schule.digital“ gab die Bayerische Staatsregierung im Rahmen ihrer Ministerratsitzung. Ziel ist es, die Unterrichtsqualität durch den Einsatz digitaler Technologien weiter zu steigern und so auch in Zukunft beste Bildungschancen in Bayern zu gewährleisten. Schülerinnen und Schüler sollen an bayerischen Schulen Zukunftsskills erwerben.

Um die technischen Rahmenbedingungen für digitales Lernen zu verbessern, habe die Staatsregierung in den vergangenen Jahren massiv in die IT-Infrastruktur an Bayerns Schulen investiert, wie Kultusminister Michael Piazolo ausführte. Aktuell gibt es im Freistaat rund 63.000 digitale Klassenzimmer, knapp 300.000 verleihbare digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie rund 110.000 Lehrgeräte. Mit der nächsten Förderrunde 2022/23 soll bei den Lehrgeräten die Vollaussstattung erreicht sein.

Digitale Schule der Zukunft

Im Pilotversuch „Digitale Schule der Zukunft“ werden im Schuljahr 2022/2023 neue pädagogische und didaktische Konzepte erprobt, bei denen das Lernen mit analogen und digitalen Medien und Werkzeugen selbstverständlich ineinandergreift – im Klassenzimmer genauso wie beim Lernen zuhause. Ziel ist ein Gesamtansatz für eine flächendeckende Weiterentwicklung des Unterrichts.

Landkreis München:

Ransomware-Angriffe Medienzentrums-Server gehackt

Beim Angriff wurden Daten der Amtlichen Schulverwaltung auf Servern des Medienzentrums München-Land verschlüsselt. Weitere Bereiche der Landkreisverwaltung sind nicht betroffen.

Am 20. Oktober 2022 hat ein Cyberangriff das Medienzentrum München-Land getroffen. Über eine Ransomware-Angriffe konnten Server des Medienzentrums gehackt und darauf befindliche Daten unlesbar gemacht werden. Der Angriff wurde binnen weniger Minuten entdeckt und es wurden umgehend alle Verbindungen zwischen den Servern sowie zum Internet unterbrochen. Dennoch konnte nicht verhindert werden, dass auf den Servern befindliche Daten verschlüsselt wurden und damit für das Medienzentrum nicht mehr zugänglich sind.

Vom Datenverlust betroffen sind die Datenbanken der Amtlichen Schulverwaltung (ASV), die über das Medienzentrum München-Land läuft. An die ASV im Medienzentrum sind 55 Schulen im Landkreis München sowie 20 Grund- und Mittelschulen des Landkreises Berchtesgadener Land angebunden. Betroffen sind unter anderem Namen und Adressdaten der Schulfamilie sowie Daten zu Abläufen des Schulalltags, wie beispielsweise Stundenpläne, auf die nicht mehr zugegriffen werden kann.

Speichermedien betroffen

Die Speichermedien zur Sicherung waren zum Zeitpunkt des Angriffs mit einem Server verbunden und wurden ebenfalls zerstört. Auf die auf den Servern hinterlegten Datenbanken besteht daher zurzeit kein Zugriff.

Auch für die Schulen bedeutet dies, dass aktuell kein Zugriff auf die ASV möglich ist. Für den allgemeinen Lehrbetrieb stellt dies aber kein Hindernis dar. Zudem besteht die Hoffnung, dass zumindest weite Teile der Daten bereits in Kürze wiederhergestellt werden könnten. Turnusgemäß erfolgt im Oktober die Erhebung der Amtlichen Schuldaten durch das Bayerische Kultusministerium,

um die digitalen Strukturen weiterzuentwickeln, wurde die BayernCloud Schule erfolgreich gestartet. Mit ihr stellt der Freistaat allen Schulen bereits jetzt unter anderem das Videokonferenzsystem Visavid sowie zahlreiche pädagogische Angebote kostenfrei zur Verfügung, insbesondere mebis mit seiner Lernplattform, einem Prüfungsarchiv, einer Mediathek und einer Online-Tafel. Zum Ende des Schuljahres 2021/2022 wurde die zweite Ausbaustufe erfolgreich abgeschlossen. In einem nächsten Schritt soll die BayernCloud Schule jetzt um einen sog. virtuellen Arbeitsplatz mit Web-Office, Cloud-Speicher und Messenger-Anwendungen erweitert werden.

Piazolo zufolge nimmt Bayern bundesweit einen Spitzenplatz bei der Fortbildung von Lehrkräften zum Themenfeld „Digitale Bildung“ ein. Allein im Jahr 2021 wurden rund 7.300 Veranstaltungen mit über 255.000 Teilnahmen gezählt. „Digitale Bildung“ macht damit inzwischen einen Anteil von ca. 51 Prozent am Gesamtangebot der staatlichen Lehrerfortbildung aus.

um, bei der die Schulen ihre aktuellen Daten anonymisiert an das Ministerium übermitteln. Üblicherweise erstellen die Schulen bei dieser Gelegenheit Sicherungen ihrer Daten. Im günstigsten Fall können die Daten aus diesen Sicherungen bereits innerhalb weniger Tage wieder neu eingespielt werden. Lediglich in Schulen, bei denen keine aktuellen Sicherungsdateien vorliegen, müssen die zerstörten Daten neu erfasst werden.

Im Medienzentrum München-Land wurde direkt im Anschluss an die Attacke damit begonnen, neue Server zu installieren und einzurichten, um eine Schadenserhebung und -beurteilung vornehmen zu können. Selbstverständlich wurde auch der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz über den Angriff informiert.

Die Daten, die standardmäßig zum Schutz der Inhalte bereits auf den Servern des Medienzentrums verschlüsselt abgelegt werden, sind durch den Angriff zusätzlich verschlüsselt worden, jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit nicht in fremde Hände gelangt.

Am Montagvormittag wurden alle betroffenen Schulen über die Cyberattacke und deren Konsequenzen in Kenntnis gesetzt und den Schulen alternative Lösungen für den Betrieb der ASV präsentiert. Das Medienzentrum wird die Schulen bei der Einrichtung eigener Server im jeweiligen Schulnetz oder der Inanspruchnahme eines Dienstleisters unterstützen.

Landkreisverwaltung von der Attacke nicht betroffen

Von der Attacke sind ausschließlich diejenigen Server des Medienzentrums München-Land betroffen, auf denen die Amtliche Schulverwaltung gehostet wird. Weitere Bereiche des Me-

Um von der digitalen Kultur der Zusammenarbeit und des Teilens von Wissen zu profitieren, haben sich von den 76 Bildungsregionen im Freistaat 37 zu einer „Digitalen Bildungsregion“ weiterentwickelt. Die Akteure vor Ort arbeiten an einer möglichst engen Vernetzung von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, um die digitale Transformation gemeinsam zu gestalten.

Darüber hinaus sollen die Chancen datenbasierter Schulverwaltung und intelligenter Vernetzung von Prozessen genutzt werden, um die Verwaltung effizienter, flexibler und bürgerfreundlicher zu machen.

Dr. Florian Herrmann, Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, informierte darüber, dass die vielfältigen Initiativen der gesamten Staatsregierung zur Vermittlung von Medienkompetenz sich an verschiedene Adressaten richten und unterschiedlichen Ansätzen folgten. Dafür wende der Freistaat 2022 insgesamt über 25,3 Mio. Euro auf. So wurde beispielsweise digitale Bildung/Medienbildung als schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel fest im Lehrplan verankert. Der Pilotversuch „Digitale Schule der Zukunft“ setzt u. a. an der personenbezogenen Ausstattung mit mobilen Endgeräten an. Im Umwelt- und Verbraucherschutz wurden zwei Medienkompetenzprojekte mit insgesamt 350.000 Euro unterstützt.

In den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe werden 2022 insgesamt 13 Medienkompetenzprojekte mit rund 7,2 Mio. Euro gefördert, hob Digitalministerin Judith Gerlach hervor. Mit der Medienkompetenz-App „Wo ist Goldi? – Sicher Surfen im Netz“ habe der Freistaat eine in die aktuelle Zeit passende Möglichkeit geschaffen, Kindern spielerisch den sicheren Umgang mit digitalen Medien im Internet aufzuzeigen. **DK**

dienszentrums wurden nicht in Mitleidenschaft gezogen. Auch die IT-Systeme der Landkreisverwaltung wurden nicht kompromittiert. Medienzentrum und Landkreisverwaltung nutzen unterschiedliche Netzwerke und arbeiten bewusst mit voneinander abgetrennten Servern, um die Auswirkungen einer erfolgreichen Attacke so weit wie möglich zu minimieren. Daher konnte der Angreifer nur auf einen sehr begrenzten Bereich Zugriff erhalten.

Im Landratsamt München existiert ein mehrstufiges Sicherheitssystem, innerhalb dessen verschiedene Schutzmechanismen gleichzeitig greifen. In den meisten Fällen ist der Schutz damit selbst dann noch gewährleistet, wenn einer der Schutzmechanismen überwunden würde. Auch das stetig steigende Angriffsaufkommen aus allen Teilen der Welt konnten die Sicherheitssysteme im Landratsamt dank intensiver und kontinuierlicher Arbeit lange Zeit erfolgreich abwehren. Selbstverständlich nimmt die Behörde den nun erfolgten Angriff zum Anlass, die regelmäßigen Überprüfungen der bisherigen Sicherheitsmaßnahmen qualitativ zu sichern und, falls nötig, zu optimieren.

Hintergrundinformation

Das Medienzentrum München-Land hostet bereits seit Einführung der ASV in den Grundschulen die regionalzentralen Dezentralen Schul-Server (DSS) im Landkreis München sowie für einige Schulen im Landkreis Berchtesgadener Land. Das Hosting der ASV für Letztgenannte hatte das Medienzentrum München-Land im Jahr 2016 im Zuge der Amtshilfe übernommen. **□**

T Erleben, was verbindet.



T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

Der ultimative Digitalisierungs-Booster für Bayern

Unsere Ziele für Bayern:

- Ganzheitliche Glasfaser-Partnerschaft mit der Kommune für eine echte digitale Transformation
- Wir bauen auf eine gemeinsame Strategie bestehend aus Eigenausbau, regionaler Kooperation sowie dem geförderten Ausbau
- Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort
- Maßgeschneiderte Entwicklungsplanung Schritt-für-Schritt und zu 100% transparent

www.telekom.de/glasfaseroffensive-bayern

AKDB-Kommunalforum in Garching:

digital richtung zukunft!

Wertvolle Einblicke in Strategien und Lösungen für die Digitalisierung von Kommunalverwaltungen sowie Antworten auf zentrale Zukunftsfragen bot das 5. AKDB-Kommunalforum im Science Congress Center in Garching bei München. Unter dem Motto „digital richtung zukunft!“ ging es um Herausforderungen für die kommunale IT wie etwa Fachkräftemangel, Klimawandel und Cyberattacken. Vorgestellt wurden die Verwaltungscloud und neue Open-Source-Software-Lösungen.

Insgesamt wohnten mehr als 1.100 Vertreter der öffentlichen Verwaltung sowie Mandatsträger von Bund, Ländern und Kommunen aus ganz Deutschland dem AKDB-Kommunalforum bei. 50 Referenten sowie 40 eigene und von Partnern betreute Messtände präsentierten eine attraktive Leistungsschau der kommunalen IT in Bayern.

Das Kommunalforum setzte sich hohe Ziele, wie AKDB-Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner in einem Pressegespräch betonte: „Unsere gemeinsame Mission ist, Demokratie digital und sicher zu gestalten. Unser Handeln ist geprägt von Relevanz und Verantwortung für unsere ganze Gesellschaft.“ AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer ergänzte: „Eine prozessorientierte konsequente Verwaltungsdigitalisierung bietet Vorteile für alle Beteiligten – für Bürger, Unternehmen und Verwaltung – und rückt die Menschen in den Mittelpunkt. Deshalb ist für unsere Software-Entwicklung eine Frage besonders spannend: Wie erreichen wir durchgängige digitale Prozesse und rüsten die Kommunen damit auch

gegen den Fachkräftemangel?“ Vertreter aus Ministerien und Verbänden diskutierten, wie Pläne von Bund, Ländern und Kommunen bei der OZG-Umsetzung künftig noch besser ineinander greifen könnten. Als Vision nannte Schleyer das Ziel, dass 2025 kein Bürger mehr aufs Amt müsse. Der AKDB-Unternehmensverbund fungiere als Software-Lieferant, IT-Dienstleister, Datacenter, Support-Bereitsteller und Integrator für Lösungen mit kommunalem Bezug, auch auf Landes- und Bundesebene: „Wir schaffen Technik und Voraussetzungen, um schon heute ‚digital first‘ flächendeckend von der Utopie zur Realität werden zu lassen.“ Die AKDB sehe es als ihre Aufgabe, Kunden und damit Verantwortlichen aller staatlichen Ebenen zu demonstrieren, welche Potenziale in der Digitalisierung stecken.

Alte Zöpfe abschneiden

Digitalisierungsschranken seien nicht in der Technik zu finden, selten im Datenschutz, jedoch häufig in gesetzlichen Vorgaben, erklärte Schleyer: „Wir brauchen mehr politischen Willen und

Durchsetzungskraft, um alte Zöpfe abzuschneiden.“ In den vergangenen zwölf Monaten wurden über die bayerischen Bürgerservice-Portale der AKDB 1,6 Millionen Transaktionen abgewickelt: „Die Nachfrage bei den Bürgern wäre da, die Lösungen sind es vielfach auch“, unterstrich Schleyer. Was dagegen fehle, sei die allgemeine Überzeugung, auf absehbare Zeit ohne Digitalisierung viele Verwaltungsaufgaben nicht mehr erledigen zu können, auch weil das Personal dafür immer weniger werde.

Kopfzerbrechen bereitet den beiden Vorständen, dass es immer noch uralte Prozesse und Vorschriften sind, die in der analogen Welt durchaus berechtigt waren, jedoch die Entwicklung neuer Prozesse und deren Digitalisierung hemmen. „Wir scheitern nicht an der Technik, sondern an analogen Hürden und deshalb liegen wir in Rankings zurück“, erläuterte Schleyer. Als Beispiel nannte er die KFZ-Zulassung. „Gäbe es das Blechschild nicht, wäre die KFZ-Zulassung schon längst digital möglich und damit der Druck auf die Kommunen wesentlich geringer.“

Zehn Prozent des Personals, das bislang rein regelgebunden verwaltet, könnte anderweitig eingesetzt werden. Schließlich liege im Fachkräftemangel die Herausforderung unserer Zeit. Der Vorstandsvorsitzende prognostizierte, dass „Fachkräftemangel und demografischer Faktor in einer Heftigkeit zuschlagen werden, dass die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung nicht mehr gewährleistet ist.“

Gudrun Aschenbrenner verwies auf das Statement der bayerischen Digitalministerin Judith Gerlach, die den „Digitalplan für Bayern“ vorstellte und als einen der geplanten Meilensteine eine

neue Zusammenarbeit mit Kommunen und AKDB nannte. Damit soll die Bereitstellung digitaler Verwaltungsleistungen beschleunigt werden. Noch immer gibt es Aschenbrenner zufolge 40 Kommunen, die keinerlei Online-Services anbieten. Allerdings wies sie auch darauf hin, dass die AKDB Lösungsanbieter sei und daher kein Interesse an zwangsweise verordneten Maßnahmen habe. Gleichwohl sei für die Kommunen die Zeit reif zum Handeln.

Sicherheitsniveau professionalisieren

Mit Blick auf das Thema Cybersecurity und den damit verbundenen Schutz kritischer Infrastrukturen erklärte Schleyer, dass die Einfallstore für Angriffe auf die kommunale IT oft banal seien, meist sei es schlicht eine E-Mail von außen. Das Sicherheitsniveau müsse deutlich angehoben und professionalisiert werden. Mit NextGo (Next Generation Outsourcing) biete die AKDB für Verwaltungen professionelle Betreuung für die kontinuierliche Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur. Dabei werde der unmittelbare IT-Betrieb auf die AKDB verlagert. Außerdem investiere der IT-Dienstleister in neue Rechenzentren, um spürbar gestiegene Anforderungen erfüllen zu können. Diese sollen nachhaltig betrieben werden.

Außerdem, so Schleyer, sei Digitalisierung nachhaltig: Auf diese Weise könnten im Falle des Umtauschs von 40 Millionen Führerscheinern 80 Millionen Fahrten gespart werden. Die Entwicklung Künstlicher Intelligenz werde noch die nächsten Jahrzehnte reifen müssen, bemerkte Aschenbrenner. Ein aus ihrer Sicht sinnvoller Prozess, denn „wir brauchen eine Gesellschaft, die KI verkraftet, und wir können nicht immer alle zu etwas zwingen, denn das wird die Denkweise nicht ändern.“



V.l.: Rudolf Schleyer (AKDB), Digitalministerin Judith Gerlach, Gudrun Aschenbrenner (AKDB). Bild: Mathis Beutel

M-net erweitert das Angebot an Rechenzentrumsleistungen:

Neue Partnerschaft mit noris network

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net baut sein Rechenzentrumsgeschäft weiter aus und hat dazu eine neue Kooperation mit dem Premium-IT-Dienstleister noris network abgeschlossen. Das im Rahmen der Partnerschaft erweiterte Leistungsangebot von M-net ermöglicht Geschäftskunden ab sofort Zugang zu modernsten Rechenzentren nach höchsten technologischen und ökologischen Standards.

Das M-net eigene Glasfasernetz bietet Kunden zudem eine sichere und hoch performante Anbindung an die Rechenzentren von noris network inklusive 24-Stunden-Entstörerservice – und das bequem aus einer Hand über einen regionalen Vertrags- und Ansprechpartner vor Ort in der Nähe des Kunden.

In Zeiten stetig steigender Sicherheitsanforderungen und wachsender Datenmengen sowie kritischer Zukunftsthemen wie Klimawandel und Ressourcenknappheit rückt für Unternehmen die Wahl des richtigen Rechenzentrumspartners immer mehr in den Fokus. Um den wachsenden Bedarf der Geschäftskunden mit einem erweiterten Leistungsangebot zu bedienen und das Rechenzentrumsgeschäft zu stärken, hat M-net nun eine strategische Partnerschaft mit dem regional führenden IT-Dienstleister für Rechenzentren noris network geschlossen.

Das erweiterte Leistungsangebot in Kooperation mit noris network umfasst Rechenzentrumsdienstleistungen, die durch ein breites Spektrum an Services für Unternehmensnetzwerken und Datenanbindungen zu einer voll skalierbaren Lösung im Hinblick auf Platz, Leistung und Anbindung verknüpft werden. Unterschiedlich große Datenschränke bieten den bedarfsgerichten Platz für kundeneigene IT-Systeme in einer hochsicheren und hochverfügbaren Umgebung. Die energetische Leistungsbereitstellung von 1 bis 24 Kilovoltampere (kVA) ist dabei flexibel anpassbar.

Für eine bedarfsgerechte Anbindung der Rechenzentrumsdienstleistungen profitieren Kunden von umfangreichen Vernetzungs-Portfolio von M-net: Die Datenanbindungen von M-net bieten je nach Bedarf höchste Bandbreiten bis 100 Gbit/s, maximale Verfügbarkeit sowie zusätzliche Security Services wie beispielsweise eine DDoS-Absicherung. Auch die allerhöchsten Anforderungen für geschäftskritische Applikationen werden über das Business-Partner-Modell von M-net und noris network erfüllt. Geschäftskunden vom kleinen Büro bis hin zu Großunternehmen, Behörden oder Kliniken erhalten somit über M-net einen Rundum-Service für jeden individuellen Bedarf – egal ob der Serverstandort in ein virtuelles Firmennetzwerk integriert, eine exklusive Direktverbindung zu globalen Cloud-Providern erhalten oder über hoch performante Ether-

net-Festverbindungen angebunden werden soll.

„Die Unternehmen in Bayern haben einen großen Bedarf an modernen, nachhaltigen und zukunftssicheren Rechenzentrumskapazitäten“, erklärt Lars Richter, Bereichsleiter für Geschäftskunden bei M-net. „Für uns ist es daher nur folgerichtig, dass der führende regionale Glasfaseranbieter und der lokale Premium-IT-Dienstleister für Rechenzentren hier ihre Kräfte bündeln. M-net bietet im Rahmen dieser Best-in-Class-Partnerschaft Unternehmen nicht nur die für die Datenanbindung erforderliche Hochleistungs-Infrastruktur über das eigene Glasfasernetz, sondern auch Zugang zu hochverfügbaren und ressourcenschonenden Rechenzentren von noris network. Das Beste dabei: M-net Kunden erhalten alles bequem aus einer Hand.“

Modernste Rechenzentren: Maximal verfügbar, energieeffizient und sicher

Die Rechenzentren von noris network gehören zu den modernsten in Europa und wurden unter den Aspekten maximale Sicherheit und maximale Effizienz konzipiert. Ausgestattet sind sie mit biometrischer Zutrittskontrolle, 24/7-Sicherheitsdienst vor Ort sowie einem mehrstufigem Zutrittsystem und Überwachung. Separate IT-Sicherheitsräume und Brandschutz mit Brand-Früherkennung sorgen zusätzlich für höchste Sicherheitsstandards. Ausgezeichnet wurde noris network mit dem deutschen Rechenzentrumspreis für das Rechenzentrum München Ost. Die Rechenzentrums-Standorte von noris network haben zudem weitere wichtige Zertifizierungen vorzuweisen. Dazu gehören unter anderem ISO 27001 auf der Basis von IT-Grundschutz (BSI), EN 50600 und viele mehr.

In Bezug auf einen nachhaltigen und effizienten Betrieb setzen die Rechenzentren von noris network neue Maßstäbe. Die Kühlung wird mittels hocheffizientem Kyoto-Cooling® zu 90 Prozent der Zeit ohne Zusatzsysteme bewältigt. Der Energiebedarf für den Betrieb der Rechenzentren wird zu 100 Prozent aus Ökostrom gedeckt und dank der hocheffizienten USVs (unterbrechungsfreie Stromversorger) mit geringsten Verlusten genutzt. Dank redundanter Anbindungen an Energieversorger liegt die Verfügbarkeit der noris Rechenzentren bei über 99,999 Prozent pro Jahr.

IT-Sicherheit in Deutschland 2022:

Angespannte Lage spitzt sich zu

Die Bedrohung im Cyber-Raum ist so hoch wie nie. Wie aus dem aktuellen Bericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hervorgeht, spielen neben kriminellen Aktionen auch verschiedene Bedrohungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eine Rolle. Hinzu kommt in zahlreichen Fällen eine unzureichende Produktqualität von IT- und Software-Produkten.

Bislang gab es hierzulande im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eine Ansammlung kleinerer Vorfälle und Hacktivismus-Kampagnen. Beispiele hierfür waren der Ausfall der Fernwartung in deutschen Windkraftanlagen nach dem Angriff auf ein Unternehmen der Satellitenkommunikation und ein Hacktivismus-Angriff auf deutsche Mineralölhändler mit russischem Mutterkonzern. Eine übergreifende Angriffskampagne gegen deutsche Ziele war nicht ersichtlich. Die Lage im Cyber-Raum von NATO-Partnern war dagegen teilweise angespannt und in der Ukraine teilweise existenzbedrohend kritisch, heißt es in dem Lagebericht.

Angriffe auf Kommunalverwaltungen

Vor allem für Unternehmen blieb Ransomware die Hauptbedrohung. Die im vergangenen Berichtszeitraum beobachtete Ausweitung von Erpressungsmethoden im Cyber-Raum hat sich fortgesetzt. Insbesondere das sogenannte Big Game Hunting, also die Erpressung umsatzstarker Unternehmen mit verschlüsselten und exfiltrierten Daten, nahm weiter zu. Sowohl die von IT-Sicherheitsdienstleistern berichteten Lösegeld- und Schweigegeld-Zahlungen als auch die Anzahl der Opfer, deren Daten etwa wegen ausbleibender Zahlungen auf Leak-Seiten veröffentlicht wurden, sind weiter gestiegen.

Dass nicht nur Unternehmen Ziel von Ransomware-Angriffen sind, zeigt eindrücklich der folgenschwere Angriff auf ei-

ne Landkreisverwaltung in Sachsen-Anhalt: Erstmals wurde wegen eines Cyber-Angriffs der Katastrophenfall ausgerufen. Bürgernahe Dienstleistungen waren über 207 Tage lang nicht oder nur eingeschränkt verfügbar.

Laut Bericht wurden im Jahr 2021 zudem über 20.000 Schwachstellen in Software-Produkten entdeckt und erfasst. Dies entspricht einem Zuwachs von zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Vermehrt zu beobachten waren auch Angriffe auf Perimeter-Systeme, wie zum Beispiel Firewalls oder Router.

Die beschleunigte Digitalisierung in allen Bereichen des alltäglichen Lebens – von den Lieferketten der international agierenden Konzerne, den Geschäftsprozessen auch in kleinen und kleinsten Unternehmen über die Dienstleistungen öffentlicher Institutionen bis hin zu den digitalen Anwendungen, die fast jede Bürgerin und jeder Bürger täglich im Alltag nutzt – macht auch bei der „Cyber-Sicherheit made in Germany“ eine Zeitenwende notwendig.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser zufolge erfordert die seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine anhaltend erhöhte Cyber-Bedrohungslage eine strategische Neuaufstellung und merkbare Investitionen in Deutschlands Cyber-Sicherheit. Faeser kündigte an, die Sicherheitsbehörden zu stärken und eine „eng verzahnte föderale Cyber-Abwehr“ zu schaffen. Jede Schwachstelle in Soft- oder Hardwareprodukten sei ein potenzielles Einfallstor für Angreifer und gefährde die Informationssicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. **DK**

Microfocus von Amadys:

Modulare Bausteine für maßgeschneidertes FttX-Netzwerk

Mit Microfocus bringt die Amadys ein Komplettsystem an FttX-Konnektivitätslösungen für den erfolgreichen Glasfaserausbau auf den Markt. Das aus sechs Bausteinen, sogenannten Building blocks, bestehende System kombiniert modulare und vorkonfigurierte Elemente.

Der End-to-End-Systemintegrator hat Microfocus flexibel konzipiert: Je nach Geschäftsszenario und Anforderungen seiner Kunden ermittelt Amadys den passenden Modul-Mix und stellt die Bausteine maßgeschneidert zusammen. Das Ergebnis sind hochwertige, zuverlässige und passgenaue End-to-End-Glasfasernetzwerke auf die Amadys-Endkunden eine 25-jährige Systemgarantie erhalten.

Mit dem Microfocus-Konzept stellt die Amadys für jede der unterschiedlichen FttX-Ausbauphasen passende Lösungen bereit. Das modulare Baukastensystem setzt sich aus vorkonfigurierten PoPs, Schutzrohren, Zuleitungskabeln, Verteilpunkten, Anschlusslösungen und Hausanschlüssen zusammen. Doch das Konzept umfasst mehr: „Microfocus ist eine Gesamtlösung, die wir mit Blick auf den Investitionsschutz des Assets „Glasfasernetzwerke“ entwickelt haben“, sagt Lars Willemsen, Vice President Telecom Niederlande bei Amadys und Microfocus-Experte. „Neben qualitativ hochwertigen Produkten, die die hohen Anforderungen unseres Microfocus-Systems erfüllen müssen, schulen wir Unternehmen und Subunternehmen gezielt im Umgang mit den FttX-Lösungen. So stellen wir sicher, dass unsere Kunden ein hochmodernes und einwandfrei funktionierendes Glasfasernetz erhalten, auf das wir eine 25-jährige Systemgarantie geben können.“

Das erweist sich als großer Vorteil für alle am Glasfaserausbau Beteiligten: Zwar geben Hersteller Garantie auf einzelne FttX-Komponenten, doch das garantiert nicht, dass diese auch untereinander passen, so dass das Gesamtsystem zusammenspielen kann. Genau dies sichert die Amadys mit ihrem modularen Baukastenprinzip Microfocus ab. Hinzu kommt: Der Systemintegrator deckt auch die Logistikplanung und Materiallogistik über den gesamten Projektverlauf ab, adaptiert bestehende Produkte und bietet so echtes One-Stop-Shopping aus einer Hand.

Garantiekonzept

Das Garantiekonzept des Microfocus-Systems beruht auf den folgenden Grundsätzen: Alle FttX-Komponenten müssen miteinander und untereinander kompatibel sein und es dürfen nur Microfocus-gebrandete Komponenten verbaut werden, die den hohen Industrie- und Qualitätsstandards der Amadys entsprechen. Darüber hinaus stellt Amadys (Sub-)Unternehmern, die das Microfocus-System installieren, für jedes Projekt detaillierte Installationshandbücher zur Verfügung, die eine strikte Umsetzung fordern. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, gewährt der Systemintegrator die 25-jährige Systemgarantie und damit Investitionssicherheit für seine Endkunden. **DK**

Vom Batteriezentrum bis zum Bäcker:

Neue App InnoHikes zeigt Innovationen in der Metropolregion

Rätsel lösen, Punkte sammeln und Gewinne mitnehmen – die neue Kampagne InnoHikes zeigt über eine App spielerisch Innovationen und Karrieremöglichkeiten in der Metropolregion Nürnberg. In einer digital-analogen Schnitzeljagd mit Augmented-Reality-Elementen können technikaffine Talente potenzielle Arbeitgeber, innovative Ideen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen entdecken. Auf fleißige Punktesammler warten tolle Gewinne.

Wie viel Künstliche Intelligenz steckt in einer Semmel? Wie unterstützt KI Azubis in ländlichen Räumen? Innovative Ideen, KI und Automatisierung nutzen Unternehmen in der ganzen Metropolregion: für autonome Busse in Kronach oder für die Entwicklung einer Sprachassistenten-Software bei der DATEV in Nürnberg. Das macht die Region zu einer der innovativsten Europas und zur Heimat von Weltmarktführern und Hidden Champions.

Leuchtturmprojekt

„Die Metropolregion besticht durch ihre Innovationskraft. Hier werden im Vergleich zum Bundesdurchschnitt doppelt so viele Patente angemeldet“, sagt Prof. Klaus Wübbenhorst, Wirtschaftsvorsitzender der Metropolregion. Und das zeigt die App InnoHikes: Spielerisch wandern Schulabsolventen, Auszubildende, Studierende und Young Professionals virtuell und in der Realität zu 57 Stationen (Challenges), in denen es Innovationen, zukunftsorientierte Studienfächer, außergewöhnliche Jobperspektiven und attraktive Preise zu entdecken gibt. Im Couch-Potato-Modus werden die Challenges zuhause gelöst, im

Hiker-Modus stellt man sich den Aufgaben vor Ort.

„Die Metropolregion Nürnberg startet heute ein ganz besonderes digitales Leuchtturmprojekt, das das Heimatministerium mit fast 300.000 Euro unterstützt! Das Projekt InnoHikes leistet einen Beitrag zur Zukunftskompetenz der ganzen Region, indem es junge Menschen für die vielfältigen innovativen Facetten unserer Heimat begeistert. In seiner attraktiven und zeitgemäßen Umsetzung präsentiert das Projekt mit einer innovativen App technologische Highlights aus allen Teilen der Metropolregion und vereint so die kommunale Familie mit Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Ich freue mich, dass die Europäische Metropolregion Nürnberg zusammen mit vielen Partnern so einen weiten Baustein zur Stärkung unserer Heimat umsetzt“, betont Albert Füracker, Staatsminister der Finanzen und für Heimat.

21 Unternehmen, Hochschulen und Institutionen sind beteiligt und präsentieren ihre vielseitigen Projekte, Entwicklungen und Ideen. „Es lohnt sich bei der Berufswahl in der Metropolregion Nürnberg umzuschauen. Hier werden Talente gebraucht und es steckt viel Kreativität in der Region. Das

zeigen die Challenges der beteiligten Partner“, sagt Dr. Florian Janik, stellvertretender Ratsvorsitzender der Metropolregion und OB der Stadt Erlangen.

57 Challenges und mehr als 100 Rätsel warten entlang der Hikes. Für richtige Antworten beim Quiz sowie erfolgreich abgeschlossene Challenges gibt es Punkte und kleine Auszeichnungen, Badges, für den virtuellen Wanderrucksack. „Mit dem Gamifizierungs-Ansatz mit Augmented-Reality-Elementen, Rätseln, Highscores, Badges und Preisen vermittelt die App spielerisch Informationen“, erklärt Dr. Christof Daiberl vom offenen Innovationslabor JOSEPHS in Nürnberg, das die App zusammen mit der Metropolregion Nürnberg und dem Partner INCLUSIFY entwickelt hat. Wer es in den Lostopf schafft, hat die Chance auf verlockenden Preise wie ein E-Mountainbike oder ein iPad Air. Im Frühjahr nächsten Jahres werden die besten Hiker bei einer Preisverleihung gekürt.

Zusätzlich verdient man sich mit einem guten Platz in den Highscores ein persönliches InnoHikes-Zertifikat und hat damit bei einer Bewerbung bei den teilnehmenden Unternehmen und Einrichtungen sicher einen Bonus.

Optimierung durch Nutzerfeedback

Der Start des ersten Hikes ist erst der Anfang für weitere Rätsel und Herausforderungen. Die aktuell vorliegende Version der App ist eine Public-Beta-Version, die jetzt durch Nutzerfeedback optimiert wird. In diesem Hike wird viel ausprobiert. Nutzer sind eingeladen, Fragen und Hinweise an das JOSEPHS oder an Metropolregion@metropolregion.nuernberg.de zu geben. Das JOSEPHS in Nürnberg dient als Basecamp – Interessenten können sich dort über die InnoHikes informieren, die App ausprobieren und ihre Ideen und Impulse für die Weiterentwicklung und den zweiten Hike einbringen. Dieser wird mit einem neuen Thema voraussichtlich im Herbst 2023 starten. Er ist offen für interessierte Unternehmen, Institutionen und Forschungseinrichtungen. Interessensbekundungen nimmt die Geschäftsstelle der Metropolregion unter obiger Mail-Adresse entgegen.

Ein Bildungskonzept der Zukunft offeriert die Lars und Christian Engel (LUCE) Stiftung, einer von 21 beteiligten Partnern aus Weiherhammer im Landkreis Tirschenreuth mit ihrer Challenge „KI in der beruflichen Bildung: Wie Azubis im virtuellen Raum

der Stadt Simbach am Inn und vom Landkreis Rottal-Inn. „Mit diesem Projekt kommt die Digitalisierung in unserer Region einen großen Schritt voran“, sagte Bürgermeister Klaus Schmid. Der flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes sei dafür eine wichtige Voraussetzung. Es sei erfreulich, dass durch die Mitarbeit des Bayernwerks stellenweise auch Arbeiten am Stromnetz und Arbeiten am Glasfasernetz gebündelt werden können.

Michael Jetzlsperger bestätigte: „Unser Ziel ist es, die Arbeiten zügig und mit möglichst geringen Einschränkungen für die Anwohner erfolgreich zu erledigen.“ Während der gesamten Bauzeit sei in Abstimmung mit der Verwaltung allenfalls mit halbseitigen Straßensperrungen zu rechnen, die mit Ampelbetrieb geregelt werden. Vollsperrungen sind nicht geplant. Die Arbeiten beginnen in der Region Grub, Eggsteten und Niedereck. Danach geht es Richtung Süden weiter. □



Staatsminister Albert Füracker mit Projektbeteiligten.

Bild: Metropolregion Nürnberg

Schnelles Internet für Simbach

In den nächsten rund 1,5 Jahren baut die Bayernwerk Netz (Bayernwerk) im Auftrag des Elektrizitätswerks Simbach in mehreren Bauabschnitten das Glasfasernetz im Stadtgebiet und in den Außenbezirken von Simbach aus. Ziel der Arbeiten ist es, alle Gebiete zu erschließen, die noch nicht ans Glasfasernetz angeschlossen sind. Ein Großteil der Kosten ist durch die Breitbandförderung des Bundes gedeckt. Mitte Oktober war Spatenstich mit Bürgermeister Klaus Schmid, Christian Schantz, Geschäftsführer des Elektrizitätswerks Simbach, Bayernwerk-Projektleiter Michael Jetzlsperger und Experten von Stadt und Landkreis. Die Arbeiten begannen Ende Oktober und sollen im Laufe des Jahres 2024 fertiggestellt sein.

Schnelles Internet mit bis zu 1.000 Megabit pro Sekunde für alle in Simbach: Das ist das Ziel des mehrere Millionen Euro teuren Glasfaserausbau vom Bayernwerk im Auftrag des Elektrizitätswerks Simbach. Der Projektplan sieht vor, in mehreren Bauabschnitten alle noch nicht an das Glasfasernetz angeschlossenen Regionen einzubinden und die heute noch „weißen Flecken“ abzudecken. „Insgesamt führen wir in den nächsten rund 1,5 Jahren knapp 30 Kilometer Tiefbauarbeiten aus, dazu verlegen wir rund 120 Kilometer Glasfaserkabel“, sagt Michael Jetzlsperger, der die Arbeiten des Bayernwerks leitet.

Er ergänzte: „Wir freuen uns über das große Vertrauen, das uns das Elektrizitätswerk mit diesem Auftrag entgegenbringt. Für uns ist es das bisher größte Einzelprojekt dieser Art.“

Seit 2014 hat das Elektrizitätswerk Simbach Großteile des Glasfasernetzes im Stadtgebiet ausgebaut. Mittlerweile sind mehrere tausend Kunden angeschlossen. Dass das Bayernwerk Projektpartner des Elektrizitätswerkes ist, ist nicht neu. Seit mehr als 20 Jahren arbeiten die Unternehmen beim Ausbau des Stromnetzes zusammen. Und auch beim Breitbandausbau war das Bayernwerk von Anfang an Projektpartner. „Unser Anspruch ist es, die Glasfaseranschlüsse im Sinne der Kunden schnell und technisch perfekt zu erstellen. Die Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk hat sich bewährt“, sagte Christian Schantz, Geschäftsführer des Elektrizitätswerks Simbach.

Die Initiative, das Glasfasernetz nun auch auf die Gebiete zu bringen, die bisher kaum mit Breitband versorgt sind, kam von

GZ BLOG

In Kooperation mit der atene KOM GmbH

Alle Beiträge finden Sie auf der Internetseite: www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog

Daten:

Das Fundament einer smarten Region

Die atene KOM unterstützt Sie dabei, das Datenpotenzial Ihrer Kommune zu nutzen

Einst galt Salz als das weiße Gold – eine kostbare Ressource, die es erlaubte Lebensmittel in Zeiten ohne Kühlschrank haltbar zu machen. Aber die Welt hat sich gewandelt. Heute, in Zeiten der Ressourcenknappheit natürlicher Rohstoffe, scheint ein anderes Gut zunehmend an Wertigkeit zu gewinnen: Daten. Sie können ähnlich wie physische Rohstoffe von vielen Akteur:innen für verschiedene Zwecke geteilt, gehandelt und verwertet werden, nutzen sich dabei allerdings kaum ab. Daten können in beliebig vielen Anwendungen gleichzeitig verarbeitet werden und stellen somit die Grundlage für das derzeit wachsende Feld der Datenökonomie dar. Was genau sind allerdings (kommunale) Daten? Wie und vor allem wo können sie erhoben, gesammelt und genutzt werden und welche Potenziale bieten Datenökosysteme für die Kommunalentwicklung? Der folgende Artikel widmet sich eben diesen Fragen und geht dabei auch auf die infrastrukturellen und organisatorischen Anforderungen zur innovativen Datenverarbeitung ein.

Einfach ausgedrückt sind Daten Messwerte, die im Rahmen von Beobachtungen, Messungen oder statistischen Erhebungen gewonnen, ausgewertet und analysiert werden können. Es gibt verschiedene Arten von Daten, die sich etwa in Format oder in ihrer Aktualität unterscheiden. Mit dem Musterdaten-katalog für Kommunen ermöglicht die BertelsmannStiftung bspw. einen Einblick in die Vielfalt kommunal vorhandener Datensätze, wie z.B. demographische Daten (Pendler- und Einwohnerstatistiken, uvm.), Infrastrukturdaten (Breitbandversorgung, Straßenverzeichnis, uvm.) oder Umweltdaten (Luftqualität, Grundwasser-Monitoring, umv.).

Ressourcenschonend und nachhaltig planen

Durch die nutzerorientierte, verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Verwertung der gesammelten Daten, können deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise jedweder Größe ressourcenschonender und nachhaltiger planen und handeln, Entscheidungen besser auf die Bedürfnisse ihrer Bewohnerschaft abstimmen und langfristig lebenswerte reale Räume schaffen. Bislang beschränken sich die Aktivitäten hierzu jedoch hauptsächlich auf die Großstädte, obwohl sich auch für kleinere Kommunen vielfältige datengestützte Gestaltungsmög-

Die atene KOM empfiehlt Kommunen zunächst die Erarbeitung eines Datenkonzeptes als strategischen Fahrplan für den Umgang mit den vorhanden kommunalen (Daten-) Potenzialen und Kompetenzen. Dies ist ein komplexer Prozess, der nur selten von der Kommune alleine umgesetzt werden kann. Falls Ihre Gebietskörperschaft Interesse und Bedarf an einer ganzheitlichen Beratung zu sämtlichen Phasen der Verwirklichung einer kommunalen Datenplattform hat, sprechen Sie gerne unsere Berater*innen am Regionalstandort Bayern an: Dr. Peyman Khodabakhsh, p.khodabakhsh@atekom.eu, +49 89 4132488 – 10. □

lernen“. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt die Entwicklung der Oberpfalz zur modellhaften Wissensregion voranzutreiben.

Stiftungsvorstandsvorsitzender Prof. Dr. Erich Bauer freut sich über die Beteiligung an der App: „Wir sind Bildungsdienstleister und haben die Vision, ein Ökosystem für die Bildung zu schaffen und dabei immer den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Mit Projekten wie diesem gelingt es, gerade jungen Menschen aufzuzeigen, welche tollen Möglich-

keiten unsere Region bietet.“

Wie kleinere und mittlere Unternehmen KI nutzen, ist in der Region Kronach zu sehen. Dort unterstützt ein eigener KI-Hub. „Die App der InnoHikes veranschaulicht, wie vielfältig KI bereits im Raum Kronach eingesetzt wird“, sagt Jana Bocklet vom Regionalmanagement Landkreis Kronach. Darunter ist das Backhaus Müller, das sich als moderner Arbeitgeber präsentiert: Dort scannt ein KI-Werkzeug übriggebliebene Semmeln und erkennt

mithilfe von Künstlicher Intelligenz welche Sorten sich nicht verkauft haben, so dass die Produktion angepasst werden kann.

Begleitend dazu wird es eine Social Media-Kampagne auf Instagram und TikTok geben. Postkarten, Plakate, Flyer und Aufkleber runden den 1. Hike ab. Ergänzend sind die teilnehmenden Partner eingeladen, mit lösbarer Kreidefarbe und Schablonen einen QR-Code, der zur InnoHikes-Website führt, auf Flächen in ihrem Umfeld zu spraysen. □

M-net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

Ober- und Niederaudorf:

Nachhaltiger Straßenbau ist besonderes Erlebnis für Schulkinder

„Wieviel kostet es, so eine Straße neu zu machen?“, „Hat die Fräsmaschine mehr als 100 PS?“, „Was macht man mit dem alten Material?“ Das waren nur einige Fragen der interessierten Schulkinder, als ihnen der Geschäftsführer der Firma Panmax, Andreas Paulus, persönlich die Straßenbaustelle am Florianenberg direkt vor Ort erklärte.

Ausgangspunkt dieser außergewöhnlichen Einladung war der Beschluss des Gemeinderates, die Florianistraße zu sanieren. Insbesondere im Bereich des Sportplatzes bis zum Friedhof zeigte sie sich in einem desolaten Zustand. Statt eines sonst üblichen Vollausbaues entschied man sich für eine Bodenstabilisierung im Panmax-Verfahren mit Nanotechnologie. Dabei wird der Altbestand der Straße mittels einer Fräse zerkleinert, dabei mit vorgelegtem Zement und Nanopolymer vermischt und bis zu ei-

ner Tiefe von 30 cm als Unterbau wieder eingefügt. Nach einer Aushärtungszeit von ca. 24 Stunden kann die Fläche asphaltiert werden. Die Bauzeit ist entsprechend kurz und es entfällt der Ab- und Antransport des Bodenmaterials, was Kosten spart und vor allem die Umwelt schonet.

Leuchtende Augen

Vorreiter dieses Verfahrens ist die von der Gemeinde beauftragte Firma Panmax. Der Chef der Firma, Andreas Paulus, ist

stolz darauf und sah, wie sehr sich gerade Kinder für die gewaltigen Baumaschinen interessierten: „Bei mehreren Straßensanierungen bemerkte ich die leuchtenden Augen der Kinder beim Anblick unserer großen Baumaschinen, insbesondere der monströsen Fräse.“ Grund genug für ihn, in Absprache mit der Gemeinde und den Schulen, zu einer Vorführung direkt an der Baustelle einzuladen.

Voller Erwartungen kamen über 70 Schulkinder – zwei 4. Klassen der Volksschule Oberaudorf sowie die 1. bis 3. Klasse der Privatschule Niederaudorf – und ließen sich vom Chef persönlich die Baumaßnahmen, insbesondere die großen Maschinen, zeigen und erklären. Keine Frage blieb unbeantwortet. Zur „Belohnung“ für soviel Wis-



Große Augen machten die Schulkinder von Ober- und Niederaudorf bei der Vorführung riesiger Baumaschinen anlässlich der Sanierung der Florianistraße. Bild: Panmax



Straßenzustand in der Gemeinde Buxheim vorher und nachher. Bilder: Panmax

Nutzungsvielfalt bringt frischen Wind in die Innenstädte

Onlineshopping, Coronapandemie, Ukrainekrieg, Klimawandel – die Folgen wirken sich auch auf Deutschlands Innenstädte aus: Sinkende Umsätze im lokalen Einzelhandel, weniger Kundenschaft in der City, weiter steigende Gewerbe- und Wohnungsmieten durch eskalierende Energiepreise, mangelnde Aufenthaltsqualität durch Hitze – dies sind nur einige der Auswirkungen. Aber welche Handlungsoptionen haben Kommunen, um in den Stadtzentren Leerstand zu vermeiden, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen und den Innenstadtbetrieb langfristig attraktiv zu machen? Diesen und weiteren Fragen ging das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einem interdisziplinären Forschungsprojekt nach.

Die daraus entstandene Difu-Studie „Frischer Wind in die Innenstädte“ (als PDF kostenfrei online) soll einen Debattenbeitrag zur künftigen Ausrichtung der Innenstädte liefern und eine kritische Reflexion der bisherigen und zukünftigen Innenstadtpolitik anregen. Das Forschungsteam benennt in der Publikation die dafür notwendigen „Transformationsbausteine“ und zeigt daraus folgende Handlungsoptionen für Kommunen auf.

„Kommunen benötigen ein widerspruchsfreies gemeinsames „Zielbild“ für ihre Innenstadt, dass die langfristig gewünschte Entwicklung definiert. Ein Beispiel könnte die „Alltägliche Innenstadt“ sein,“ so Difu-Wissenschaftlerin Julia Diringer. „Damit die Innenstadt die Stadtgesellschaft verbindet, braucht es eine Vielfalt an Angeboten und Anlässen „von Hochglanz bis ohne Glanz“, um das Verweilen für alle zur Normalität werden zu lassen.“

Die vorhandene Nutzungsvielfalt sollte laut Difu-Forschungsteam erweitert und bisher eventuell weiter entfernte Nutzungen in die Innenstadt integriert werden, beispielsweise Bildung, nichtkommerzielle Kultur- und Freizeitangebote, Gesundheitsangebote, soziale Einrichtungen, Wohnen, Verwaltung.

Multifunktionalität sollte ein selbstverständlicher Bestandteil der Gebäude- und Flächennutzung werden. So können Gebäude morgens anderen Zwecken dienen als abends. Mischen ist möglich und notwendig, muss aber gesteuert werden, um Konflikte zu vermeiden.

Sechs zentralen Schwerpunkten, sogenannten Transformationsbausteinen – wird derzeit laut Difu-Forschungsteam oft noch zu wenig Relevanz bei der Innenstadtentwicklung beigemessen. Sie könnten jedoch wirksame Impulse für die Resilienz und „frischen Wind“ in die Innenstädte tragen: Klimaanpassung, Klimaschutz, Mobilitätswende, sozialer Zusammenhalt, Gemeinwohlorientierung und Kreislaufwirtschaft.

Angebote für das Miteinander

Die urbane Transformation bietet viele Möglichkeiten, die Innenstadt im Kaleidoskop der Zukunftsthemen zu positionieren: So könnten freiwerdende Flächen neu oder anders genutzt werden, versiegelte Straßen und Plätze, Dach- und Fassadenflächen, aber auch Gebäude für Klimaschutz, Klimaanpassung sowie Energieerzeugung könnten eine stärkere Rolle spielen. Aufenthalts- und Lebensqualität können durch eine mobilitätsgerechte Stadt – gut erreichbar, aber wenig fahrende oder parkende Autos – verbessert werden.

Als Begegnungsort der Stadtgesellschaft zeigt sich in der Innenstadt auch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher sozialer Realitäten. Durch vielfältige Angebote für das Miteinander können die Innenstadt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen und ihn fördern. Eine stärkere Ausrichtung der Innenstadt auf das Gemeinwohl ist zudem notwendig, um unso-

ziale Logiken des Immobilienmarktes zu durchbrechen und Zugänglichkeit, breite Nutzungsmischung und bezahlbare Flächen für Kleingewerbe, Handwerk, Kunst, Kultur und Soziales zu ermöglichen. Mit dem europäischen „Green Deal“ wird Kreislaufwirtschaft zu einem Handlungsfeld für die kommunale Wirtschaftsentwicklung, die auch die Innenstädte betrifft. Angebote zum Reparieren und Wiederverwenden, nachhaltige Bauweisen und „Urban Mining“ – also das Weiternutzen von Rohstoffen in Produkten und Infrastrukturen nach Gebrauchende – sollten ins urbane Repertoire gehören. Denkt man all diese Perspektiven weiter, könnte die Innenstadt in ihrer zentralen Funktion auch ein „Schaufenster der zukunftsorientierten Transformation“ werden.

Da die Handlungsspielräume der Kommunen insbesondere durch ein vielerorts geringes kommunales Flächenvermögen in der Innenstadt eingeschränkt sind, bedarf es auch einer Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten (z.B. durch Innenstadtentwicklungsmaßnahmen, Regelungen zum Gewerbenietrecht oder den Schutz für bestimmte Nutzungen).

Welche Rolle eine zeitgenössische Innenstadt tatsächlich ausfüllen kann, muss stadtindividuell entschieden werden. Dafür braucht es eine gemeinsame Verständigung über die „langen Linien“ der Transformation – und Ausdauer.

„Die Innenstadt ist ein Gemeinschaftswerk. Die jetzt notwendige Transformation kann sich für Kommunen als Chance erweisen, die Stadtgesellschaft in diesen wichtigen Prozess einzubinden,“ betont Difu-Wissenschaftlerin Sandra Wagner-Endres. „Einige Städte zeigen dies bereits, wie die Studie zeigt: Für „frischen Wind in der Innenstadt“ braucht es große Ideen und die Bereitschaft mutige Entscheidungen zu treffen.“

sensdurst gab es im Anschluss eine Jause und Getränke.

Bürgermeister Dr. Matthias Bernhardt ließ es sich nicht nehmen, an der Vorführung teilzunehmen und meinte: „So einen Tag hätte ich mir als Schuljunge auch gewünscht.“

Nanotechnologie im Tiefbau – Straßenbau der Zukunft

Nanotechnologie ist in aller Munde, fast täglich hört man von neuen, revolutionären Anwendungen. Dabei werden unter dem wohlklingenden Sammelbegriff unterschiedliche Praxisbereiche aus der Physik, der Chemie und der Biologie zusammengefasst. Allen Wissenschaften ist jedoch gemein, dass Nanomaterialien verwendet werden können, um die größenspezifischen Merkmale und Wirkungen von derart veränderten Stoffen zu nutzen.

Einfach erklärt, stößt man bei dieser Technik in Längendimensionen vor, bei denen die Abmessungen die Eigenschaften eines Objektes bestimmen (ein Nanometer oder nm entspricht 0,000 000 001 Meter!).

Die hier verwendeten Nanopartikel sind winzige Verbindungen aus Silizium. Im Jahr 2003 hatte man entdeckt, dass Nanopartikel in Verbindung mit handelsüblichem Zement die verschiedensten Bodenmaterialien stabilisiert. Im Tiefbau führt eine Verbindung der Nanopartikel mit Zement, dem vorhandenen Bodenmaterial und Wasser, zu einer enorm stabilen und dennoch elastischen Schicht.

Hohe Kostenersparnis durch Panmax-Verfahren

Bauvorhaben im Straßenbau sind in Kommunen immer auf-

wendig. Darum versucht man diese – dem Budget entsprechend – mit kostengünstigen Varianten zu realisieren. Das bewährte Panmax-Verfahren kann dabei mit besonderen Vorteilen punkten: Dank Nanotechnologie wird die Bauzeit reduziert, es ist kein Bodenaustausch erforderlich und eine Kostenersparnis von 30 bis zu 60 Prozent gegenüber herkömmlichen Methoden möglich.

Vielseitiger Einsatz

Besonders interessant ist auch der vielseitige Einsatz, denn egal ob Radweg, Güter- oder Forstweg, Siedlungsstraße, Wirtschaftsweg oder Gemeinde-Verbindungsweg – das Profiteam von Panmax hat für jede Aufgabenstellung eine Lösung.

Mehr Infos unter www.panmax.de.



Die Herausforderung für jede Gemeinde: STRASSEN-SANIERUNG

- LANGLEBIGER
- SCHNELLER
- TRAGFÄHIGER
- GÜNSTIGER
- ÖKOLOGISCHER

DIE LÖSUNG: DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)

Vorher



Nachher



PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

Heimische Rohstoffgewinnung und Baustoff-Recycling ergänzen sich

Gemeinsames Positionspapier von Baustoff Recycling Bayern e. V. und Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e. V. (BIV)

Faires Miteinander, statt ideologisches Gegeneinander – dieses klare Statement ist im gemeinsamen Positionspapier des Baustoff Recycling Bayern e.V. und des Bayerischen Industrieverbands Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) formuliert. Es markiert einen wichtigen Meilenstein im Diskurs zum Recycling. Klar ist, und mit dem Positionspapier jetzt festgehalten, dass sich die Branchen hier nicht gegeneinander ausspielen lassen und es kein Schwarz-Weiß gibt. Ganz im Gegenteil, Baustoff-Recycling und die Gewinnung und Verarbeitung von Primärrohstoffen ergänzen sich.

Der Bedarf an mineralischen Rohstoffen in Bayern wird aktuell durch 150 Mio. Tonnen Primärrohstoffe und rund 18 Mio. Tonnen Sekundärrohstoffe gedeckt. Im Sinne der Ressourcenschonung sollte so viel Recycling-Material wie möglich in der Bauwirtschaft eingesetzt werden, vorausgesetzt, die technischen und umweltrelevanten Merkmale für den vorgesehenen Einsatzzweck werden erfüllt. Die

entscheidenden Faktoren sind die Verfügbarkeit vor Ort bzw. der kontinuierliche Stoffstrom, kurze Transportwege und die ökonomisch und ökologisch sinnvolle Aufbereitung von mineralischen Abfällen.

Zertifizierung notwendig

Diese Faktoren bedingen sich auch untereinander. Geschäftsführer Stefan Schmidmeyer vom

Bayerischen Recyclingverband: „Sekundärbaustoffe müssen qualitativ hochwertig sein und nach Gütekriterien zertifiziert werden. Nur durch die Zertifizierung kann sichergestellt werden, dass alle bautechnischen und umweltrelevanten Eigenschaften, abgestimmt auf den jeweils geplanten Einsatzbereich, regelmäßig geprüft und die Anforderungen umfänglich eingehalten werden.“

RC-Material deckt nicht gesamten Bedarf

Was da ist, sollte genutzt werden. Das gilt insbesondere für das Recyclingmaterial, aber eben auch für die Gewinnung der Primärrohstoffe, die in zahlreichen Einsatzgebieten noch immer al-

ternativlos sind. Dass RC-Material künftig den gesamten Bedarf für das Bauen in Bayern decken kann, ist allerdings fern jeglicher Realität. „Letztendlich ist es für uns zweitrangig, ob Primär- oder Sekundärrohstoff. Wichtig ist, dass die Rohstoffversorgung regional sinnvoll sichergestellt ist. Das wird nur im Mengemix gehen. Primärrohstoffe werden immer den Hauptanteil an der Bedarfsdeckung bilden“, so Geschäftsführer Dr. Bernhard Kling vom BIV.

Theorie und Praxis liegen weit auseinander: Berichte aus der Erfahrung

Zwei, die aus eigener Erfahrung berichten können, sind die Präsidenten der beiden Verbände. Der Präsident des BIV, Georg Fetzer, ist Mitglied der Geschäftsleitung eines Kies-, Sand- und Transportbetonunternehmens in Marktoberdorf. Seit nahezu 30 Jahren betreibt das Unternehmen an verschiedenen Standorten auch Bauschutt-Recycling, stellt sich sozusagen jeden Tag der Herausforderung. Er zeichnet ein Bild der praktischen Umsetzung: „Recycling-Material als Zuschlag für Beton spielt bei uns so gut wie gar keine Rolle. Die Mengen und Qualitäten des angelieferten Materials reichen für die Produktion von Recycling-Beton nicht aus. Unser Unternehmen liegt in keinem Ballungsraum, es geht bei uns um lediglich 15.000 Tonnen Bauschutt pro Jahr. Unser Recyclingmaterial wird als zertifizierter Straßenbaustoff verkauft – und dadurch wird Primärrohstoff eingespart. Auch wenn wir gerne mehr möchten, wir müssen realistisch bleiben.“

Fehlende Akzeptanz bei öffentlichen Auftraggebern

Matthias Moosleitner, Inhaber der Moosleitner-Unternehmensgruppe und Präsident des Baustoffrecycling Bayern e.V., fehlt die Akzeptanz bei den Bauherren: „Qualitätsgesicherte und zertifizierte Sekundärbaustoffe sind den Primärbaustoffen bautechnisch gleichwertig. Trotz aller Anstrengungen unserer Mitgliedsbetriebe, qualitativ hochwertige Recycling-Materialien anzubieten, sind insbesondere die öffentlichen Auftraggeber immer noch sehr zurückhaltend beim Einsatz von Recyclingbaustoffen. Dies ist nicht nachvollziehbar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Öffentliche Hand dahingehend eine gesetzlich verankerte Vorbildfunktion zu erfüllen hat und es auch an politischen Bekenntnissen Pro Recycling nicht mangelt.“

Staatlich verankerte Quote nicht sinnvoll

Eine Quote wäre aus Sicht beider Verbände kontraproduktiv. Eine faire Bewertung der regionalen Verfügbarkeit, technischen Machbarkeit und Ökobilanz macht staatliche Lenkungsmaßnahmen, wie etwa die Besteuerung der Primärrohstoffe, überflüssig. Sinnvoller als eine staatlich verankerte Quote zum Einsatz von Sekundärbaustoffen ohne Rücksicht auf die regionalen Verfügbarkeiten wäre eine Dokumentation des tatsächlich eingesetzten Recyclingmaterials (Substitutionsquote) durch den Baustoffproduzenten oder das Bauunternehmen.

Hindernisse abbauen

Auf der anderen Seite müssen aber auch rechtliche Hürden und bürokratische Hindernisse bei der Genehmigung von Aufbereitungsanlagen für mineralische Abfälle, deren Lagerung und der Zuschreibung eines Produktstatus abgebaut werden. □



400.000 neue Wohnungen wollen Bundesbauministerin Klara Geywitz und Bundeskanzler Olaf Scholz jährlich errichten. Jetzt stellten sie ihr Maßnahmenpaket vor. Bild: Henning Schacht

Bündnis bezahlbarer Wohnraum:

Empfehlungen zügig umsetzen

Nur sechs Monate nach Gründung des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum haben sich in Berlin unter der Leitung von Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesbauministerin Klara Geywitz 35 Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik auf ein gemeinsames Paket mit 187 konkreten Maßnahmen für eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive geeinigt. Ziel ist es, in Deutschland 400.000 Wohnungen, davon 100.000 sozial geförderte pro Jahr, zu bauen.

Bis 2026 stehen für den sozialen Wohnungsbau 14,5 Milliarden Euro staatliches Fördergeld bereit. Die bedarfsgerechte Kofinanzierung und der Mittelabruf durch die Länder wurden unter dem Dach des Bündnisses vereinbart. Anfang 2023 wird der Bund die Neubauförderung neu ausrichten und ein Wohneigentumsprogramm auflegen. Zudem wird ab 1.7.2023 die lineare AfA für die Abschreibung von Wohngebäuden von zwei auf drei Prozent erhöht.

Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, eine neue Wohngemeinnützigkeit, verbunden mit einer steuerlichen Förderung und Investitionszulagen, anzugehen. Auch wurde vereinbart, dass das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) die Mittel für die Städtebauförderung dauerhaft absichert.

Innovativer werden sollen Projekt- und Planungsprozesse. Ziel ist die „digitale Rathaus-Tür“. Elektronisch erstellte Anträge müssen von überall aus bei den zuständigen Stellen eingereicht werden können. Daher wird es bundesweit möglich sein, einen digitalen Bauantrag zu stellen, heißt es. Gleichzeitig sollen Innovationsklauseln in den Landesbauordnungen und Regeln, etwa für eine Genehmigungsfreiheit von Dachgeschossausbauten, erarbeitet werden.

Auch eine Standardisierung von digitalen Anwendungen beim Building Information Modeling (BIM) ist aus Sicht des Bündnisses zwingend erforderlich. Bauprozesse sollen unter anderem durch eine zeitlich befristete Erhöhung der vergaberechtlichen Wertgrenzen für Wohnzwecke, freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb beschleunigt werden.

Damit serielles und modulares Bauen in größerem Umfang angewendet wird, sollen bereits einmal erteilte Typengenehmigungen bundesweit gelten. Entsprechende Regelungen sind in den Landesbauordnungen zu verankern. Die Technologien werden mit Hilfe einer Geschäftsstelle im Bundesbauministerium und einem runden Tisch „Serielles Bauen“, Best-Practice-Beispielen und einer Begleitforschung vorangetrieben.

Kommunale und regionale Bodenfonds

Damit Städte und Gemeinden strategisch Boden bevorraten können, ist die Errichtung kommunaler und regionaler Bodenfonds geplant. Digitale Potenzial- und Brachflächenkataster

sollen zeigen, wo Bauland vorhanden ist. Bei Bedarf sind Wohnungsbaukoordinatoren als zentrale Ansprechpartner vor Ort zu etablieren, um Prozesse zu bündeln und Investitionen voranzutreiben. Eine Geschäftsstelle zur Folgekostenabschätzung in Normungsprozessen soll Baukosten begrenzen.

Weniger CO2

Stärker in den Fokus rücken soll die Reduktion von Treibhausgasemissionen beim Bauen und Wohnen. Ziel ist es, über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes weniger CO2 auszustoßen und weniger Ressourcen, Flächen und Energie zu verbrauchen. Beim Neubau werden die Anforderungen im Ordnungsrecht (GEG) weiterentwickelt. Zudem bringt der Bund Anfang 2023 das Förderprogramm „Klimafreundliches Bauen“ auf den Weg, das sich stärker am Lebenszyklus von Gebäuden ausrichtet. Um die Wiederverwendung und das Recycling von Baustoffen planen zu können, wird der digitale Gebäuderessourcenpass eingeführt.

„Angesichts eines Neubaubedarfs von mindestens 350.000 Wohnungen pro Jahr müssen die Rahmenbedingungen für die Baulandmobilisierung, für zügige Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie für einen nachhaltigen, klimagerechten und flächenschonenden Wohnungsbau weiter verbessert werden. Angesichts einer weiter abnehmenden Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen – jährlich fallen mindestens 60.000 Wohnungen aus der sozialen Bindung – ist insbesondere die vom Bund gesetzte Zielmarke von 100.000 neuen Sozialwohnungen pro Jahr grundsätzlich richtig“, kommentierte der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Massiv steigende Baukosten, Materialengpässe sowie Fachkräftemangel führten allerdings dazu, dass die gesteckten Ziele derzeit nur schwer zu erreichen sein werden. Umso wichtiger sei es, dass die beeinflussbaren Faktoren beim Thema Wohnungsbau zügig verbessert werden. „Hierbei gilt: Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.“

Bei der Schaffung von Wohnraum müsse der in Deutschland bestehende Leerstand, gerade in ländlichen Regionen, berücksichtigt werden, betont der DStGB. Neben der Ankurbelung des Neubaus müssten daher auch die Nachverdichtung, der Um- und Aufbau von Bestandsimmobilien sowie die Umnutzung von Leerständen verstärkt in den Blick genommen werden. „Für all diese Bereiche gilt: Platzial- und Brachflächenkataster (Fortsetzung auf Seite 13)

Ökopunkte als Alternative zu Ausgleichsflächen

Ein Gastbeitrag von Dr. Tobias Zehetmair, ÖkoAgentur Bayern GmbH

Viele kommunale Bauvorhaben müssen naturschutzfachlich ausgeglichen werden. Oft werden hierfür eigene Flächen der Gemeinden verwendet oder neue Flächen gekauft. Dies wird aufgrund des steigenden Flächendrucks zunehmend schwieriger und auch teurer, mit meist nicht kalkulierbaren Folgekosten. Als Alternative stellen hierbei Ökopunkte eine sinnvolle und zeitgemäße Lösung dar.

Ökopunkte werden durch die ökologische Aufwertung von land- oder forstwirtschaftlichen Flächen generiert, z.B. durch Anlage von Streuobstwiesen, Extensiv-Grünland, Hecken, Säume, Waldumbau, etc., wobei die Maßnahmen durch die Unteren Naturschutzbehörden geprüft und anerkannt sein müssen.

Vorteile von Ökopunkten sind:

- Ökopunkte sind sofort verfügbar
- Kauf von Ausgleichsflächen entfällt
- Land- und forstwirtschaftliche Produktionsflächen vor Ort werden geschont
- Genehmigungsprozesse werden beschleunigt
- Folgekosten für den Eingriffsverursacher gibt es nicht
- Ökopunkte stellen eine Dienstleistung dar, die alle Maßnahmen auf der Ausgleichsfläche (insbes. Herstellung, Pflege und Monitoring) abdeckt
- Kosten können oftmals auf das Bauvorhaben umgelegt werden
- Ökopunkte können auch auf Vorrat gekauft werden (für zukünftige Bauvorhaben)

Ökopunkte in der Bauleitplanung

Der in der Bauleitplanung erforderliche Ausgleich hat auf Grundlage einer sachgerechten und nachvollziehbaren Methode zu erfolgen, ohne dass hierfür im BauGB eine bestimmte Methode gesetzlich vorgeschrieben ist (Planungshoheit der Kommunen).



Dr. Tobias Zehetmair.

Bild: ÖkoAgentur Bayern

Der am 15.12.2021 veröffentlichte (überarbeitete) Leitfaden „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ bietet den Gemeinden methodische Hinweise für die Auseinandersetzung mit den Belangen von Natur und Landschaft und zur planerischen

Bewältigung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung, die den Regeln des Baugesetzbuches (BauGB) folgt.

Er dient als Orientierungshilfe für eine fachlich und rechtlich abgesicherte, aber auch zügige Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung.

Die Bewertungsmethodik des überarbeiteten Leitfadens lehnt sich an die BayKompV an und berücksichtigt dabei die spezifischen Anforderungen an städtebauliche Planungen (Quelle: STMB, <https://www.stmb.bayern.de/buw/staedtebau/oeekologie/leitfadeneingriffsregelung/index.php>)

Somit besteht für Kommunen die Möglichkeit Verfahren in der Bauleitplanung in Anlehnung an das Biotopwertverfahren („Wertpunktesystem“) der BayKompV zu bilanzieren und dementsprechend den erforderlichen Ausgleich oder Ersatz durch Ökopunkte zu erbringen.

Die ÖkoAgentur Bayern als staatlich zertifizierter Vermittler bietet eine umfassende Beratung und kann Ökopunkte über die Ökopunktebörse bayernweit und sofort zur Verfügung stellen.

Ansprechpartner:

Dr. Tobias Zehetmair, Fachlicher Leiter, ÖkoAgentur Bayern, 089/590682949, 0160/972 28210, tobias.zehetmair@oekoagentur.de, www.oekoagentur.de, www.oekoagentur.de/oe-kopunkteboerse. □

HEUTE BAUSCHUTT

MORGEN BAUSTOFF

BAUSTOFF-RECYCLING: Aktiver Klima- & Umweltschutz

Alte Baustoffe werden zu neuen Rohstoffen, z.B. als Unterbau für Autobahntrassen.
Mehr Infos unter: baustoffrecycling-bayern.de

Baustoff Recycling Bayern e.V. München
Telefon: 08441 / 78 82 09-0
Löwenstraße 2 · 85276 Pfaffenhofen a.d. Ilm

CUBO Begegnungen

Ein Gestaltungskonzept mit vielen Gesichtern

Mit CUBO Begegnungen hat der Bundesverband Deutscher Steinmetze ein neues Gestaltungskonzept für den öffentlichen oder institutionellen Raum entwickelt. CUBO Begegnungen hat viele Gesichter und ist doch immer erkennbar als definierter Raum.

Nur 3x3 m groß ist die Grundfläche von CUBO, aber das was sich darin befinden kann, hat es in sich. Das Gestaltungskonzept kann für folgende Verwendungszwecke umgesetzt werden:

- Begegnungs- und Erinnerungsstätte für allgemeine Trauer im öffentlichen Raum (z.B. im Gedenken an Kriege oder Unglücksfälle)
- Begegnungs- und Trauerstätte für individuell Trauernde innerhalb des Friedhofs
- Bestattungsraum auf Friedhöfen für Urnen – und Erdbestattungen
- Informations- und Aufenthaltsraum bei Veranstaltungen im

öffentlichen und institutionellen Freiraum

- Raum für Gespräche, Treffen, Lesungen oder kleine Konzerte in Parks und Gärten
- Pausenraum in Firmengeländen oder Dachgärten
- Spielplatz für Kinder mit kleinen Spielgeräten aus Naturstein, Holz o.ä.
- Begegnungsraum auf Messen oder öffentlichen Veranstaltungen

Ein geschützter Raum

Der Begriff CUBO kommt aus dem Lateinischen und bedeutet liegen, ruhen, sich sanft senken.

Der fest umgrenzte Raum lädt die Besucher ein, sich niederzulassen, zur Ruhe zu kommen, die Gedanken fließen zu lassen und Kraft zu schöpfen. Im geschützten Raum gelingt es, sich zu erinnern, Pläne für die Zukunft zu



CUBO – Begegnungen, Detail.

Bild: Bundesverband Deutscher Steinmetze

Neben exakter Planbarkeit, hohem Vorfertigungsgrad, kurzer Bauzeit und hoher Termin- und Kostensicherheit, punktet der Modulbau auch unter Nachhaltigkeitsaspekten. So basieren die HÖRMANN Wohnmodule auf einer ressourcenschonenden Fertigung. Die Module können erweitert oder anderorts wieder aufgebaut und weiter genutzt werden. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach liefert bei Sonnenhochleistung sogar mehr Strom als benötigt wird. Durch lückenlose wärmebrückenfreie Dämmung im KfW 55 Standard sind die Energie- und Betriebskosten niedriger als bei anderen Bauarten. Als Sonderausstattung gibt es eine KfW-förderfähige Variante „Effizienzhaus 40 mit Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude“.

Weitere Informationen

Von der 3D-visualisierten Planung, der eigenen Fertigung am Standort Buchloe bis hin zur Montage: Als Spezialist für Agrar-, Gewerbe- sowie Wohnungsbau plant und baut die Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG Hallen, Wohngebäude, Ställe und Reitanlagen und statet Dächer mit Photovoltaikanlagen aus. <https://www.hoermann-info.de/wohnbau/wohnmodul>

Modulares Wohnen ist am Puls der Zeit

Das HÖRMANN Wohnmodul Kompakt – eine schnelle, praktische und schlüsselfertige Wohnraumlösung

Der Bedarf an Wohnraum ist hoch, der Bestand ist knapp. Flexible Wohnmodule bieten sich als zeitgemäße Lösung bei schnellem Wohnbedarf an. Um der Problematik des Wohnraummangels entgegen zu wirken, bietet die Rudolf HÖRMANN GmbH & Co. KG eine schnelle und flexible Lösung als Alternative zu konventionellen Gebäuden an. Mit dem HÖRMANN Wohnmodul Kompakt ermöglicht das Allgäuer Familienunternehmen z.B. Kommunen innerhalb kurzer Zeit nachhaltige und gleichzeitig mobile Wohnsiedlungen zu realisieren.

Mit einer Wohnfläche von ca. 61 m² verfügt ein HÖRMANN Wohnmodul Kompakt durch eine praktische Raumaufteilung über ausreichend Wohnraum z.B. für eine Familie oder eine Wohngemeinschaft. Digital geplant, im Werk in Buchloe vorgefertigt und auf dem eigenen Gelände getestet, überlässt HÖRMANN beim Wohnmodul Kompakt nichts dem Zufall.

Ein vereinheitlichter Grundplan und standardisierte Fertigungsprozesse sorgen für eine minimale Vorlaufzeit bis zur Bauphase.

Die Vorteile auf einem Blick:

- Schlüsselfertig
- Mobil, flexibel und sofort einsatzbereit
- Ab- und umbaufähig



HÖRMANN Wohnmodul Kompakt.

Bild: Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG

Empfehlungen...

(Fortsetzung von Seite 12) nungs- und Genehmigungsverfahren müssen weiter vereinfacht und beschleunigt und digitale Verfahren verstärkt ermöglicht werden.“

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, bedürfte es einer soliden Finanzierung und damit Wohnungsbauförderung durch Bund und Länder. Die Mittel für die soziale Wohnraumförderung sollten langfristig auf mindestens 5 Milliarden Euro jährlich aufgestockt werden.

„Wir müssen realistisch bleiben: Baustoffe sind teuer, das Personal knapp, nicht überall können wir auf das vorhandene Bauland zugreifen, wie es nötig wäre. Aus Sicht der Kommunen muss bundesweit stärker auf Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand gesetzt werden. Das geht schneller und wirkt nachhaltiger, als ausschließlich auf Neubauten zu setzen“, erklärte Prof. Dr. Eckart Würzner, erster Stellvertreter des Städtetagspräsidenten.

„Wir wollen“, so Würzner, „den Wohnungsbestand fit für die Zukunft machen, vorhandene Gebäude aufstocken und ungenutzte Flächen bebauen. Das bringt Umweltschutz und Klimaanpassung besser mit dem Flächenverbrauch in Einklang als ein Neubau

auf der grünen Wiese. Außerdem muss das Umwidmen und Sanieren vorhandener Immobilien, etwa ehemaliger Kaufhäuser, auch für Wohnzwecke rechtlich einfacher möglich werden.“

Wohnen für alle

Vor allem beim Bauland gebe es noch ungenutztes Potenzial. Die Kommunen benötigen mehr Möglichkeiten, um den Wohnungsmarkt stärker auf das Gemeinwohl – Wohnen für alle – auszurichten. „Städte und Gemeinden brauchen Vorkaufrechte für Grundstücke im gesamten Ortsgebiet. Flächen und Gebäude in zentralen Lagen dürfen nicht mehr brachliegen, um damit zu spekulieren. Auch das Thema Bodenfonds muss auf die Agenda. Grundstücke der öffentlichen Hand sollten in erster Linie für Vorhaben genutzt werden, die dem Gemeinwohl dienen, etwa für preiswerte Wohnungen, Kitas oder Schulen.“

Vor Ort strebt der Deutsche Städtetag lokale Bündnisse für bezahlbaren Wohnraum an. Im Zusammenwirken mit der kommunalen Wohnungswirtschaft, der freien Wohnungswirtschaft und privaten Eigentümern könnten gute Lösungen für mehr günstigen Wohnraum entstehen. Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum habe dafür Wege aufgezeigt, die nun von allen auch beschritten werden müssten.

Nach Auffassung von Landrat Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags, ist eine Strategie zur Aktivierung des Leerstands durch die Steigerung der Attraktivität von strukturschwachen Gebieten erforderlich. „Maßnahmen sind eine verbesserte verkehrliche Anbindung, eine ausreichende Breitbandversorgung sowie Kinderbetreuung. Auch die Erarbeitung eines Konzepts für den verstärkten Eigentumserwerb im Bestand ist ein richtiger Schritt.“

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sei nicht nur Aufgabe der großen Städte, sondern der gesamten kommunalen Ebene: „Die Wohnungsprobleme bestehen nicht nur in Ballungsräumen. Sie werden sich nicht in den Städten allein lösen lassen, sondern es bedarf einer Einbeziehung der Landkreise und Gemeinden.“ Des Weiteren müsse man den Zielkonflikt zwischen der Bezahlbarkeit des Bauens und den steigenden energetischen Anforderungen in den Griff bekommen, unterstrich der DLT-Präsident.

DK

schmieden, andere Menschen zu treffen, mit sich selbst ins Gespräch zu kommen oder als Bestattungs- und Erinnerungsort auf dem Friedhof in Zwiessprache mit den Verstorbenen zu treten. CUBO bedeutet aber auch, Gemeinsamkeit zu erleben und zu zeigen, z.B. durch eine abgestimmte Gestaltung, die Verbindendes zeigt. In der Verbindung von künstlerischer Gestaltung aus Naturstein, Sitzgelegenheiten, Pflanzen und Raum-Architektur, die durch den eckigen Rahmen geschaffen wird, entsteht ein Ort für Begegnung oder für Alleinsein, für Leben, Generationen, Kunst und Kultur und Aktionen, wie z.B. Lesungen, kleine Musikstunden, Andachten o.ä. Wenn er als Bestattungs- und Trauerort genutzt, sind die Stelen schon vorhanden und werden

später Stück für Stück mit Namen und Lebensdaten individualisiert. Wünscht ein Hinterbliebener eine individuelle Gestaltung der Stele, so ist dies auch möglich, sofern die Rahmenbedingungen wie Größe und Materialauswahl beachtet werden.

CUBO Begegnungen ist immer erkennbar, die Grundgestaltung folgt einem festen Konzept, das in einem Lizenzvertrag zwischen dem Markeninhaber und der umsetzenden Firma festgelegt wird. Erst die Details und die lebendige Nutzung durch den Menschen hauchen jedem CUBO Begegnungen seine individuelle Seele ein.

CUBO Begegnungen lebt von



CUBO – Begegnungen.

Bild: Bundesverband Deutscher Steinmetze

der Vielfalt der Macher und Nutzer und ist ein von Anfang an fertig gestalteter, den Besucher berührender Raum.

CUBO Begegnungen ist in der Regel ein Gemeinschaftsprojekt eines Steinmetzinnungsbetriebes und eines öffentlichen, institutionellen oder privaten Trägers eines Friedhofs, eines Parks, eines Gartens oder eines öffentlichen Raumes. Die langfristige Erhaltung und Pflege wird gewährleistet, so dass CUBO Begegnungen mit den Jahren seine ganze Schönheit entwickeln kann. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig, einzige Voraussetzung ist die aktive Mitwirkung eines Mitgliedsbetriebes des Lizenzgebers und die Einhaltung der Richtlinien.

CUBO Begegnungen: Ein kreativer Ort mit vielen Möglichkeiten – entworfen von Menschen für Menschen.

CUBO Begegnungen ist eine eingetragene deutsche Marke 30 2020 117 570 des Bundesverbandes Deutscher Steinmetze (Lizenzgeber). Es handelt sich

um ein räumliches Gestaltungskonzept, das ausschließlich von den Mitgliedern des Verbandes erstellt werden kann.

Weitere und aktuelle Informationen gibt es in Kürze unter www.cubo-begegnungen.de. 2023 sind Beispiele für CUBO Begegnungen auf der Bundesgartenschau in Mannheim und den Landesgartenschauen in Freyung (Bayern) und Fulda (Hessen) zu sehen.

Kontakt

Ansprechpartner und Vermittler ist der Bundesverband Deutscher Steinmetze, Weißkirchener Weg 16, 60439 Frankfurt am Main, Telefon: 069/576 098, www.bivsteinmetz.de.

Der Bundesverband hat mit der Fördergesellschaft Steinmetzhandwerk mbH (FGS), einer 100-prozentige Tochter des Bundesverbandes, einen Lizenzvertrag abgeschlossen und beauftragt diese darüber mit dem Verkauf der Lizenzen. Eine Lizenz kostet 300,00 Euro. □

BEGEGNUNGEN
SIND DAS,
WAS DAS
LEBEN
BEREICHERT.

LANDESVERBAND
BAYERISCHER
STEINMETZE
www.liv-steinmetz.de

CUBO-BEGEGNUNGEN.DE

Leerstandskonferenz „Jemand daheim“ in Kolbermoor:

Unsichtbarer Leerstand als Potenzial

Wie kann leerstehender Wohnraum in Einfamilienhäusern intelligent reaktiviert werden? Die Leerstandskonferenz „Jemand daheim?“ nahm Ende September halbleere Einfamilienhäuser ins Visier und präsentierte nach dreitägigem Ideenmarathon mit Vorträgen, Workshops und vier Exkursionen zukunftsweisende Lösungsansätze. Die rund 160 Teilnehmer kamen aus den Disziplinen Architektur, Stadt- und Regionalplanung, Soziologie, Wirtschaft, Landschaftsarchitektur, aber auch aus Rathäusern und... Einfamilienhäusern.

„Wenn man als Bürgermeister zum Geburtstagsgratulieren zu Seniorinnen und Senioren nach Hause kommt, steht oft das Krankenbett im Wohnzimmer und die Staubschicht auf den Treppen ist hoch, weil schon lange niemand mehr in das Obergeschoss gegangen ist. Die älteren Leute leben oftmals allein in den großen Häusern und können sich nur mehr schwer um die Immobilie und den Garten kümmern. Und gleichzeitig wissen wir nicht, wohin mit den jungen Familien, die Wohnraum suchen“, erklärt Bürgermeister Peter Kloos aus Kolbermoor Wohnrealität und Problemstellung. „Einfamilienhäuser werden immer mehr zu Keinfamilienhäusern.“

Was also tun, außer den unsichtbaren Leerstand mit einer Konferenz sichtbar zu machen? Auf jeden Bürger und jede Bürgerin in Deutschland entfallen laut Tina Krammer, Professorin an der IU Internationalen Hochschule, rund 460 Tonnen Baustoffe, die meisten davon verbaut in Wohngebäuden. Der gesamte Gebäudebestand ist in den Augen der Spezialistin für Re-Use wie ein riesiges Rohstofflager mit rund 15 Milliarden Tonnen Material. Dennoch würden jährlich 500 Millionen Tonnen neue Bau-

stoffe verbraucht. Was, wenn man stattdessen Altes bewahren, mit neuem kombinieren und damit etwas Unverwechselbares schaffen würde?

Mit langem Atem und einer großen Vision auf Privatinitiative der ortsansässigen Familie Finsterwalder ist dort auf einem leerstehenden Industrieareal die Landmühle, ein nutzungsdurchmisches und lebendiges kleines Dorf zum Wohnen, Arbeiten, Produzieren und Einkaufen entstanden. Auch der Tagungsort selbst, die Alte Spinnerei in Kolbermoor (ein Projekt der Quest Baukultur GmbH), umrahmt die Veranstaltung wie ein Plädoyer für Transformation und nachhaltige Lebensraumgestaltung.

Anders Bauen gegen Flächenfraß

Alternative Wohnmodelle und Wohnformen können spannend sein und spielen eine entscheidende Rolle in der Zukunftsgestaltung. Das wurde den Teilnehmenden der Leerstandskonferenz auf vier Exkursionen zu innovativen Wohnprojekten in Weyarn, Münsing, Bad Aibling und Bad Feilnbach klar.

Statt mehrerer, freistehender Einfamilienhäuser wurden bei-

spielsweise in Münsing zwei große, an die Dimension von Bauernhöfen angelehnte Häuser, mit unterschiedlichen Wohnräumen unter einem gemeinsamen Dach geschaffen. Neue Wohnqualität ist dort entstanden, durch eine spannende Mischung der Formen Einfamilienhaus, Reihenhaus und Geschosswohnung. Das nicht verbaute, restliche Grundstück blieb buchstäblich Freiraum, der gemeinschaftlich genutzt wird. „Ein Hybrid-Wohn-Haus-Modell zum Vervielfachen für Kommunen, mit dem ein neuer Typus fürs Wohnen geschaffen wurde, für den es noch keinen richtigen Namen gibt“, sagt Gruber. In der Großregion zwischen München und Salzburg, mit ihren sehr hohen Grundstückspreisen, liege viel Potenzial für solche neuen Wohnformen.

Teilen und Tauschen

Daniel Fuhrhop, Autor des Bestsellers „Verbietet das Bauen“, präsentierte in seinem Beitrag zur Konferenz die Ergebnisse seiner Dissertation. Er wies darauf hin, dass in Deutschland derzeit rund neun Millionen großer Wohnungen (mit Wohnraum von 80 bis 100 Quadratmetern) von Ein- oder Zweipersonenhaushalten genutzt werden. In der Theorie entspräche die Summe dieser Wohnflächen einem Potenzial von Wohnraum für zusätzlich rund 20 Millionen Menschen. Was, wenn nur zehn Prozent dieses „unsichtbaren Leerstands“ aktiviert werden könnten? Eine bedenkenswerte Alternative

zum Neubau, findet Fuhrhop und zeigte im Vortrag verschiedene Szenarien zur effektiveren Nutzung bestehenden Wohnraums auf. Beispiel Homesharing: Bei dieser Form des Teilens, ziehen junge Menschen mit älteren zusammen. Beide Seiten, Wohnungssuchende und Personen mit zu viel Wohnraum, profitieren. Aus dem eigenen Haus oder der großen Wohnung ausziehen und trotzdem in der gewohnten Umgebung bleiben? Das Projekt Bremer Punkt zeigt, wie der Schritt Senioren und Seniorinnen leichter gelingt: Im Quartier oder der Siedlung wird ein sogenanntes Auszugshaus errichtet. Wem die Arbeit in Haus und Garten über den Kopf wächst, zieht dort ein. So bleibt die Nachbarschaft zusammen, bereichert zum Beispiel um junge Familien, die die freigewordenen alten Häuser nachnutzen.

Lösungen für mehr Lebensqualität

Fazit der Konferenz: Viele der gezeigten Umbau- und Leerstands Lösungen bringen höhere Lebensqualität und sind obendrein gut für den Klimaschutz. Ein volles Einfamilienhaus schafft ein Mehr an Nachbarschaft, ein nutzungsdurchmisches Quartier kürzere Arbeits- und Alltagswege. Jetzt ist eine kluge Planung gefragt, denn das Projektieren von Umbaumaßnahmen ist anders als Neubauplanung auf der grünen Wiese. Es erfordert mehr Fachkompetenz und eine intensivere Beschäftigung mit der Aufgabe und der Nachbarschaft. Hochglanz-Architekturen könnten bald von einer neuen Ästhetik des Re-Use und der partizipativen Planungsmethodik abgelöst werden.

In der Alten Spinnerei wurde klar: Es braucht viel mehr Experimente, damit Vorzeige-Projekte, wie die in Weyarn, Bad Aibling, Münsing und Bad Feilnbach, weitergedacht werden können. Dazu werden neue Förderprogramme, auch für gemeinschaftliches Wohnen, wie sie das österreichische Bundesland Kärnten vor kurzem eingeführt hat, nötig werden. Und dann ist auch bald wieder im Einfamilienhaus „Jemand daheim!“

Stimmen von der Leerstandskonferenz 2022

- „Das Einfamilienhaus ist ein Auslaufmodell, das Einheimischenmodell ist gestorben“ (Bürgermeister Simon Hausstetter, Rohrdorf)
- „Der Abriss der alten Häuser, um etwas Neues zu errichten, sollte in Zukunft der Ausnahmefall sein.“ (Bürgermeister Anton Wallner, Bad Feilnbach und Vorsitzender der LEADER Region Mangfalltal-Inntal)
- „Mein Einfamilienhaus hat für eine gewisse Lebensphase gut gepasst, aber jetzt bin ich in eine Wohnung gezogen und das Haus wird von anderen Menschen neu genutzt.“ (Bürgermeister Georg Weigl, Tuntenhausen)
- „Wir müssen wieder mehrere Generationen unter ein Dach bringen“, findet Bürgermeister Kloos aus Kolbermoor und geht mit gutem Beispiel voran: In seinem Haus wohnen vier Generationen. „Die Teilbarkeit von Häusern sollte in Zukunft in den Bebauungsplänen vorgeschrieben sein.“

• Michael Pelzer, Altbürgermeister von Weyarn und Vorsitzender der LEADER Region Miesbacher Land: „Die Konferenz hat den Teilnehmenden Inspiration und Anleitung gegeben, um ins Tun zu kommen. Wir brauchen neue Visionäre und eine kreative Umbaukultur, denn das Vorhandene wird das Neue!“

Alle Vorträge und Diskussionen wurden filmisch aufgezeichnet und sind Online nachzusehen: www.jemand-daheim.de



Mit der Belebung brach liegenden Wohnraums befasste sich die Leerstandskonferenz in Kolbermoor. Bild: Julia Schaefer

230 Kitas in ganz Bayern als „ÖkoKids“ ausgezeichnet

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat 230 Kindertageseinrichtungen mit dem Titel „ÖkoKids – Kindertageseinrichtung NACHHALTIGKEIT“ ausgezeichnet. Dieser Titel wird vom bayerischen Naturschutzverband LBV bereits seit zwölf Jahren verliehen und wird gefördert durch das Bayerische Umweltministerium. Hierbei werden Kindertageseinrichtungen hervorgehoben, die sich mit wichtigen Themen der Umwelt und Nachhaltigkeit auseinandersetzen.

„Trotz der nach wie vor schwierigen Bedingungen und dem spürbaren Fachkräftemangel sind in diesem Jahr spannende Projekte in den bayerischen Kitas entstanden. Die weiterhin große Beteiligung seit dem Start der ‚ÖkoKids‘ 2011 beweist, dass das Thema Nachhaltigkeit eine starke Brisanz in der Gesellschaft hat“, sagt die LBV-Projektleiterin Carmen Günnewig.

Werte fördern

In diesem Jahr werden die Zertifikate bei einer „Tour de ÖkoKids“ verliehen, bei der die Einrichtungen unter freiem Himmel ausgezeichnet werden. An fünf verschiedenen Standorten in Bayern, unter anderem in München, Augsburg, Nürnberg und Regensburg, haben die Kitas die Möglichkeit, ihr Zertifikat überreicht zu bekommen und an einem Workshop zur Bildung für nachhaltige Entwicklung teilzunehmen. Den Auftakt dieser Tour machte Bamberg, bei dem 45 Kitas aus Ober- und Unterfranken das Zertifikat aus den Händen des bayerischen Umweltministers am BRK-Bauernhofkindergarten erhalten haben.

Bereits seit zwölf Jahren verleiht der LBV die Auszeichnung „ÖkoKids – Kindertageseinrichtung NACHHALTIGKEIT“ an Krippen, Kindergärten, Kindertagespflegen und Horte. Im Projekt werden Werte und Schlüsselkompetenzen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gefördert und diese in der Einrichtung verankert. Auch im

vergangenen Kita-Jahr entwickelten die Einrichtungen verschiedene Projekte zum Thema „Umwelt und Nachhaltigkeit“. „Die vielen gelungenen ÖkoKids-Projekte zeigen, wie breit gefächert die Möglichkeiten sind, Bildung für nachhaltige Entwicklung im frühkindlichen Bereich umzusetzen. Dabei geht es auch darum, Nachhaltigkeit in den Kita-Alltag zu verankern und die gesamte Einrichtung mit Träger, Eltern und Personal mit ins Boot zu holen“, so Carmen Günnewig. Eine Jury aus Vertreterinnen des Umweltministeriums, des Sozialministeriums und des LBV bewertete die Projektunterlagen.

Nachhaltigkeit im Blick

Auch in diesem Jahr war „Müll und Müllvermeidung“ ein sehr oft gewähltes Thema, das durch kreative Methoden umgesetzt wurde. Aber auch der Eigenanbau von Gemüse und Kräutern sowie das gemeinsame Verarbeiten mit den Kindern brachte den Nachhaltigkeitsgedanken direkt in den Kita-Alltag. „Bei allen umgesetzten Projekten merkt man, dass engagierte Mitarbeiter dahinterstehen, die die Kinder stark mit einbinden und deren Haltung zeigt, dass ihnen Nachhaltigkeit am Herzen liegt“, betont die LBV-Projektleiterin. Die Anzahl der teilnehmenden Kindertageseinrichtungen in diesem Jahr beweist erneut, dass der Nachhaltigkeitsgedanke von großer Bedeutung für die frühe Bildung ist. □

Energiekrise:

Wohnungsunternehmen verschieben Bauprojekte

Insolvenzgefahr in Bayern derzeit gering – Wohnen wird deutlich teurer

Gas ist bei den bayerischen Wohnungsunternehmen der mit Abstand wichtigste Energieträger für die Wärmeversorgung. Die bereits seit Ende 2021 stark angestiegenen Gaspreise werden sich daher empfindlich auf die Mieterhaushalte auswirken. Denn nur 25 Prozent der Mitgliedsunternehmen des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen haben eine vertragliche Preisgarantie bis 2024 oder länger. Allen anderen stehen deutliche Preiserhöhungen durch die Energieversorger ins Haus. Das ergab eine Mitgliederbefragung des Verbandes unter den 495 Mitgliedsunternehmen mit einem Bestand von 545.000 Wohnungen im Freistaat.

Die Preiserhöhungen sind bedrohlich für die Mieter und Mieterinnen, wirken sich aber auch direkt auf die Geschäftstätigkeit der Wohnungsunternehmen aus.

„Wir rechnen für den Wohnungsneubau, aber auch für Modernisierungsprojekte im Jahr 2023 mit einem deutlichen Rückgang“, sagt Verbandsdirektor Hans Maier. Viele Verbandsmitglieder (58 Prozent) werden ihre Investitionstätigkeit einschränken. Denn die Verbandsmitglieder sorgen sich um ihre eigene Liquidität. Mehr als jedes fünfte Wohnungsunternehmen (22 Prozent) schätzt die Liquiditätssituation derzeit als risikobehaftet ein. Das hat vor allem zwei Ursachen: Die Unternehmen gehen bei den Energiekosten für die Mieterhaushalte in Vorleistung und rechnen erst zu einem späteren Zeitpunkt ab. Wohnungsunternehmen, denen aktuell bereits Preiserhöhungen für das Jahr 2023 vorliegen, müssen im Schnitt 124 Prozent mehr für Gas bezahlen. Aufgrund dieses starken Kostenanstiegs schätzen die Wohnungsunternehmen, dass es bei etwa 15 Prozent der Mieterschaft zu Zahlungsausfällen kommen wird. Bei weiteren 20 Prozent

der Haushalte werden erhebliche Zahlungsverzögerungen erwartet.

Investitionsverlagerung vom Neubau zur energetischen Modernisierung

„Für unsere sozial orientierten Mitglieder sind die Auswirkungen gravierend“, betont der Verbandschef. Denn der Erwartungsdruck auf die Wohnungswirtschaft sei weiterhin unglaublich hoch. Der Bund plant nach wie vor mit 400.000 neuen Wohnungen jährlich und die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen ist sehr groß. Der Wohnungsmarkt ist in diesem Segment in vielen bayerischen Städten äußerst angespannt. Erst im September hat das bayerische Bauministerium 208 Städte und Gemeinden als „Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt eingestuft.“ „In den letzten Jahren hat die Wohnungswirtschaft zuverlässig geliefert und Rekordsummen in den Wohnungsbau investiert. Dieser Aufschwung ist erst einmal zu Ende und es wird ein Stück nach unten gehen“, sagt Maier.

Die Wohnungswirtschaft kämpft derzeit nicht nur mit den hohen Erwartungen an den

Wohnungsbau. Auch die notwendige Anpassung des Gebäudebestandes an die Klimaneutralität bindet in großem Umfang finanzielle Mittel. „Unsere Mitglieder arbeiten mit Hochdruck an der Modernisierung der Bestände und investieren in diesem Bereich jährlich rund eine Milliarde Euro“, berichtet Maier. Um die Klimaneutralität zu erreichen, müssten sich die Investitionen aber noch mehr vom Neubau zu energetischen Modernisierungen verlagern. Wichtig ist für den Verbandsdirektor dabei ein sozialer Klimaschutz. Seine Botschaft an den Gesetzgeber: Sinnvolle Effizienzstandards für den Gebäudebestand, um wärmeneutrale Modernisierungen zu ermöglichen. Ein zentrales Thema für die Wohnungswirtschaft sind dabei weiterhin der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern und Planungen für das gesamte Quartier. Hier sieht der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen noch Nachholbedarf bei der Bundesregierung. Beispielsweise sind die rechtlichen und steuerlichen Hürden für Mieterstromprojekte immer noch zu hoch.

Versorgung mit erneuerbaren Energien im Fokus

Die Wohnungswirtschaft setze im Neubau und bei der Modernisierung stark auf die Versorgung ihrer Wohnanlagen mit erneuerbaren Energien. Durch die Energiekrise erwartet sich Maier hier noch einen deutlichen Schub. □



Neue Sitzgelegenheiten in der Gerolzhöfer Allee

Mit der EU-Innenstadt-Förderinitiative werden Gelder der EU aus dem Programm REACT-EU zur Verfügung gestellt, um bayerischen Kommunen zu ermöglichen, mit einem Bündel an Maßnahmen die Innenstädte nachhaltig zu stärken und zu beleben. Auch Gerolzhofen hatte sich erfolgreich beworben und setzt nun Maßnahmen um. Aktuell wird die Möblierung in der Allee erneuert. Insgesamt werden 23 neue Sitzbänke, zwei Mülleimer und drei Fahrradständer in der Allee sowie im Schechsgässchen erneuert. Die Stadt investiert ca. 110.000 Euro in die Maßnahme, die Förderung durch das Förderprogramm REACT-EU beträgt ca. 90 Prozent. Bei den Kosten sind auch der Abbau der alten Bänke, die Entsorgung und die Montage der neuen Bänke enthalten. Bänke, die noch nutzbar sind, wurden bereits vorab durch den städtischen Bauhof abtransportiert. Bild: Beate Glotzmann



V.l.: Dr. Joachim Hamberger (AK Forstgeschichte), Prof. Dr. Thomas Knoke (TUM), Prof. Dr. Klaus Richter (TUM, Leiter des ZWFH), Prof. Dr. Manfred Schölch (ANW), Dr. Peter Pröbstle (LWF), Peter Gayer, Prof. Dr. Volker Zahner (HSWT), Constanze Gayer, Dr. Sebastian Höllerl (BaySF), Georg Josef Wilhelm (Landesforsten Rheinland-Pfalz), Enno Uhl (TUM), Prof. Dr. Reinhard Mosandl (Karl Gayer Institut), Dr. Ralf Straußberger (BUND).
Bild: C. Josten, ZWFH

Karl Gayer und die Eiche

Das Zentrum Wald-Forst-Holz Weihenstephan widmete im Oktober dem genialen Vordenker anlässlich seines 200. Geburtstags in Aschaffenburg eine wissenschaftliche Fachtagung

Der Geburtstag dieses wegweisenden Vordenkers für Nachhaltigkeit und naturnahe Waldbewirtschaftung jährte sich am 15. Oktober 2022 zum 200. Mal. Rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten im Schloss Johannisburg die Vorträge, die das Leben und Wirken Gayers näher beleuchteten. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Eiche gerichtet, die an vielen Orten als die Zukunftsbauart in unseren Wäldern gilt.

Karl Gayer, geboren am 15. Oktober 1822, musste nach seiner Gymnasialzeit in Speyer sein am Polytechnikum München begonnenes Studium der Architektur und Mathematik abbrechen. Da er bereits im Alter von 12 Jahren Vollweise geworden war, reichten seine finanziellen Mittel hierfür nicht aus. Er kehrte in die Pfalz zurück, um als Forstgehilfe zu arbeiten. Rasch stieg er zum Revierförster auf und wurde schon im Alter von 33 Jahren Professor für Forstwissenschaft an der Königlich-Bayerischen Nationalen Forst-Lehranstalt in Aschaffenburg, einer Ausbildungsstätte für Forstbeamte des Königreiches Bayern. Im Jahr 1878 kam Gayer mit der Verlegung eines ersten Teils der Aschaffener Forst-Lehranstalt an die Universität München, wo er später sogar zum Rektor ernannt werden sollte.

„Nur ein gemischter und naturnahe bewirtschafteter Wald wird die Herausforderungen der Klimakrise meistern und unser bedeutendster Klimaschutz bleiben“, so Staatsministerin Michaela Kaniber in einem Grußwort und führte fort: „Zur Gemeinsamkeit der Person Karl Gayer und der Baumart Eiche fällt mir zuerst die Standhaftigkeit ein“. Karl Gayer hat sich nicht von der damaligen Strömung, dem Wald

einen maximalen Ertrag abgewinnen zu wollen, mitreißen lassen. Als Professor in Aschaffenburg brachte er seine Lehre des gemischten Waldes den Studenten nahe und hielt seine Erkenntnis in bekannten Büchern fest. „Ich würde mir wünschen, dass in Zukunft noch eine weitere Gemeinsamkeit hinzukommt – ein großes Verbreitungsgebiet. Denn gerade in Zeiten des Klimawandels ist die Lehre vom gemischten Wald als Basis für die multifunktionale Forstwirtschaft aktueller und wichtiger denn je. Nur ein gemischter und naturnahe bewirtschafteter Wald wird die Herausforderungen der Klimakrise meistern und unser bedeutendster Klimaschutz bleiben“, so Kaniber.

Ein forstwissenschaftlicher Gigant

Dr. Joachim Hamberger, Leiter des Amtes für Waldgenetik und Moderator des Arbeitskreises Forstgeschichte in Bayern unterstrich im ersten Vortrag den visionären Blick Karl Gayers. Die Begriffe Ökologie und Biodiversität gab es zur damaligen Zeit noch nicht, Karl Gayer habe trotzdem in diesen Kategorien gedacht. Indem er die Vorteile von Mischwäldern und natürlicher Verjüngung für die Bewahrung der

Standortqualität unterstrich, erweiterte er den forstlichen Begriff von Nachhaltigkeit erstmals um eine ökologische Dimension. „Ohne Karl Gayer sind die naturnahe und die naturgemäße Waldwirtschaft nicht denkbar“, so Hamberger. Gayer begründete noch heute geltende Grundsätze der Forstleute – auf der Grundlage des Standorts kleinräumig zu arbeiten und Licht- und Schattenverhältnisse gezielt zur Waldpflege einzusetzen. Hambergers Fazit: „Karl Gayer war mehr als ein forstlicher Klassiker, er war ein „Gigant“.“

In den weiteren Vorträgen befassten sich Forstwissenschaftler mit Karl Gayers „Eichenzucht“ im Kontext neuerer waldbaulicher Forschung, der Dynamik der Eichenverjüngung sowie der Ökonomie des Gayerschen Waldbaus. Prof. Dr. Reinhard Mosandl, Vorsitzender der Stiftung Karl Gayer Institut für Waldbau forderte als Konsequenz seines Vortrages eine Eichenpflegeinitiative und ein Eichennachzuchtprogramm, um die vorhandenen Eichen zu erhalten und den Anteil der Eichen in den bayerischen Wäldern gezielt zu erhöhen. Der Waldwachstumskundler Enno Uhl von der Technischen Universität München (TUM) zeigte welche Erkenntnisse zur waldbaulichen Behandlung von Eichen aus langfristigen Versuchs- und Beobachtungsflächen gezogen werden sollten und wies auf den umfangreichen kürzlich erschienenen Forschungsbericht zur Eiche hin.

Prof. Dr. Thomas Knoke (TUM) erklärte, dass die meisten Prin-

zipien der Waldbewirtschaftung Gayers auch heute noch zukunftsweisend sind, da sie zu höherer Resistenz und Resilienz der Bestände führen. Klimawandelbedingt werden aber in Zukunft mehr Lichtbaumarten gebraucht, die es im Gayerschen Waldbau schwer haben.

Die Eiche als Zukunftsbaumart

Unter den heimischen Baumarten verfügen die Eichenarten (Quercus sp.) über Eigenschaften, die sie als einen wichtigen Bestandteil künftiger Wälder prädestinieren. Die Eichenarten sind besonders trockenresistent und haben ein tiefreichendes Wurzelsystem, mit dem sie die mechanische Bestandsstabilität gegenüber Wind und Sturm erhöhen können.

Dr. Peter Pröbstle, Leiter der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft zeigte anhand verschiedener Instrumente und Forschungsprojekte der Bayerischen Forstverwaltung, dass sich das Anbaurisiko für Stiel- und Traubeneiche im zukünftig erwarteten Klima auf vielen Standorten nicht verschlechtert. Die Eichenarten können bei wärmerem Klima vielmehr auch in höher gelegenen Gebieten mit geringerem Risiko als bisher angebaut werden.

„Unsere heimischen Eichenarten sind zwei wichtige Bausteine für die Klimaanpassung unserer Wälder. Aber die beiden Eichen sind nur zwei von vielen Baumarten, die wir im Klimawandel brauchen. Noch wichtiger als die Klimaanpassung der Wälder ist jedoch der Klimaschutz an sich, also die schnellstmögliche Reduktion fossiler Energieträger!“ betonte Pröbstle.

Dr. Sebastian Höllerl, Teilbereichsleiter Waldbau beim größten Forstbetrieb Deutschlands, den Bayerischen Staatsforsten, betonte wie wichtig die Eiche angesichts des Klimawandels ist.

Umweltminister Thorsten Glauber:

Insekten brauchen mehr als Blühflächen

„Blühende Betriebe“ aus vier Regierungsbezirken ausgezeichnet

Insgesamt acht bayerische Institutionen aus vier Regierungsbezirken erhielten die staatliche Auszeichnung „Blühender Betrieb“. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Übergabe der Urkunden in München: „Mit der Auszeichnung „Blühender Betrieb“ honorieren wir ein besonderes Engagement für die Artenvielfalt. Jeder Beitrag für mehr Artenschutz zählt. Insekten brauchen mehr als Blühflächen. Gerade für den kommenden Winter ist das Belassen von Überwinterungsstrukturen besonders wichtig. Artenvielfalt braucht keinen großen Aufwand. Wenn wir in unseren Gärten mehr Unordnung zulassen und unsere Herzen dafür öffnen, werden wir mit mehr Artenvielfalt belohnt.“ Das Bayerische Umweltministerium verleiht die Auszeichnung „Blühender Betrieb“ seit Oktober 2018 an Unternehmen, Behörden und soziale Einrichtungen, die ihre Außenflächen strukturell gestalten und dadurch die Arten- und Insektenvielfalt fördern.

Insgesamt 80 „Blühende Betriebe“ sind vom Umweltministerium bereits für ihr Engagement ausgezeichnet worden. Die Betriebe müssen dafür bestimmte Kriterien erfüllen, wie beispielsweise eine naturnahe Gestaltung ihrer Außenanlagen mit heimischen, insektenfreundlichen Stauden, Hecken oder Blumenwiesen. Die Auszeichnung „Blühender Betrieb“ ist Teil des Blühpakts Bayern und damit ein weiterer Baustein der vielfältigen Maßnahmen zum Schutz von Wildbienen und anderen Insekten, die das Umweltministerium angestoßen hat.

Im Rahmen der Initiative „Blühender Betrieb“ bietet das Umweltministerium für bayerische Unternehmen und Organisationen kostenlos eine fachlich fundierte Beratung an. Ziel der Beratung ist es, Empfehlungen zu Pflanzenauswahl, Bodenvorbereitung und Pflege zu geben. Die Beratung wird von Mitgliedern der Regionalgruppe Bayern des Vereins Naturgarten e. V. durchgeführt.

Für die in den bayerischen Staatswäldern geplante Erhöhung des Eichenanteils in Eichenmischbeständen ist eine gezielte und aktive Förderung der Eiche notwendig. Das Bundesland mit dem höchsten Eichenanteil ist Rheinland-Pfalz. Ministerialrat Georg Josef Wilhelm erklärte in seiner Funktion als oberster rheinland-pfälzischer Waldbauer wie die Eiche als wichtigste Mischbaumart dort erfolgreich naturnahe bewirtschaftet wird.

Naturschutz und Naturgemäße Waldwirtschaft

In seiner Funktion als Wald- und Jagdreferent beim BUND Naturschutz in Bayern zitierte Dr. Ralf Straußberger Karl Gayer mit dem Satz: „Der Waldbau ist Sache des Lokalbeamten“ und kritisierte den massiven Stellenabbau seit 2005. Neben dem fehlenden Personal hob er auch den vielerorts zu hohen Schalenwildverbiss als Hemmnis für den Aufwuchs junger Eichen hervor und stellte großflächige und mechanisierte Bewirtschaftungskonzepte zur Eichenverjüngung in Frage, die nach seiner Meinung dringend angepasst werden sollten.

Prof. Dr. Manfred Schölch beleuchtete Schnittmengen und Differenzen zwischen dem Gayerschen Waldbau und den Grundsätzen der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW), deren bayerischer Landesvorsitzender er ist. In die Schnittmenge fallen die Bedeutung der Humus- und Bodenpflege sowie der Erhalt der Bodenfeuchte, die für Gayer von elementarer Wichtigkeit waren. Als Fazit stellte Schölch fest: „Die ANW praktiziert seine Gedanken, erweitert um Elemente der Biodiversität und Schalenwildregulation.“

Forstliche Ausbildung

Prof. Dr. Volker Zahner von der Hochschule Weihenstephan-

Triesdorf unterstrich die Bedeutung der digitalen Kompetenz und des Lernens am konkreten Anschauungsobjekt Wald auf wissenschaftlicher Basis. Für die Studierenden wünscht er sich, dass sie den Wald lesen lernen – ähnlich wie es Karl Gayer einst vorgemacht hat. Zahner fordert auch, dass Wälder in erster Linie als Ökosysteme begriffen werden müssen. Ein Zitat Gayers kann als heute noch gültige Botschaft gewertet werden: „In der Harmonie aller im Walde wirkenden Kräfte liegt das Rätsel der Produktion“.

„Eichensaat und Eichenwirtschaft im Spessart“

Seit über 200 Jahren ziehen, immer wenn es eine Eichenmast gibt, insbesondere die Spessarter Frauen mit ihren Kindern in die Wälder, um Eicheln zu sammeln. Mit diesen können dann neue Eichenkulturen angelegt werden. 2020 wurde diese Tradition in die Landesliste des immateriellen UNESCO-Kulturerbes aufgenommen.

Mit finanzieller Unterstützung durch den Förderverein des Zentrums Wald-Forst-Holz Weihenstephan haben der Filmemacher und Video-Künstler Paul Rohlfis und Joachim Hamberger einen Dokumentarfilm über die Eichen im Spessart produziert. Der Film zeigt die Arbeit und Leidenschaft der mit der Eiche verbundenen Menschen und diskutiert die Gegenwart und Zukunft der Eiche im Rahmen der sich verändernden klimatischen Bedingungen. Als Abschlusspunkt des ersten Veranstaltungstages wurde der Film mit großem Applaus von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung aufgenommen.

Exkursion: „Auf den Spuren von Karl Gayer“

Getreu dem Gayerschen Motto den Wald lesen und sehen zu lernen führten am zweiten Tag der Veranstaltung Forstdirektor Wolfgang Grimm und Lukas Nitzl vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Karlstadt mehr als 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Strietwald, den ehemaligen Hochschulwald der Stadt Aschaffenburg. Während der etwa dreistündigen Wanderung wurden neben der Geschichte des Waldes insbesondere die Folgen des Klimawandels für den Wald diskutiert und an Beispielen gezeigt. Der traurige Anblick aufgrund von Trockenheit abgestorbener Buchen und die daraus resultierenden Folgen für den Wald und dessen Bewirtschaftung waren ebenso Thema wie alternative Baumarten, die den neuen klimatischen Anforderungen besser gerecht werden können.

Zu Beginn der Tagung hatte bereits der Leiter des Zentrums Wald-Forst-Holz und Moderator Prof. Dr. Klaus Richter von der TUM darauf hingewiesen, dass es nicht viele Menschen gibt, für die zum 200. Geburtstag solch eine Feier ausgerichtet wird. Besonders sei auch, dass mit der Ururenkelin Constanze Gayer und deren Vater, Ururenkel Peter Gayer auch noch Familienangehörige des Jubilars dabei waren. Die Bedeutung Karl Gayers für die Forstwissenschaft und die große Sorge um die Zukunft des Waldes zeigte ebenfalls, dass nicht nur viele aktive und pensionierte Forstleute, sondern auch viele junge Forstleute in Ausbildung zum ehemaligen Forsthochschulstandort Aschaffenburg gekommen sind.

Bis eine Eiche reift braucht es meist mehr als 10 Menschengenerationen. Die Veranstaltung richtete den Blick auf die Leistungen des großen Forstmannes Karl Gayer, aber auch in die Zukunft mit ihren großen Aufgaben für die heutige und kommende Generationen. □

Hocheffiziente Winterdienst-Technik

BUCHER
municipal



Driven by better

Bucher Municipal Wernberg GmbH
Daimlerstraße 18 • 92533 Wernberg-Köblitz • Telefon: +49 9604 93267 0
info-wernberg.de@buchermunicipal.com • www.buchermunicipal.com

DStGB-Forstauschuss „Deutscher Kommunalwald“:

Tragfähige Waldpolitik in Krisenzeiten

Wie gerade auch der Kommunalwald als Wald der Bürger mit klugen Strategien einen Beitrag aus der Krise und für einen Klimawald der Zukunft leisten kann, darüber diskutierten Vertreter des Kommunalwaldes aus ganz Deutschland bei ihrer Bundestagung im saarländischen Mettlach-Orscholz. In Zentrum standen dabei die Themen Wald als nationale Rohstoff- und Energiereserve, die Honorierung der Klima- und Ökosystemleistungen und vor allem das Prinzip der kommunalen Selbstbestimmung, wonach bürgerschaftlich gewählte Stadt- und Gemeinderäte über ihren Wald selbst entscheiden wollen.

Die kommunalen Vertreter wollen die Erfahrungen aus 300 Jahren nachhaltiger Forstwirtschaft mit den neuen Anforderungen an den Wald als CO₂-Speicher und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Klimawandel verknüpfen. Aus Sicht des Vorsitzenden des Gemeinsamen Forstauschusses „Deutscher Kommunalwald“, Dr. Karl-Heinz Frieden, und des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städte- und Gemeindebundes,

Dr. Gerd Landsberg, ist hier die Politik gefordert, einen breiten und ausgewogenen Konsens über die von der Gesellschaft an den Wald und die Forstwirtschaft gestellten Ansprüche und Sonderleistungen in einer zukunftsgerichteten Waldpolitik durchzusetzen.

Ideologischen Bestrebungen, die einseitig die Zukunft des Waldes unter dem Schirm von Stilllegungen und Reservaten verfolgen, erteilten sie eine Absa-

ge. „Wir befürchten, dass die Befürworter von massiven Bewirtschaftungseinschränkungen als ‚Trittbrettfahrer des Klimawandels‘ die nachhaltige Ressource Wald schlussendlich in den ‚Würgegriff‘ bekommen wollen. Wenn wir den Wald als Multitalent erhalten wollen, brauchen wir von Seiten der Politik wirksame Bekenntnisse zum multifunktionalen Wald und keinen Kampf um ideologisierte Deutungshoheiten“, machten Frieden und Landsberg deutlich.

Angesichts der Ereignisse und Krisen seien die bisherigen Strategien der Waldpolitik auf den Prüfstand zu stellen. Der Beitrag von Wald und Holz für das Erreichen der Klimaschutzziele und für eine nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung müsse neu

fokussiert werden. Auch beim Thema Wald sei selbstkritisch zu hinterfragen, mit welchen Schritten der Umbau zu einem resilienten Wald der Zukunft gelingen kann.

Für die kommunalen Forstbetriebe, denen nicht nur die Nutzung, sondern auch der Schutz der Wälder ganz besonders am Herzen liegt, seien folgende Themenfelder von besonderer Bedeutung:

1. Antworten auf globale Krisen – Rückbesinnung auf den Wald als nationale Rohstoff- und Energieressource

Notwendig sei ein klares Bekenntnis zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der Nutzung des Rohstoffes Holz, als Lieferant für erneuerbare Energien und Substitut durch Bauen mit Holz und zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten. Dazu müsse die im Koalitionsvertrag angekündigte Holzbauinitiative zügig umgesetzt werden, um die Treibhausgasemissionen des Bausektors langfristig zu senken. Zwingend erforderlich seien zudem Folgenabschätzungen über die Auswirkungen von einem Einschlagsstopp in alten Buchenwäldern, Einschlagsmoratorien und einer Extensivierung der Laubholznutzung auf die Wirtschaft, die Rohstoffversorgung und die Klimabilanz.

2. Honorierung der Klima- und Ökosystemleistungen der Wälder auch für Kommunen schnellstmöglich umsetzen

Für kommunale Forstbetriebe ist die Gleichrangigkeit der Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion ein hohes Gut und von

zentraler Bedeutung. Dies bedeutet ein gleichrangiges Miteinander von Biodiversität, Bioökonomie und den sozialen Funktionen des Waldes. Da aus der Holznutzung auf lange Sicht kein ausreichender Ertrag zum Umbau der Wälder gezogen werden kann, müssen die Leistungen der Waldbesitzer in allen Bereichen honoriert werden. Nach dem Grundsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ gelte es einen Gemeinwohlausgleich zu Gunsten der Waldbesitzenden zu etablieren.

3. Prinzip kommunaler Selbstbestimmung

Kommunalwald ist Bürgerwald. Waldbesitzende Städte und Gemeinden lehnen eine Bevormundung in der Waldbewirtschaftung ab. Sie setzen vielmehr auf eine gestaltende Waldpolitik vor Ort, die die Ansprüche von Bürgern, Forst- und Holzwirtschaft sowie Naturschutz klug miteinander verbindet. Die kommunalen Waldbesitzer sprechen sich daher gegen eine generelle Anhebung der walddesetzlichen Bewirtschaftungsstandards aus. Darüber hinaus gelte es, die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum zu beachten: Kein Verbot der Brennholznutzung – gerade in Zeiten von Energieknappheit. Rundholz und Sperrholz, Bauholz und Furniere, aber auch Pellets und Brennholz müssen auch künftig aus den Kommunalwäldern gewonnen werden können. Auf diese Weise wollen die Kommunalwaldvertreter umsetzen, dass der Kommunalwald Bürgerwald ist und auch künftig bleibt.

Mit Blick auf die angekündigten neuen Akzente und Schwerpunkte der neuen Bundesregierung in den Themenfeldern Wald und Forstwirtschaft, Klimaschutz und Biodiversität bleibt es für die kommunalen Forstbetriebe laut Frieden und Landsberg eine spannende und gravierende Frage, welche Sichtweise auf den Wald sich durchsetzen wird. Welches Gewicht räumt die Koalition den Meinungen und Wertevorstellungen von mehr als 60 Millionen Einwohnern in den Großstädten und Ballungszentren ein, für die soziale und ökologische Belange der Wälder eher Vorrang gegenüber der Rohstoffproduktion haben? Und wie werden die Interessen der annähernd 20 Millionen Bürger im ländlichen Raum berücksichtigt, für die die Forstwirtschaft einer der wichtigsten Wirtschaftszweige bildet?

Klimaschutz, Naturschutz, Biodiversität und Wertschöpfung

Die verschiedenen Anspruchserwartungen an den Wald in eine vernünftige Balance zu bringen, werde kein Unterfangen sein, betonten Frieden und Landsberg. Gelingen könne dies nur, wenn bei Bürgern und Politikern „endlich wieder ein Gefühl dafür entsteht, dass in unseren Wäldern hohe Werte wachsen, deren Nutzung zur Wertschöpfung beiträgt und gleichzeitig Klimaschutz, Naturschutz, Biodiversität und die Bevölkerung davon profitieren“. Dazu müssen alle Akteure aufeinander zugehen und sich auch auf Kurskorrekturen einlassen. **DK**

Landkreis Bad-Tölz-Wolfratshausen:

In Münsing steht der erste zertifizierte Naturgarten des Landkreises

Annika Dollinger und Elisabeth Obermüller neue Gartenfachberaterinnen

Der Gemeinschaftsgarten Münsing und der Garten der Familie Kube aus Münsing sind die ersten zertifizierten Naturgärten im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen und wurden mit einer Auszeichnung gewürdigt. Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat 2018 das bayernweite Projekt „Bayern blüht – Naturgarten“ ins Leben gerufen, um die Menschen zum Engagement für mehr Biodiversität zu motivieren und die Artenvielfalt in den Gärten zu fördern. Dabei wird sie u.a. vom Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege e.V. unterstützt.

Die Gartenplakette ist ein sichtbares Zeichen für die nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung und vielfältige Gestaltung. Außerdem leisten die Gärten einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt.

Gärtnerin ist Gemeinschaftspflege

Ein besonderes Projekt ist der Gemeinschaftsgarten des Gartenbauvereins Münsing. „Die Idee für diesen Gemeinschaftsgarten entstand im März 2016“, berichtete bei der Urkundenübergabe Regina Reitenhardt, erste Vorsitzende des Gartenbauvereins Münsing. Sie und ihre Stellvertreterin Anke Mai hatten die dreijährige Ausbildung zum Projektgärtner zusammen mit Gartenbauvereinsmitgliedern aus Voralberg, Tirol und Salzburg begonnen und mussten für den erfolgreichen Abschluss eine Projektarbeit vorweisen. So kam es zum Projekt „Gemeinschaftsgarten“, in dem der Garten das Mittel zum Zweck ist. Der eigentliche Sinn des Gartens ist die soziale Komponente, nämlich die Gemeinschaft zu pflegen. Im Oktober 2016 fand sich ein Grundstück, Gemeindeverwaltung, die untere Naturschutzbehörde, das Kreisbauamt und das Landwirtschaftsamt wurden beteiligt. „Sobald die Genehmigung vorlag, fingen wir an, der bestehenden Wildnis Herr zu werden und beauftragten einen Garten- und Landschaftsbauer, der den Hang modellierte. Im Anschluss begann das Anlegen der Beete in Eigenregie in dem 500 Quadratmeter großen Garten. Zwei Beete bewirtschaftet der Gartenbauverein, 19 weitere Beete sind verpachtet. 1,50 € pro Quadratmeter bezahlen die Nutzer im Jahr und sind dann selbst für die Bepflanzung verantwortlich. Auch müssen sie bestimmte Regelungen einhalten wie keine chemische Schädlingsbekämpfung oder sorgsamer Umgang mit dem Wasser. Zusätzlich werden ganz unterschiedliche Projekte durchgeführt beispielsweise eines mit Grundschulkindern, die selbst Getreide anbauen. Anke Mai, stellvertretende Vorsitzende des Gartenbauvereins

Münsing, ging kurz auf die Anforderungen eines Naturgartens ein: „Wir dulden Wildkräuter bzw. es gibt keinen Rasen, sondern Wiese mit Löwenzahn, Gänseblümchen, Klee, Giersch, Gundermann und Brennnesseln. So werden auch die Kann-Kriterien der Naturgartenzertifizierung erfüllt.“

Die Zertifikatsübergabe nutzen die beiden neuen Kreisfachberaterinnen für Gartenkultur und Landespflege, um sich vorzustellen. Elisabeth Obermüller und Anika Dollinger stehen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen für Stellungnahmen zu Bauanträgen, die Betreuung der Naturdenkmäler, für die Beratung bei der umweltgerechten Anlage und Pflege von Gärten, für das Projekt Apfel-Birne-Berge und auch für die Organisation der Naturgartenzertifizierungen zur Verfügung. Auch für den Kreisverband für Gartenbau und Landespflege sind sie aktiv.

Elisabeth Obermüller ist seit Juli 2021 als neue Kreisfachberaterin für den Landkreis tätig. Nach ihrer Ausbildung als Gärtnerin im Fachgebiet Garten- und Landschaftsbau und dem anschließenden Studium der Landschaftsarchitektur an der Fachhochschule Weihenstephan sammelte sie berufliche Erfahrungen in verschiedenen Landschaftsbauunternehmen. Nebenbei bildete sie sich im Bereich Permakultur an der Uni-

versität für Bodenkultur in Wien fort. Seit 2013 war sie selbstständig im Bereich Gartenplanung und -pflege tätig. „Mein Ziel für die Zukunft ist, das Thema „ökologische Vielfalt“ im Landkreis voran zu bringen und das Interesse für nachhaltiges Gärtnern bei möglichst vielen Bürgerinnen und Bürger zu wecken. Außerdem möchte ich mich für regionale Projekte im Bereich Sortenerhalt und solidarischer Landwirtschaft einsetzen und für eine gute Vernetzung der einzelnen Akteure sorgen.“

Die gebürtige Tölzerin Anika Dollinger schloss das Studium der Landschaftsarchitektur an der Fachhochschule Weihenstephan als Dipl.-Ing. (FH) im Jahr 2008 ab. Nach sechs jähriger Tätigkeit als Landschaftsarchitektin, entschloss sie sich 2014 dazu, in der Flüchtlingshilfe tätig zu werden. „Für mich schließt sich mit der Tätigkeit als Kreisfachberaterin für Gartenkultur und Landespflege ein Kreis. Hier kann ich mit meinem Studium und der Erfahrung aus der Praxis als Landschaftsarchitektin arbeiten. Zugleich habe ich die Möglichkeit mit Menschen zu arbeiten, was mir sehr viel Freude bereitet. Als Kreisfachberaterin ist mir wichtig mit jedem einzelnen Gartenbauverein unseres Landkreises gut vernetzt zu sein, aber auch mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Landkreisen. Außerdem liegt mir der Erhalt der Biodiversität durch nachhaltige Nutzung der Natur sehr am Herzen. Denn sie stellt eine der wichtigsten Grundlagen für unser Leben dar. Jeder der einen Garten oder ein Stück Land hat, kann in diesem Sinne handeln.“



V.l.: Josef Strobl (2. Bgm Münsing), Anke Mai (stellv. Vorsitzende GBV Münsing), Regina Reitenhardt (Vorsitzende GBV Münsing), Franz Steger (SG Umwelt), Anika Dollinger, (Kreisfachberaterin Gartenkultur und Landespflege), Winfried Schmitt (Kreisvorsitzender Kreisverband für Gartenbau und Landespflege Bad Tölz-Wolfratshausen), Elisabeth Obermüller (ebenfalls Kreisfachberaterin), Sandra Zapf (2. Kreisvorsitzende Kreisverband für Gartenbau und Landespflege Bad Tölz-Wolfratshausen) und Wolfgang Kube (ebenfalls ausgezeichnet).
Bild: Gartenbauverein Münsing



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrentrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 93226 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

LENK KOMMUNITY-Netzwerktreffen in München:

Chefsache Klimaschutz und Energiewende

Unter dem Motto „Klimaschutz und Energiewende zur Chefsache machen“ kamen in Schloss Nymphenburg rund 150 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus ganz Bayern zu einem großen Netzwerktreffen zusammen. Eingeladen hatte die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK).

Wie wichtig der Veränderungsprozess hin zu (noch) mehr Klimaschutz in den Kommunen ist, verdeutlichte Prof. Dr. Manfred Miosga, Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth und Gründungsmitglied des Büros für Kommunalberatung KlimaKom eG. Im Bereich Klimaschutz sei „vielfaches, drastisches und sofortiges Handeln“ gefordert, weshalb „fünf Wenden“ als Bausteine der Transformation erforderlich seien: die Energiewende sowie Veränderungen in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Ernährung und Wirtschaft. Kommunen und allen voran deren Entscheidungsträger müssten dabei zu „Pionieren des Handelns“ werden und ihre Vorbildfunktion ausschöpfen, hob Miosga hervor.

Wie man zu einem solchen „Schrittmacher“ werden kann, darüber informierte Hans-Jörg Birner, Erster Bürgermeister der Gemeinde Kirchanschöring (Landkreis Traunstein). Er zeigte auf, wie sich eine kleine 3.100-Einwohner-Gemeinde in Sachen Energiewende aufstellen kann. Vor Ort wurde das Kommunalunternehmen „Regionalwerk Chiemgau Rupertwinkel – GKU“ gegründet, ein Zusammenschluss mehrerer Kommunen aus den Landkreisen Altötting, Traunstein, Rosenheim und Berchtesgadener Land, dessen Vorsitz Birner inne hat. Ziel des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist es, erneuerbare Energien regional zu produzieren und zu vermarkten. Eine Art Vision und Fernziel des Regionalwerks ist der Aufbau eines Nahwärmenetzes. Birner zufolge sind Zusammenschlüsse wichtig. So etwas wie das Regionalwerk funktioniert nicht, wenn es eine kleine Gemeinde allein macht. Das müssen wir gemeinsam angehen in der kommunalen Familie.“

Tipps, wie sich Veränderungen strategisch angehen lassen und wie Kommunen „fit für die Zukunft“ werden, gab Kerstin Gollner, Gründerin der Unternehmensberatung EQU:WIN. Aus ihrer Sicht ist es wichtig, dass Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ein „konstruktives Miteinander“ bilden. Zudem müssten Entscheidungsträger dafür sorgen, dass Klimaschutzmanager in der Kommune ausreichend Unterstützung bekommen. „Sie brauchen ein starkes Team und müssen sichtbar werden“, unterstrich Gollner.

Landkreise produzieren Erneuerbare Energien

Staatsminister Thorsten Glauber zufolge müssen Klimaschutz und Energiewende gemeinsam gedacht werden. „In unserem neuen Klimaschutzgesetz 2.0 haben wir die Vorfahrt für die erneuerbaren Energien festgeschrieben. In Zukunft können Landkreise auch selbst erneuerbare Energien produzieren. Das wird der dezentralen Energiewende einen deutlichen Schub geben. Wichtig sind Vernetzung und Verzahnung – bei der Wasserversorgung genauso wie bei der Energieversorgung – über Gemeindegrenzen hinweg.“

Neben interaktiven Austauschformaten konnten die Teilnehmer beim „Markt der Möglichkeiten“ direkt mit Akteuren aus der Praxis in Kontakt treten. An zahlreichen Ständen zu den Bereichen erneuerbare Energien, klimaneutrale Kommune und Wär-

mewende wurden neue Kontakte geknüpft, praktische Tipps und Infomaterial ausgetauscht. Anhand von Best-Practice-Beispielen demonstrierten der Landkreis Berchtesgadener Land und die Stadt Schrobenhausen, wie sich in Kommunen Projekte wie eine Bürger-Energie-Genossenschaft und die Verwendung eines Energienutzungsplans zum Aufbau einer nachhaltigen regionalen Energieversorgung aufbauen lassen.

Im Rahmen des Netzwerktreffens wurden auch die ersten „Klimaschulen Bayern“ ausgezeichnet. Umweltminister Glauber und Kultusminister Michael Pia-

[Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberbayern:](#)

Herkulesaufgaben gemeinsam schultern

Ganz im Zeichen der Ungewissheiten bei der Energie- und Wärmeversorgung, der Unterbringung von Geflüchteten sowie des Dauerthemas Kindertagesbetreuung stand die Bezirksversammlung Oberbayern des Bayerischen Städtetags in Ismaning.

Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr sprach von einer „angespannten Lage“ bei der Energieversorgung. Die Bewältigung dieser Krise sei eine Gemeinschaftsaufgabe. Als nötig und hilfreich bezeichnete es der Verbandschef allerdings, dass Städte und Gemeinden beim Energieverbrauch mögliche Einsparpotenziale, wie etwa die Senkung der Temperatur in öffentlichen Gebäuden und Schwimmbädern, identifizieren und umsetzen.

Steuerung im Notfall durch Landratsämter

Im Falle etwaiger Notfallszenarien sei eine zentrale Steuerung durch die Landratsämter wünschenswert, so Pannermayr, da dort der Katastrophenschutz ohnehin angesiedelt ist. Gerade was den Schutz der kritischen Infrastruktur anbelangt, müssten hier die Fäden zusammenlaufen.

Mit Blick auf die Energieversorgung durch die Stadtwerke erklärte der Verbandschef: „Unsere Stadtwerke müssen handlungsfähig bleiben, denn sie haben elementare Bedeutung für die Wasserversorgung, die Sicherstellung des ÖPNV und die Umsetzung der Energiewende. Notwendig ist ein Schutzschirm für Stadtwerke, falls sich im Winter Engpässe bei der Liquidität ergeben sollten.“

Was die Unterbringung von Geflüchteten angeht, bringen laut Städtetag steigende Zugangszahlen die bestehenden Unterbringungsstrukturen mit staatlichen und kommunalen Unterkünften ans Limit. Das Spitzengespräch der Bundesinnenministerin mit den kommunalen Spitzenverbänden und einigen Innenministern der Länder sei ein erster konstruktiver Ansatz zum künftigen regelmäßigen Austausch gewe-

zolo ehrten das Hildegardis-Gymnasium Kempten, die Staatliche Fachoberschule Sonthofen und die Staatliche Berufsschule Mindelheim (Klimaschulen Gold), das Markgräfin-Wilhelmine-Gymnasium Bayreuth und die Grundschule Alkofen-Pleinting im Landkreis Passau (Klimaschulen Silber) sowie die Jules Vernes Grundschule und Jules Vernes Gymnasium München, die Grundschule Kempten (Allgäu)-Nord und die Gisela-Realschule und Gisela-Gymnasium Passau-Niedernburg (Klimaschulen Bronze). Geehrt wurden zudem die diesjährigen „Klimameister“ für besonders kreative Projekte rund um den Klimaschutz: Johann-Peter-Ring-Grundschule Ottmaring, Hildegardis-Gymnasium Kempten und Staatliche Berufsschule Mindelheim. DK

sen. Diesem müssten nun konkrete Schritte und verbindliche Zusagen zur weiteren finanziellen Unterstützung der Kommunen folgen.

Als weiteres Dauerthema erläuterte Pannermayr die Warnungen des Bayerischen Städtetags vor einer Unterfinanzierung bei der Kindertagesbetreuung und dem enormen Personalmangel bei Kitas: „Die Wartelisten für



Markus Pannermayr. Bild: Bay.Städtetag

einen Kita-Platz werden immer länger. Es fehlt an Räumen, Personal und staatlichen Fördermitteln. Es wird zunehmend schwieriger, offene Stellen zu besetzen. Und es zeigt sich die Situation, dass neu gebaute Räume nicht in Betrieb gehen können, weil Personal fehlt. Gleichzeitig steigt die Erwartungshaltung der Eltern. Im Hinblick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern gibt es Anlass zur Sorge.“

Neben ersten Erleichterungen, die das bayerische Sozialministerium in Aussicht gestellt habe, müsse das Problem der Unterbringung in der Kindertagesbetreuung dauerhaft und mit nachhaltiger Finanzierung von Investitionen und bei den Betriebskosten angegangen werden, forderte der Städtetagsvorsitzende. DK

Deutscher Nachbarschaftspreis für Foodsaving Obergiesing

Ein Verein für Lebensmittelrettung aus München ist bayerischer Sieger des Deutschen Nachbarschaftspreises 2022. Die nebenan.de-Stiftung hatte das Projekt Foodsaving Obergiesing neben 15 weiteren bundesweiten Nachbarschaftsprojekten ausgewählt.

Im Sinne der Nachhaltigkeit geht der Verein bereits seit einiger Zeit erfolgreich gegen Lebensmittelverschwendung vor: Ein Treffen mit einer Apothe-

ken-Inhaberin gab dann den Anstoß, gerettete Lebensmittel an eine ältere Kundin weiterzugeben. Daraus entstand eine regelmäßige Lieferung, die nun immer

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Alzenau mit seinen fünf Stadtteilen liegt im unterfränkischen Landkreis Aschaffenburg unmittelbar an der Grenze zum Land Hessen, ist umgeben von den nördlichen Ausläufern des Spessarts und hat 18.663 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 8. Juli 2020 bin ich hauptamtlicher Erster Bürgermeister.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach meinem VWL-Studium und Stationen in der Zentrale der Commerzbank in Frankfurt, war ich vor meiner Wahl als internationaler Vertriebs-



Stephan Noll

Erster Bürgermeister der Stadt Alzenau

manager und Referent für Europäischen Schienengüterverkehr für die DB Netz AG in Frankfurt sowie für den Schienengüterverkehrskorridor von Skandinavien bis ans Mittelmeer für verschiedene Schieneninfrastrukturanbieter tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Das Mitgestalten des eigenen Umfeldes und meiner Heimatstadt sowie die Arbeit mit und für die Menschen sind meine Hauptmotivationen, mich in der Kommunalpolitik einzubringen und zu engagieren. Zuvor war ich in vielen Vereinen und Verbänden schon als Funktionär tätig und habe es schätzen und lieben gelernt, durch meinen Einsatz einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Sechs Jahre war ich vor Amtsantritt als Stadt- und Kreisrat tätig und konnte damit Kommunalpolitik aus erster Hand erleben und war zumindest mit den aktuellsten Themen und Entwicklungen in der Stadt vertraut. Durch meine Teilnahme an der CSU-Akademie und durch mein Stipendium der Hanns-Seidel-Stiftung konnte ich mich mit angebotenen Seminaren und Fortbildungen grundsätzlich in Rhetorik, Partizipation und dergleichen qualifizieren. Man muss jedoch auch festhalten, dass man tagtäglich in der Funktion als Bürgermeister viel über sich, die Menschen und die Themen hinlernt und offen sein muss, diese Chancen und Herausforderungen mit Interesse und Gestaltungswille anzupacken.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Stadt Alzenau hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr erfolgreich entwickelt und hierfür viel investiert. Die Bayerische Gartenschau „Natur in Alzenau“ im Jahr 2015 war ein zusätzlicher Katalysator für die Innenstadtentwicklung. Diese Lebensqualität muss erhalten, weiter entwickelt, aber natürlich auch finanziert werden. Eine Haushaltskonsolidierung ohne größere neue Darlehensaufnahme stand im Fokus, um Spielraum für die Zukunft zu gewinnen. Eine weitere Herausforderung war und ist es, als dritte bayerische Metropolregion im bayerischen Teil des Rhein-Main-Gebiets bezahlbaren und leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und der immer stärkeren Nachfrage gerecht zu werden. Zusätzlich müssen wir als einer der größten kommunalen Waldbesitzer in Bayern mit einer Fläche von ca. 2.700 ha den Wald klima- und zukunftsgerecht halten und neu anpflanzen, da im Jahr 2019 durch einen schweren Sturm 200 ha Wald binnen weniger Minuten zerstört wurden und trotz Hitzeperioden, Borkenkäfer und der spätblühenden Traubenkirsche die Waldfunktionen sichergestellt werden müssen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Alzenau steht gut da, aber die Flächenpotenziale der Innen- und auch der Außenentwicklung müssen genutzt werden, damit neben dem Wohnraum auch andere kommunale Aufgaben der Daseinsfürsorge erbracht werden können. Neben dem Neubau zahlreicher Kindertageseinrichtungen im gesamten Stadtgebiet wollen wir in der Kernstadt ein neues Feuerwehrgerätehaus in Kombination mit dem Rettungsdienst errichten. Ein zweistelliger Millionenbetrag wird hier-

für fällig werden, ohne jedoch in größerem Umfang Fördermittel zu bekommen. Natürlich haben wir als Kommune – wie so viele – die Herausforderung, Personal für die Verwaltung und die Kinderbetreuungseinrichtungen zu finden und generell die Verwaltung zukunftsfest umzubauen, damit die Digitalisierung und das digitale Amt gelingen kann.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Was in der großen Politik diskutiert wird, können wir vor Ort in den Kommunen angehen und Lösungen umsetzen.

Aktuell haben wir zahlreiche Bemühungen, erneuerbare Energien im Stadtgebiet auszubauen. Dazu gehört Windkraft und Freiflächen-PV, aber genauso eines der größten Floating-PV Vorhaben in Bayern auf einem Keessee. Zusammen mit unserem städtischen Energieversorgungsunternehmen und den Mitgliedern des Umwelt- und Klimabeirates wollen wir unser Gasnetz auf ein Wasserstoffnetz umstellen und bewerben uns für ein Reallabor für eines unserer Industriegebiete. Förderanträge für eine Wasserstofftankstelle und einen Elektrolyseur sind ebenfalls in der Vorbereitung, da wir uns mit Speichertechnologie „Made in Alzenau“ nicht nur zu einer klimaneutralen Stadt entwickeln wollen, sondern auch Innovationen und Zukunftstechnologie fördern möchten, um auch die heimische Wirtschaft bei ihrer Transformation zu begleiten.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Mit 31 Jahren bin ich, glaube ich, nicht in der Situation, anderen jungen Kolleginnen und Kollegen Ratschläge zu erteilen. Ich bin mir aber sicher, egal ob jung oder alt, wir Bürgermeister müssen mit Leidenschaft und Herzblut bei der Sache sein und dürfen gerne von anderen lernen. Wir sollten offen dafür bleiben, uns gegenseitig zu unterstützen und zu beraten. Zusammen schaffen wir einfach mehr.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Meine Tür steht immer offen für Kolleginnen und Kollegen sowie meine Mitbürgerinnen und Mitbürger. Mir ist es wichtig, dass neben der wöchentlichen Abteilungsleiterrunde, auch in regelmäßigen Jour Fixe mit weiteren Führungskräften und involvierten Kollegen jeder die Möglichkeit hat, sich nicht nur themen- und projektbezogen einzubringen, sondern sich auch gegenseitig zu informieren und Probleme anzusprechen. Bürgerinnen und Bürger binde ich sowohl mit den klassischen Beteiligungsformaten wie Bürgersprechstunde und Anlieger- und Bürgerversammlungen ein, aber auch die digitale Beteiligung mit spontanen Umfragen auf Social Media führt oft dazu, dass ich sehr viel wertvolles Feedback und Anregungen für meine Arbeit erhalte. Nicht zu unterschätzen sind auch Vereinsrunden, Gespräche am Marktstand und die vielen Gratulationen. Ob analog oder digital: Jedes Feedback und jede Rückmeldung ist wichtig, damit man mit einem runden Bild eine gute Entscheidung treffen kann.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Digitalisierung wird uns vielfältig in der Kommunalpolitik und Verwaltung helfen. Durch digitale Abläufe werden wir nicht nur schneller und besser, sondern schaffen auch Freiräume für die wichtigen Anliegen und mehr Zeit für unsere Mitmenschen. Partizipation und Austausch kann durch mehr Vernetztheit erfolgreicher gelingen und hoffentlich ermöglicht uns die Digitalisierung als Gesellschaft, noch besser die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verwirklichen, da man unabhängiger und flexibler auf unterschiedliche Lebenssituationen reagieren kann.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen. (Aristoteles)

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Im Dialog mit den Menschen habe ich zusammen mit dem Stadtrat und einem guten Team in der Verwaltung die richtigen Entscheidungen zur Sicherung der Lebensqualität von heute, für die Generation von übermorgen getroffen. □

mehr bedürftige Menschen erreicht, die regelmäßig in die Apotheke kommen – auch ohne einen entsprechenden Nachweis.

Lieferservice für ältere Mitmenschen

Aktuell werden zweimal in der Woche Kisten mit geretteten Le-

bensmitteln in die Apotheke geliefert und dort verteilt. Zusätzlich wird ein Lieferservice vor allem für ältere Mitmenschen angeboten und gemeinsam gekocht. Aktuell werden auch ukrainische Bürger mit Lebensmitteln unterstützt, die in der Nachbarschaft angekommen sind. Langfristig sollen die Lebensmit-

tel per Rad gerettet und verteilt werden.

Mit dem Deutschen Nachbarschaftspreis werden von nebenan.de-Stiftung regelmäßig Projekte ausgezeichnet, die sich für ihr lokales Umfeld einsetzen und so das Miteinander stärken. Die 16 Landessieger erhalten je 2.000 Euro. DK



Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann (m.), Regierungspräsident Dr. Konrad Schober (r.) und Regierungsvizepräsidentin Sabine Kahle-Sander (l.) gratulieren allen Preisträgerinnen und Preisträgern des Oberbayerischen Integrationspreises 2022. Bild: Regierung von Oberbayern

Wegweiser in schwierigen Zeiten

Verleihung der oberpfälzischen und oberbayerischen Integrationspreise

Großer Festakt im Spiegelsaal der Regierung der Oberpfalz: Der Staatssekretär des Innern, für Sport und Integration, Sandro Kirchner, und Regierungspräsident Walter Jonas verliehen gemeinsam den Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz. Die ersten Preise in Höhe von 1.500 Euro gingen an Space-Eye e.V. aus Regensburg sowie an Günter Reiß aus Weiden. Den zweiten Platz mit einem Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro erhielt das Berufliche Schulzentrum Oskar-von-Miller aus Schwandorf. Die Initiativen Computerspende Regensburg e.V. und der Multikulti-Integrationsverein Roding e.V. wurden jeweils mit dem dritten Platz und 500 Euro ausgezeichnet.

Sechs Initiativen in Oberbayern ausgezeichnet

Gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Konrad Schober und Regierungsvizepräsidentin Sabine Kahle-Sander vergab Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann in München den Integrationspreis der Regierung von Oberbayern. Gewürdigt wurden sechs Initiativen mit Geldpreisen in Höhe von jeweils 1.000 Euro aus Landsberg am Lech, der Landeshauptstadt München, der Stadt Rosenheim, Unterföhring bei München, Weßling und Feldkirchen-Westerham.

Die Firma Rational AG aus Landsberg am Lech hat sich mit Beginn der steigenden Flüchtlingszahlen 2015 mit großem Erfolg für eine bestmögliche Integration von Flüchtlingen im Landkreis eingesetzt. Aus Sicht des Unternehmens ist dies beim aktuellen Facharbeitermangel eine „absolute Win-Win-Situation“. Parallel zur Ausbildung zur Fachkraft für Metalltechnik fördert das Unternehmen geflüchtete Auszubildende durch Praktikums- und Kennenlern-Maßnahmen, durch Einstiegsqualifizierung und Inhouse-Zusatzunterricht. Seit 2015 wurden nach der Ausbildung 15 Auszubildende übernommen, die damit hervorragende Startbedingungen im Arbeits-

leben und für das Ankommen im Landkreis haben. Der Integrationsbeauftragte der Rational AG unterstützt die Auszubildenden neben ihrer Berufstätigkeit in allen Fragen des Soziallebens, von der Wohnungssuche bis zu Amtsgängen, auch mit finanziellen Mitteln. Ab Herbst 2022 werden zwei Ukrainer ihre Ausbildung starten.

In München bietet das Projekt „CasaNova“ bereits seit 2008 gelebte Integration. Das „CasaNova“-Projekt im Stadtteil Neuhausen steht auf drei Säulen: eine internationale Hausgemeinschaft von derzeit 27 Mitgliedern (in 12 Wohnungen), im Erdgeschoss ein kleiner Verlag (Gärkeller-Verlag, Archiv und Bibliothek für die integrative Öffentlichkeitsarbeit) und im Keller eine Haus- und Kulturbrauerei (Mitbrauzentrale mit Zoiglstube, Filmvorführsaal und Theater- und Musikaal mit Ausstellungsfächern). Ziel des Projekts war von Anfang an, möglichst viele Neugierige für Brauwesen und Kultur zu begeistern. Und das Publikum kam aus ganz München und Umgebung, vor allem zu den unterschiedlichsten Veranstaltungen im Keller: vom Schaubrauen über Konzerte, Theateraufführungen und Lesungen bis zu Stammtischen und Schafkopfrunden. Hier wurde die Vision wahr, die multikulturelle Bewohnerschaft in einer Weltstadt so zu integrieren, dass durch eine Einheit von Wohnen, Arbeiten und Freizeit eine lebendige Gemeinschaft entsteht.

Der Verein Computerspende Regensburg mit aktuell zehn aktiven Mitgliedern sammelt gebrauchte Computer, bereitet sie auf und gibt sie gegen einen geringen Unkostenbeitrag an Bedürftige und soziale Einrichtungen weiter. So wurden seit der Vereinsgründung 2019 bereits über 1.000 Computer und Drucker registriert. Davon profitieren auch viele Geflüchtete, die eine PC-Ausstattung für einen Sprach- oder Integrationskurs benötigen. Gerade in Zeiten von Corona-Lockdowns, ein wertvoller Betrag zur Integration von Geflüchteten.

Die „Nothilfe Ukraine“ des Space-Eye e.V. reicht vom Sammeln und Transportieren von Spenden in die Ukraine bis hin zum Evakuieren von Menschen aus der Ukraine – insbesondere aus Odesa, der Partnerstadt von Regensburg, und der anschließenden Erstversorgung und Vermittlung in private Wohnungen. Bis zum Eingang der Bewerbung waren

Hilfsgüter im Wert von 1,5 Millionen Euro transportiert und verteilt, 1.500 Menschen aus der Ukraine evakuiert und 800 ukrainische Geflüchtete in private Wohnungen vermittelt worden.

Das große Verdienst von Günter Reiß ist unter anderem die vielfache Vermittlung ukrainischer Geflüchteter aus den Notunterkünften der Stadt Weiden in private Unterkünfte. Darüber hinaus kümmert sich der Preisträger, der durch eine langjährige berufliche Tätigkeit in der Ukraine die Sprache spricht, ehrenamtlich um die gesundheitliche, schulische und soziale Einbindung ukrainischer Geflüchteter in die Gesellschaft.

Seit September 2016 gestalten junge Geflüchtete der Integrationsklassen des Beruflichen Schulzentrums Oskar-von-Miller in Schwandorf eine Schülerzeitung mit dem Titel „W.I.R. – Weil Internationaler Rockt“, in der sie über persönliche Erlebnisse und Interessen genauso wie über ihre Herkunftsländer, ihre Hoffnungen und Träume und über ihr Leben in ihrer neuen Heimat Oberpfalz berichten. Diese multikulturellen, teilweise sehr persönlichen Inhalte verpacken die Schüler in eine optisch ansprechende Gestaltung. Als besonderes Highlight im Schuljahr 2021/2022 drehten sie einen Kurzfilm, der ausgewählte Beiträge der aktuellen Ausgabe in Szene setzt.

Ins Leben gerufen hat der Multikulti-Integrationsverein Roding e.V. das Projekt „Internationaler Kochstammtisch Roding“ bereits Anfang des Jahres 2014. Seitdem finden monatlich in den Räumen der Grund- und Mittelschule Roding kulinarische Austauschabende statt, in denen von jeweils rund 25 Teilnehmern gemeinsam Gerichte aus aller Herren Länder zubereitet und verkostet werden. „Mit dem Appetit wachsen das gegenseitige Verstehen und die Fröhlichkeit“, so das Motto von Projekt und Verein. 2018 wurde das Austauschprogramm um ein Nachwuchsprogramm erweitert. „Kids Cooking Roding“ heißt es seitdem zusätzlich zweimal im Jahr.

Der Verein Computerspende Regensburg mit aktuell zehn aktiven Mitgliedern sammelt gebrauchte Computer, bereitet sie auf und gibt sie gegen einen geringen Unkostenbeitrag an Bedürftige und soziale Einrichtungen weiter. So wurden seit der Vereinsgründung 2019 bereits über 1.000 Computer und Drucker registriert. Davon profitieren auch viele Geflüchtete, die eine PC-Ausstattung für einen Sprach- oder Integrationskurs benötigen. Gerade in Zeiten von Corona-Lockdowns, ein wertvoller Betrag zur Integration von Geflüchteten.

GZ PINOS WELT



Die Welt ist aus den Fugen geraten. Wenn es dazu noch eines Beweises bedürft hätte, dann wurde dieser am 25. Oktober 2022 geliefert, als im öffentlich-rechtlichen Radio „All I Want For Christmas Is You“ von Mariah Carey gespielt wurde. Nun mag man meine Ansicht hinterfragen, dass jedes Abspielen von Weihnachtsliedern traditioneller wie populärmusikalischer Art vor dem Ersten Advent zu unterbleiben habe. Aber dann sollte doch wenigstens Halloween als Geschmacksbrandmauer erhalten bleiben. Die ganzen ausgehöhlten Kürbisse, Masken und Fratzen sind doch erschreckend genug, da muss man die Leute doch nicht auch noch mit Christmassongs malträtiert.

Zudem kann man sich aktuell gar nicht mehr richtig von den vielen Fußballspielen der diver-

ses System, dessen Arbeitsschutzstandards oder dessen originelle Definition von Menschenrechten erwarten, muss ich Sie enttäuschen. Diese werden Sie in bester Qualität und je näher das Ereignis rückt in immer drängenderer Dichte in allen Medien lesen, hören und sehen können. Da schweigt man als Kater besser.

Ich werde auch nicht zur deutsch-katarischen Freundschaft auf Energieebene ablästern, denn die gegenwärtige Bundesregierung hat den Schuss der Notwendigkeit der Eindämmung von Autokratenstaaten nicht gehört. Beweis: Eine Woche nachdem in Peking sämtliche Verfechter von marktwirtschaftlichen Ansätzen zugunsten von Verfechtern der Staatswirtschaft aus dem Politbüro gekärchert wurden, wird ein Anteil am Hamburger Hafen an den chinesischen Staatskonzern COSCO verkauft. Fatale Weichenstellungen.

Nein, ich will nur sagen, dass man sich nicht über Austragungsorte wie Katar oder Peking für Weltmeisterschaften und Olympische Spiele empören darf, wenn Demokratien nicht bereit sind, diese auszutragen. OK, Paris und Mailand retten die Ehre Europas 2024 und 2026 mit Olympia und die USA schultern auch noch ihren Teil in diesem Jahrzehnt. Aber Deutschland? Hält sich vornehm zurück. Winterspiele in München und im Oberland? Brauchen wir nicht. Da kommt dann wieder dieser lästige Fortschritt, vielleicht eine Umgehungsstraße und Verkehr, Verkehr, Verkehr – nix für uns zufriedene und satte Deutsche.

Sommerspiele in Hamburg? Auch mit viel zu viel Aufregung und Unruhe verbunden. Da baut man in der Hansestadt lieber auf dem für das Olympische Dorf (Achtung Wohnungsbau – hat 1972 in München geklappt!) vorgesehenen Gelände eine Halle zur Nachreifung von importierten Bananen. Keine und keiner unserer derzeit ja wirklich voll guten Kabarettistinnen und Kabarettisten (nachdem ich versucht habe, die letzten drei Worte schnell nachzusprechen weiß ich, warum der Begriff Comedian so beliebt ist) könnte sowas erfinden.

Denken wir einfach an Heinrich Heine: „Das ist schön bei den Deutschen: Keiner ist so verrückt, dass er nicht einen noch Verrückteren fände, der ihn versteht.“

Die Welt ist aus den Fugen

sen Ligen bis hin zum Europacup erholen, die in rascher Taktung durchgeführt werden, weil diesmal die Fußball-WM (traditioneller Teil, also der Männer) im Advent stattfindet. Den vorläufigen Spielplan dieser WM habe ich nicht im Kopf, würde mich aber nicht wundern, wenn das Endspiel am Heiligen Abend stattfinden würde. Klar, auch als konservative Katze muss man sich bemühen, die eurozentrische Blickweise ein Stück weit abzustreifen. Auf der südlichen Halbkugel freut man sich auch, eine WM mal im Sommer genießen zu können und die Rüstzeit des Advents ist natürlich für ein muslimisches Land wie Katar kein Thema.

Außerdem werden ja auch in allen möglichen Sportarten und bei allen möglichen Wettkämpfen die Spiele oder das Kräftemessen zu nachtschlafender (Orts-)Zeit abgehalten, um in den werbekräftigen Nationen zur Primetime über die Bildschirme flimmern zu können (da fällt mir auf: Ist Bildschirmflimmern noch eine gute Wendung in Zeiten von HDTV? Egal). Also kann sich so eine WM schon auch mal an die klimatischen Bedingungen des Gastgeberlandes anpassen.

Wenn Sie jetzt von mir einige moralisierende Betrachtungen über Katar, dessen politi-

zialraum West der Stadt Rosenheim. Ehrenamtliche Trainer und Übungsleiter – meist mit Migrationshintergrund – bieten kostenlose Sportangebote auf Bolzplätzen und in Schulen an, von Fußball über Kickboxen bis zu einer offenen Fitnessgruppe. Die Kinder erlernen dadurch auch Werte wie Respekt, Teamfähigkeit und Solidarität. Das einfache und niederschwellige Angebot wirkt wie ein Türöffner gerade für Kinder aus Migrantenfamilien, die einen Beitritt in einen Sportverein oftmals scheuen. Das unkomplizierte Trainingsangebot des Projekts wird hochgeschätzt und gut angenommen. Die Startklar Rosenheim Ebersberg GmbH kooperiert dabei erfolgreich mit der Bürgerstiftung Rosenheim und den Ehrenamtlichen im Bürgerhaus E-Werk.

Erfolg bestätigt das Engagement

Seit seiner Gründung 2016 hat der Helferkreis Unterföhring das Motto „Integration durch Sprache“ in den Mittelpunkt seines Engagements gestellt. Ein Kreis von rund 50 Helfern kümmert sich um alle Geflüchteten, die die deutsche Sprache erlernen wollen und sich damit ihre Chancen, in der deutschen Gesellschaft anzukommen und auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, erhöhen. Der Helferkreis bietet Deutschkurse

mit unterschiedlichen Einstiegniveaus an, je nach Wissenstand der Geflüchteten. Die Lehrmittel werden durch Spenden finanziert. Die Erfolge bestätigen das Engagement der Ehrenamtlichen: Zehn betreute Azubis haben zum Teil ihre Prüfung bereits abgeschlossen und Arbeit gefunden.

Die Kulturgruppe des Integrationspunktes Weßling möchte Kinder und Jugendliche in den praktischen künstlerischen Umgang mit Materialien und Techniken einführen und ihnen darüber hinaus kulturelle Teilhabe durch Besuche von Museen, Kulturdenkmälern und Aufführungen ermöglichen. Dazu bietet die Kulturgruppe des Integrationspunktes Weßling zweimal im Monat Workshops an. In diesem langfristigen Projekt, das bereits seit 2012 läuft, haben die Mitwirkenden nun mit „Renoir in Weßling“ bereits den 8. Film geschaffen. Dabei handelt es sich um eine filmische Spurensuche mit Einheimischen und Geflüchteten. Durch das Nachspielen historisch belegter Ereignisse und Anekdoten gelang eine starke Annä-

herung an den impressionistischen Maler, den Menschen, seine ihn begleitende Familie und seinen Freundeskreis.

Seit dem Märztag, an dem der erste ukrainische Schüler in die Mittelschule Feldkirchen-Westerham kam, setzen sich Rektor und Lehrer engagiert und dauerhaft für eine umfassende Integration der ukrainischen Kinder ein. Insgesamt wurden 48 ukrainische Kinder ab dem ersten Tag integriert, sie besuchen drei Übergangsklassen, wurden von drei ukrainischen Lehrerinnen gefördert, erhielten Ganztagsbetreuung und ehrenamtliche psychologische Begleitung. Parallel haben freiwillige Helfer die Kinder auch individuell durch Sport-, Hobby- und Kultur-Angebote gefördert. Die Schüler haben in sensationell kurzer Zeit Deutsch gelernt. Alle, die in der Ukraine 2023 ihren Schulabschluss machen würden, können im Schuljahr 2022/23 auch hier die Abschlussklasse besuchen. Vielen Fachbesuchern dient das Projekt als Vorbild für die Umsetzung ähnlicher Projekte. **DK**

Ihr Pino



Sandro Kirchner, Staatssekretär des Innern, für Sport und Integration (l.) und Regierungspräsident Walter Jonas (r.) gratulieren allen Preisträgerinnen und Preisträgern des Oberpfälzischen Integrationspreises 2022. Bild: Regierung der Oberpfalz/Schmid

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
 Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
 Constanze von Hassel (verantwortlich)
 Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
 Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
 Jan Kiver
 Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
 Sebastian Franz (KPV)
 Peter Müller
 Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
 Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
 Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
 Monika Steer (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-12
 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022
 Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
 Theresa von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
 € 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
 (Abrechnung über eine Adresse)
 € 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
 (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
 zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
 Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postanschrift:
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Paketanschrift:
 Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
 Telefon 08171 / 9307-11
 Telefax 08171 / 9307-22
 eMail: info@gemeindezeitung.de
 Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
 Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
 DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
 Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
 Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Für ein starkes Miteinander

SoNet-Soziales Netzwerk Ostbayern ist jetzt auch im Landkreis Freyung-Grafenau vertreten

Mit der Einweihung des neuen SoNet-Standorts in Freyung sind die Würfel für eine neue Zeitrechnung in der Ambulanten Jugendhilfe im Landkreis Freyung-Grafenau gefallen. Mit dabei waren neben dem Bezirkstagspräsidenten und Bürgermeister von Freyung, Dr. Olaf Heinrich, dem Landtagsabgeordneten Manfred Eibl und dem Stellv. Landrat Franz Brunner auch viele Bürgermeister der umliegenden Gemeinden, Vertreter des Jugendamts und der Jugendhilfe im Landkreis.

„Wir sind überwältigt von der positiven Resonanz auf unseren neuen Standort!“ so Christoph Liebl, der Geschäftsführer von SoNet – Soziales Netzwerk Ostbayern. „Jetzt können wir auch im Landkreis Freyung-Grafenau so richtig loslegen. Dass wir ab sofort direkt hier vor Ort sein können, ist eine große Bereicherung für unsere Kinder, Jugendlichen und Familien vor Ort. Künftig können wir noch mehr leisten für die sozialpädagogische Familienhilfe, die Erziehungsbeistand-

schaften, die Umgangsbegleitungen und überall dort, wo sonst noch Bedarf ist. Ich kann gar nicht ausdrücken, wie sehr wir uns freuen!“

Zu dieser Freude hat Liebl auch allen Grund: Er hat SoNet erst im Jahr 2015 gemeinsam mit seiner Frau Verena Liebl und seinem Partner Heiko Schumann gegründet. Aus dem Drei-Mann-Betrieb ist mittlerweile ein Unternehmen mit weit über 100 Mitarbeitern geworden. Das hilft nicht nur den Familien, die Unterstüt-

zung im Rahmen der Jugendhilfe brauchen, sondern hat in Niederbayern und der Oberpfalz auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen. „Es macht uns wirklich stolz,“ führt Liebl fort, „dass SoNet gerade in Zeiten von Corona, als viele Betriebe schließen, in Kurzarbeit gehen oder Mitarbeiter sogar ausstellen mussten, tatsächlich über 60 neue Arbeitsstellen schaffen konnte! Mit den Räumlichkeiten in Freyung haben wir jetzt unseren mittlerweile siebten Standort eröffnet und wir werden weitermachen!“

Enge Zusammenarbeit mit dem Bezirk Niederbayern

Mit mehr als 20 Trägern arbeitet SoNet aktuell zusammen, einer davon ist der Bezirk Niederbayern, im Rahmen der Eingliederungshilfe. „Gerade im Bereich, der in die Zuständigkeit des Bezirks fällt, können wir die Ambulanten Träger nur unterstützen,“ sagte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. „Eine konstruktive Zusammenarbeit hilft dabei, dass Menschen schneller wieder gesund werden und v.a. auch dabei die stationären Aufenthalte im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu reduzieren. Diese Erweiterung der Jugend-

hilfe im Landkreis freut mich also nicht nur als Bezirkstagspräsident, sondern natürlich auch als Bürgermeister hier in Freyung.“

Der Firmengründer will das Portfolio seines Unternehmens künftig weiter ausbauen: „Wir arbeiten aktuell mit Hochdruck an weiteren Konzepten im Bereich Soziales Kompetenztraining, Fort- und Weiterbildung, Erlebnispädagogik und natürlich auch daran, weitere therapeutische Wohngemeinschaften, so wie wir sie derzeit im Raum Plattling haben, zu installieren. Und je mehr Träger wir im Sinne unseres Mottos: ‚Für ein starkes Miteinander‘ in Boot holen können, umso besser!“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Dokumentation des 8. Bayerischen WasserkraftForums bei, das im Juli 2022 stattgefunden hat. Wir bitten um freundliche Beachtung.

SoNet – Soziales Netzwerk Ostbayern, ist ein Unternehmen, das neue Wege geht und neue Perspektiven schafft – etwas, das gerade in Zeiten der aktuellen Krisen immer wichtiger wird. Sozial zu sein in allen Facetten ist für Christoph Liebl und seine Teams nicht nur eine leere Worthülse, sondern etwas, das quer durch die Unternehmensstruktur auch tatsächlich gelebt wird: „Nur

wenn es auch unseren Mitarbeitern gut geht, sind sie in der Lage anderen effizient und effektiv zu helfen. Deshalb haben wir flache Hierarchien, kurze Entscheidungswege und setzen stark auf Eigenverantwortlichkeit im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Nur so kann es wirklich funktionieren,“ davon ist der Geschäftsführer überzeugt.

Heide-Marie Weiherer



V.l.: Christoph Liebl, Verena Liebl, Heiko Schumann, Geschäftsführung SoNet-Soziales Netzwerk Ostbayern, Stellv. Landrat Franz Brunner, Landkreis Freyung-Grafenau, Freyungs Bürgermeister und Bezirkstagspräsident Niederbayern, Dr. Olaf Heinrich, und Manfred Eibl, Mdl.

Bild: SoNet

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 17. November 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Schulungen
- Handwerkliche Dienstleistungen, Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude, Facility Management
- Sicherheit und Arbeitsschutz, Brand- und Katastrophenschutz, Extremwetterereignisse
- Freizeitanlagen und Tourismus

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

FAHNEN KÖSSINGER



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.


Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

BVK Bayerische
Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG

Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com



Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung

energie schwaben



Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.




Förderung nutzen!

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
CISIS12

Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

insidas



Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.

Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de

www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de



Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung



www.bayerngrund.de



Kommunale IT

www.akdb.de



Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ein Schritt der Energiepreiserhöhung voraus

Betriebskostenkontrolle für Ihre Lüftungsanlagen



- Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- Maximale Hygiene - keim- u. schadstoffübertragungsfrei
- Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de



Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN



www.baustoffrecycling-bayern.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Wolke Star**

**Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!**





Im Anschluss an die Veranstaltung konnten die historischen Wasserkraftwerke Gersthofen und Langweid besichtigt werden, die in die Liste der UNESCO-Welterbestätten aufgenommen worden sind.



8. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM IN GERSTHOFEN

Bayerische Wasserkraft hat Zukunft

UNVERZICHTBARE SÄULE EINER SICHEREN STROMVERSORGUNG IM FREISTAAT

Nach zwei Jahren Pandemiepause konnten über 120 Teilnehmende zum 8. Bayerischen WasserkraftForum von Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung in der Stadthalle Gersthofen bei Augsburg begrüßt werden. Nach den beiden coronabedingten, kurzfristigen Absagen, 2020 in Großweil nahe dem Walchensee und 2021 in Passau, ist in Gersthofen der Restart des WasserkraftForums ausgezeichnet geglückt. Maßgeblich für ein Festhalten am WasserkraftForum waren die vielen positiven Stellungnahmen der Gäste zu dem Veranstaltungsformat in der Vor-Corona-Zeit.

Unter den zahlreichen, zum Teil auch internationalen Teilnehmenden waren etliche bekannte aber auch viele neue Gesichter aus Politik, Ämtern, Behörden, Verbänden, Verwaltungen und der Wasserkraftwirtschaft. Ein herzliches Willkommen richtete sich auch an die Vertretenden von Naturschutzorganisationen.

Ohne Unterstützung von Sponsoren ist eine solche Veranstaltung nicht zu stemmen, so dass der bewährten Partnerschaft mit der österreichischen VERBUND und den bayerisch-schwäbischen Lechwerken ein besonderer Dank gebührt. Beide Unternehmen präsentierten ihre Wasserkraftaktivitäten an Informationsständen, ebenso wie die weiteren Partner und Aussteller VBEW, AMSERV, Dive Turbinen, F.EE Group sowie zek Hydro und Schubert Elektroanlagen GmbH aus Österreich. Als Medienpartner begleitete TV Bayern live die Veranstaltung. Mit Hilfe aller Unterstützer und Partner ist es gelungen, ein hochinteressantes Programm zusammenzustellen.

Gerade in der „Kleinen Wasserkraft“ finden sich viele Kommunen wieder, die aus der Historie heraus schon auf die Kraft des Wassers gesetzt haben. Insofern kommt den Kommunen in der Energie(wende)politik eine tragende und höchst verant-

wortungsvolle Rolle zu, wie Constanze von Hassel zur Einstimmung auf das auch grenzüberschreitend renommierte Branchentreffen ausführte.

Einerseits haben die Kommunen selbst einen nicht unerheblichen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken wollen; andererseits gestalten sie auch die Rahmenbedingungen im Sinne ihrer Bevölkerung, so dass auch hier gilt: Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kostenkontrolle bei jederzeitiger Verfügbarkeit von qualitativ einwandfreiem, elektrischem Strom.

Und damit liegt der Schritt zur grundlastfähigen, CO2-freien Wasserkraft auf der Hand. Die Nutzung der umweltschonenden Wasserkraft seit knapp 150 Jahren ist eng verflochten mit der bayerischen Wirtschaftsgeschichte. Die Ansiedlung von energieintensiven Betrieben, wie entlang des Lechs bei Augsburg, war nur an Standorten wie Gersthofen möglich, die die großtechnische Wasserkraftnutzung schon vor über 120 Jahren verwirklichten. Hassel appellierte an die Teilnehmenden, dass alle zusammen Verantwortung übernehmen müssen für das wirtschaftliche Tun, also auch in Form der Nutzung heimischer Energien. ■

HIER FINDEN SIE DEN TV BEITRAG VON TV BAYERN LIVE:



<https://bit.ly/3gGoZcA>

GRUSSWORT VON MICHAEL WÖRLE | ERSTER BÜRGERMEISTER GERSTHOFEN

Stadt Gersthofen setzt auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Ohne das 121 Jahre alte Großwasserkraftwerk in Gersthofen hätte es vermutlich deutlich länger gedauert, bis es in Bayern Strom gegeben hätte. Davon zeigte sich Bürgermeister Michael Wörle überzeugt, denn der Bau des heute denkmalgeschützten Kraftwerks in Gersthofen war Voraussetzung für die Ansiedlung der chemischen Fabrik Höchst.

Mit dem Wasserkraftwerk Gersthofen begann die Industrialisierung im Lechtal nördlich von Augsburg und die flächendeckende Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben. Wörle betonte, dass die Wasserkraft mit dem Lechkanal und dem Kraftwerk für seine Stadt ein zentrales Thema ist nicht nur wegen der gerade heraufziehenden Energiekrise in Folge des Ukrainekriegs, sondern auch weil das Gersthofener Kraftwerk zu den von der UNESCO ausgezeichneten Denkmälern gehört und zusammen mit den beiden anderen LEW-Wasserkraftwerken am Lechkanal in die Welterbeliste aufgenommen worden ist. Aber unabhängig von der historischen Dimension muss man die Wasserkraftnutzung auch in Gersthofen perspektivisch langfristig in Richtung grüner Wasserstoffproduktion sehen (anstatt sich auf Wasserstofflieferungen aus Australien zu fixieren). In den kommenden Monaten und Jahren wird das Thema Wasserkraft sicher nochmal anders diskutiert werden müssen, wenn die Erkenntnis angekommen ist, dass Wasserkraftnutzung in Bayern von zentraler Bedeutung ist.



Michael Wörle

Gersthofen selber fühlt sich verpflichtet, in einem zweiten Anlauf gemeinsam mit der Stadt Augsburg sowie der LEW Wasserkraft, dem Fischereifachverband, dem Landschaftspflegeverband (LPV) Augsburg, der TU München sowie den Universitäten Augsburg und Eichstätt im Rahmen eines von der EU geförderten Life-Projekts Contempo 2 die ökologischen Verbesserungen für den Lech weiterzutreiben. Das

Projektvolumen beträgt insgesamt 7,2 Millionen Euro, erklärt Michael Wörle. Ein Förderbescheid über 60 Prozent wurde bereits bewilligt, so dass diese Fördermittel rund um den Lech in ökologische Verbesserungsmaßnahmen, Grünflächen, Naherholung, Umweltbildung, das Hoch- bzw. Niedrigwassermanagement, das Temperatur- und Geschiebemanagement sowie die Auenentwicklung investiert werden können. Gerade auch mit den LEW als Eigentümerin der Lechkraftwerke, deren Geburtsort vor über 120 Jahren in Gersthofen war, verbindet uns eine gute langfristige Partnerschaft. Schließlich ist die Stadt auch Standort der Zentralwarte der LEW Wasserkraft, über die deren 36 Wasserkraftwerke an Donau, Lech, Iller, Günz und Wertach überwacht und gesteuert werden.

Und für das nächste, dann das 9. Wasserkraftforum der Bayerischen Gemeindezeitung, steht Gersthofen mit seiner Stadthalle bei rechtzeitiger Reservierung gern wieder zur Verfügung, umschrieb Wörle seinen künftigen Gastgeberwunsch. ■

DR. JOHANN NIGGL | STMWI

Wasserkraft als unverzichtbare Säule für die Energiewende in Bayern

Die neuerwachte Wertschätzung der Wasserkraft im Freistaat machte Dr. Johann Niggel, Abteilungsleiter für Erneuerbare Energien und Energiedialog im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, in seinem Eröffnungsreferat auf dem 8. Bayerischen WasserkraftForum der Bayerischen Gemeindezeitung deutlich. Demnach ist die Wasserkraft eine zuverlässige Energiequelle in Bayern, die unverzichtbar zum Gelingen der Energiewende beiträgt. Sie ist neben der Biomasse die einzige grundlastfähige, rund um die Uhr verfügbare Stromerzeugungsquelle, die nach der Abschaltung der Kernkraftwerke im Freistaat noch CO₂-freien Strom produzieren wird. Weitere Vorzüge sind die Schwarzstartfähigkeit und Schaffung von regionalen Versorgungssinseln nach einem Blackout sowie die Stabilisierungsfähigkeit des Stromnetzes durch die Wasserkraft.



Dr. Johann Niggel

Um aber das vorhandene Ausbaupotenzial der Wasserkraft in Bayern zu heben, ist es allerdings unvermeidlich, dass die bisweilen fest zementierten Ansichten gegen die Nutzung der Wasserkraft hinterfragt werden, schließlich gibt es auch bei einer Traditionsenergie wie der Wasserkraft Fortschritte hin zu einer ökologisch verträglicheren Nutzung mit weniger Eingriffen in die Umwelt.

Die Wasserkraft ermöglicht einen gleichbleibenden Strom an Energie, was bei Wind und Sonne nicht in dieser Weise der Fall ist. Eine Energieform wie Wasserkraft ist notwendig, und sie trägt mit 12,5 Milliarden Kilowattstunden im langjährigen Mittel ganz wesentlich zur Versorgung mit erneuerbaren Energien in Bayern bei (Jahresstrom-erzeugung aus erneuerbaren Energien in Bayern insgesamt: etwa 40 Milliarden kWh).

Die Wasserkraft in Bayern ebenso gut zu nutzen wie alle anderen verfügbaren erneuerbaren Energien ist eine wichtige Antwort auf energiepolitische Abhängigkeiten. Erneuerbare Energien sind damit nicht nur Heimatenergien, sie sind auch Freiheitsenergien. Die Antwort auf Abhängigkeiten kann nur sein, soviel „saubere“ Energie vor Ort zu erzeugen und zu nutzen, wie irgend möglich. Dabei kommt der Wasserkraft und insbesondere auch der kleinen Wasserkraft eine wesentliche Rolle zu. Wasserkraftnutzung ist für Bayern systemrelevant. Insofern ist es ein großes Glück für Deutschland, besonders aber auch für Bayern, dass die jüngsten, →

LEW

Wasserkraft

Erneuerbare Energie aus Wasserkraft

Die LEW Wasserkraft GmbH gehört zu den führenden Wasserkraftwerksbetreibern in Bayern. In 36 Laufwasserkraftwerken erzeugen wir jährlich mehr als eine Milliarde Kilowattstunden umweltfreundliche Energie.

Naturschutz, Klimaschutz und Wasserkraft – das gehört für uns untrennbar zusammen. Mit unseren zahlreichen Projekten zeigen wir, dass sich Ökologie und Ökonomie in der Wasserkraft gut vereinbaren lassen. Dabei arbeiten wir eng mit den wichtigen Akteuren an den Flüssen zusammen und realisieren gemeinsame Lösungen.

Informieren sie sich unter wasserkraft.lew.de



Blick ins Auditorium

existenzbedrohenden Planungen gegen die Wasserkraftnutzung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023) eine Minute vor 12 Uhr abgewendet werden konnte. Dieses sogenannte Osterpaket drohte zu einem Danaergeschenk zu werden, das vor allem der für Bayern so wichtigen Wasserkraft buchstäblich das Wasser abgedreht hätte. Dank des unermüdligen Engagements von bayerischer Politik und Wirtschaftsverbänden bleibt die Wasserkraft im EEG 2023 gleichberechtigt mit den anderen erneuerbaren Energien von überragendem öffentlichem Interesse. Dieser gesetzlich festgeschriebene Status bedeutet für die Wasserkraftbetreiber künftig eine entsprechende Verantwortung im Sinne einer Nach- bzw. Neujustierung ausgewogener ökologischer, ökonomischer und sozialer Projektlösungen. Insbesondere auch die zuständigen Behörden müssen sich entsprechend dem neuen EEG 2023 in ihren Genehmigungsverfahren für die Wasserkraftnutzung bewegen und anpassen.

Niggel wies darauf hin, dass der künftige Ausbau auch der kleinen Wasserkraft zudem von einem Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 23. März 2022 (<https://bit.ly/3DqFans>) gestützt werden sollte, nach dem jeder kleine Beitrag, auch der Kleinste, der zur CO₂-Minderung und zum Klimaschutz beiträgt, zählt.

Umso mehr zeigte Niggel seine Irritation über die stets wiederholte Kritik durch Wasserkraftgegner, dass die kleine Wasserkraft ja nur zu einem geringen Prozentsatz zu den erneuerbaren Energien beitragen, dafür aber unverhältnismäßig großen Umweltschaden anrichten. Diese nicht nachvollziehbare Haltung der Wasserkraftgegner, dass die Wasserkraft der Ursprung allen Übels für die Fischfauna sein soll, bleibt für Niggel rätselhaft. Allerdings sind Proteste bei allen Vorhaben inzwi-

schon state of the art und Teil des Meinungsbildungsprozesses in Deutschland.

Für die Wasserkraft bedeutet der Widerstand, dass die Hebung der vorhandenen Ausbaupotenziale sehr beschränkt bleibt. Ein signifikanter Quantensprung zur Steigerung der Wasserkraftproduktion wird nicht gesehen.

Unabhängig davon unterstützt das Bayerische Wirtschaftsministerium seit vergangem Jahr im Rahmen eines Förderprogramms mit maximal 200.000 Euro pro Anlage bzw. 25 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben die umweltverbessernde Modernisierung und den Ausbau von Kleinen Wasserkraftanlagen. Demnach werden die erforderlichen ökologischen Anpassungsmaßnahmen gefördert, wenn nach der Modernisierung mindestens 10 Prozent mehr Strom produziert werden kann. Die Wasserkraftbetreiber sollten Niggel zufolge das Förderprogramm nutzen und damit die Bedeutung der Kleinen Wasserkraft für Bayern erhöhen.

Ziel aller Maßnahmen in der Kleinen wie der Großen Wasserkraft ist es, eine Anhebung der Stromproduktion aus Wasserkraft um mindestens eine Milliarde Kilowattstunden pro Jahr zu erreichen.

Daneben ist laut Niggel vorgesehen, den Photovoltaikanteil an der erneuerbaren Stromerzeugung von derzeit 15 Milliarden Kilowattstunden bis 2030 auf rund 40 Milliarden Kilowattstunden auszubauen, die Anzahl der Windkraftanlagen, laut dem Ministerpräsidenten, um rund 800 zu erhöhen und die Biomassenutzung in begrenztem Rahmen von zehn auf elf Milliarden Kilowattstunden zu steigern.

Niggel verwies darauf, dass die Wasserkraft einen wichtigen Zusatznutzen für die Gesellschaft bringt. Als Beispiel nannte er die Bedeutung der kleinen Wasserkraft gerade auch für Kommunen im Falle eines längeren flächeneckenden Stromausfalls, denn mit Hilfe der örtlichen Wasserkraftkapazitäten kann das Stromnetz regional stabilisiert und die Stromversorgung regional-punktuell wieder aufgebaut werden. Das ist eine nicht zu unterschätzende Stärke gerade auch der kleinen Wasserkraft, die man stärker in die Köpfe der Menschen vor Ort bringen müsste, so Niggel an die Betreiber der kleinen Wasserkraftwerke.

Unabhängig von den „Zahlenspielereien“ über die schon erreichten Anteile erneuerbarer Energien an der Energieversorgung in Bayern stellte Niggel klar, dass es noch ein weiter Weg zum Ziel ist, unseren Energiebedarf tatsächlich komplett mit erneuerbaren Energien zu decken. Dafür müssten vor allem auch zahlreiche ideologische Gräben überwunden werden, die die Energien in gute und schlechte einteilen. Vielmehr kann unser Land auf keinerlei erneuerbare Energieformen verzichten. ■

Wasserkraftwerk
Schongau

Heimische Wasserkraft für grünen Strom

 energie
schwaben

MICHAEL BOHLINGER | LEW WASSERKRAFT GMBH

Wasserkraft in Zeiten des Klimawandels

Michael Bohlinger, Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH, beleuchtete in seinem Vortrag die nachhaltige Wasserkraft und ihren vielfältigen Zusatznutzen, deren Bedeutung für die Entwicklung unseres Wirtschaftsraums, für unsere Trinkwasserversorgung und unsere Kulturlandschaft.

Mit den Lechwerken und dem Wasserkraftwerk Gersthofen begann vor über 120 Jahren die öffentliche Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben. Und bis heute ist die Wasserkraft mehr als nur regenerative Stromerzeugung; sie ist ein integraler Bestandteil für eine sichere Energieversorgung in Bayern.

Die LEW Wasserkraft ist verantwortlich für rund 200 Flusskilometer Dämme und Deiche. Die Menschen, die dort leben sind Nachbarn der LEW und verlassen sich darauf, dass die LEW Wasserkraft zum Beispiel die Hinterland-Entwässerung sicherstellt. Damit übernimmt LEW Wasserkraft eine wichtige Funktion beim Hochwasserschutzmanagement in der Region und der damit verbundenen Daseinsvorsorge. Gleichzeitig stabilisieren die Stützschwellenkraftwerke die Flusssohlen und den Grundwasserspiegel und sichern die Trinkwasserversorgung in der Region.

Kurz und gut: Wasserkraft wird nicht nur als zuverlässige Säule der erneuerbaren Energien energetisch genutzt, sondern beeinflusst in vielen Bereichen auch das Leben der Bevölkerung in der Region positiv, ist Bohlinger überzeugt.

Ein solch wertvoller Schatz wie die Wasserkraftwerke und die sie umgebenden Gebiete bedürfen einer intensiven Fürsorge, die LEW Wasserkraft gern und umfassend bereit ist zu übernehmen, auch wenn es eines langen Atems und entsprechender Gelder bedarf. Daran ließ Bohlinger keinen Zweifel. Das jahrelange Engagement der LEW zeigt bereits nachweislich ökologische Erfolge an den Gewässern. Damit erfüllt LEW Wasserkraft ihren Teil der ökologischen Verbesserungen an den Gewässern, wie sie im November 2006 in dem Eckpunktepapier der Wasserkraftbetreiber mit der bayerischen Staatsregierung vereinbart wurden, betonte Bohlinger.



Michael Bohlinger

Mit einem historischen Rückblick und starken Bildern zeigte Bohlinger die Ursprünge der Wasserkraft ausgehend von den Flusskorrekturen im letzten Jahrhundert. Die Flüsse wurden „in ein Korsett gezwängt“, um den dort siedelnden Menschen Schutz vor den immer wiederkehrenden, verheerenden Hochwässern zu geben. Sumpfbereiche sollten trockengelegt werden, um die Menschen vor Krankheiten wie der Malaria zu schützen. Auch sollten neue Siedlungsräume erschlossen werden und landwirtschaftliche Flächen entstehen, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren. Ein großer Nachteil der Flusskorrekturen war jedoch, dass die begradigten Flüsse sich immer tiefer in ihr Bett eingruben. Dadurch wurden die Auwälder vom Fluss getrennt mit gravierenden Folgen für die Uferbereiche und für die Interaktion zwischen Fluss und Aue. Auch wirkt ein begradigter Fluss wie ein Entwässerungsgraben und senkt den Grundwasserspiegel. Heute versucht man, diese Fehlentwicklungen wieder zu korrigieren.

Wasserkraft ist verlässlich und stabilisiert kritische Infrastruktur – auch in Zeiten des Klimawandels. Das machte Bohlinger am Beispiel der Trinkwasserversorgung deutlich. Denn im Blackout-Fall kann sie Roh- und Reinwasserpumpen mit Strom versorgen. In dem international ausgezeichneten Projekt „LINDA“ zeigten LEW und Partner, dass die für die Trinkwasserversorgung existentiell bedeutende Stromversorgung durch Wasserkraft zuverlässig gewährleistet werden kann. Mit einer technisch gesicherten Kombination von dezentraler Wasserkraft-, Solar- und Biogas-Stromerzeugung konnte die Versorgung des Wasserpumpwerks Genderkingen des Ansbacher Zweckverbands Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum (ZFW) sowie die Versorgung der Ortschaft Niederschönenfeld sichergestellt werden, wobei das Wasserkraftwerk den Löwenanteil des Stroms bereitstellte.

Wasserkraft ist die Erneuerbare Energie mit dem meisten Zusatznutzen für die Gesellschaft, ist sich Bohlinger sicher. Sie erzeugt nicht nur zuverlässig, CO₂-frei und nahezu witterungsunabhängig Strom. Sie kann auch bedarfsorientiert Strom →



WASSERKRAFT

Ja bitte!

Wasserkraft -
Bayerns erneuerbare
Stromquelle Nr. 1

Gemeinsam
für die
Wasserkraft!

Wasserkraft - Ja bitte! eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. - VBEW

Wir sind Partner:



erzeugen, beispielsweise Primärregelleistung zur Stabilisierung des Stromnetzes erbringen.

Nicht vergessen werden sollte der Nutzen für die Naherholung und den Tourismus, was maßgeblich auch vom ökologischen Zustand der Gewässer abhängt. Dazu bedarf es eines intensivierten ökologischen Ausgleichs, denn ein Fluss ist niemals nur ein Fluss. Er gehört zu einem komplexen Ökosystem und braucht die Fürsorge aller Interessengruppen, wie Bohlinger betonte und am Beispiel der Iller-Strategie 2020 verdeutlichte. Von dem Projekt profitieren Natur und Menschen vor Ort gleichermaßen. Sie besteht aus einem sich über 30 Kilometer erstreckenden umfangreichen ökologischen Maßnahmenpaket zwischen Altusried und Lautrach. Darin enthalten sind der Bau von Fischwanderhilfen, ein wirksames Fischschutzkonzept, die Dynamisierung von Umgehungsflüssen und die Verbesserung der Gewässerstruktur. Bei diesem Projekt zogen

mustergültig Wissenschaft (Uni Augsburg, Aueninstitut Neuburg a.d. Donau), Fischereivereine, Fischereiverband, Fischereifachberatung und LEW Wasserkraft an einem Strang. LEW erhielt für das vorbildlich gelungene Projekt als erster Wasserkraftwerksbetreiber den Umweltpreis der Bayerischen Landesstiftung.

Bewährte Grundlage für all diese LEW-Projekte ist das oben schon erwähnte gemeinsame Eckpunktepapier „Nachhaltige Wasserkraftnutzung an staatlichen Gewässern in Bayern“.

Schlussendlich ist sich Bohlinger sicher, dass für ein gelungenes Energiewendesystem der Mix von erneuerbaren Energien entscheidend ist. Während im Sommer der Anteil des Stroms aus Photovoltaik besonders stark im Stromnetz ist, punktet die Wasserkraft in den niederschlagsreichen Wintermonaten. Das passt gut, denn nur im Zusammenspiel von Wasser, Sonne, Wind kann die Energiewende gelingen. ■



Klimaneutralität und regionale Versorgungssicherheit

v.l. Detlef Fischer, Theresa von Hassel, Dr. Karl-Heinz Gruber

DR. KARL-HEINZ GRUBER | DER VERBUND – WASSERKRAFTGESELLSCHAFTEN IN ÖSTERREICH UND DEUTSCHLAND

Wasserkraft und Ökologie – Miteinander statt Widerspruch

VERBUND ist mit 132 Kraftwerken (davon 109 Laufkraftwerke mit 4.700 Megawatt und 23 Speicherkraftwerke mit 3.900 Megawatt) in Österreich, Bayern und Albanien einer der ganz großen Wasserkraftplayer in Europa. Aus rund 8.600 Megawatt Leistung werden etwa 30,5 Milliarden Kilowattstunden sauberer Wasserkraftstrom pro Jahr erzeugt. Allein in Bayern und entlang der deutsch-österreichischen Grenze arbeiten 21 VERBUND-Laufwasserkraftwerke mit rund 1.000 Megawatt Leistung und produzieren jährlich rund 5,8 Milliarden Kilowattstunden Ökostrom pro Jahr für die Bevölkerung in der Region.

Für Dr. Karl Heinz Gruber, verantwortlich für die Wasserkraft bei VERBUND in Österreich und Bayern, liegt es auf der Hand, dass die heimische Wasserkraft als erneuerbare Energieform nicht nur in der Vergangenheit, sondern insbesondere in der Zukunft einen besonders wichtigen Beitrag sowohl zum Klimaschutz als auch zur Versorgungssicherheit leistet; dies ist umso bedeutender in so bewegten Krisenzeiten wie derzeit.

Deshalb sollte es bezüglich der Nutzung bekannter vorhandener Wasserkraft-Ausbaupotenziale in Bayern keine Frage des Ob sein, sondern des Wann. Wobei als Grundlage dafür ein klares gesellschaftspolitisches Bekenntnis der Politik zur besonderen Leistungsfähigkeit der heimischen Wasserkraft ste-

hen muss. Weil es heute selbstverständlich ist, dass ein Heben der Wasserkraft-Ausbaumöglichkeiten nur im Konsens zwischen Politik, Gesellschaft und Ökologie stattfinden kann.

Gruber verweist aus Unternehmenssicht auf das im VERBUND-Leitbild verankerte enge Miteinander von Wasserkraft und Ökologie. Bis 2027 sind rund 280 Millionen Euro für die Ökologie budgetiert, davon rund 80 Millionen Euro am bayrischen Inn bzw. am Grenz-Inn und an der Grenz-Donau. Die Mittel fließen unter anderem in Fischwanderhilfen, Renaturierungsmaßnahmen oder in ökologisch ausgerichtete Forschungsprojekte. Dazu kommt noch der laufende Aufwand für den Betrieb und Erhalt dieser Maßnahmen, welcher alleine in Bayern einen Betrag von über 3 Millionen Euro pro Jahr ausmacht.

Neben dem grundsätzlichen politischen Verständnis müsste für das Vorantreiben des Wasserkraftausbaus auch die ehrliche Gleichbehandlung mit anderen Erneuerbaren festgeschrieben werden und die oftmals einseitige Diskriminierung der Wasserkraft ein Ende finden. Ideologisch motivierte „Angriffe“, wie im ersten Entwurf des Osterpakets (EEG-Reform 2023) auf die kleine Wasserkraft, das mit viel Engagement, Beharrlichkeit und Überzeugungsarbeit gerade noch abgewehrt werden konnte, müssen einem vernunftgesteuerten →

Pragmatismus weichen. Denn welche grundlastfähigen Kraftwerke stellen künftig die erneuerbare Versorgung sicher, wenn die meisten thermischen Kraftwerke abgeschaltet oder deren Energieträger zum Spielball von Kriegstreibern werden?

VERBUND ist bei passenden Rahmenbedingungen bereit und fähig, seinen Beitrag zur von der Bayerischen Staatsregierung formulierten Steigerung der Wassererzeugung um rund eine Milliarde Kilowattstunden pro Jahr zu leisten, bestätigte Gruber. Ein Paradebeispiel ist etwa das erneuerte Inn-Kraftwerk Jettenbach-Töging. Alleine diese Investition von 250 Millionen Euro in eine Bestandanlage deckt mit einer zusätzlichen Erzeugung schon rund 14 % des bayerischen Ausbauziels ab. Darüber hinaus plant VERBUND durch die Modernisierungen der Bestandsanlagen weitere rund 260 Millionen Kilowattstunden zu erzeugen. Darin enthalten ist auch die innovative Mitnutzung von flussbaulichen Sanierungen an der Unteren Salzach. Allerdings nur, wenn auf allen Ebenen ein unterstützendes Umdenken pro Wasserkraft stattfindet.

Dazu zählt unter anderem, dass der Gesetzgeber den Grenzwert für eine Förderung einer Leistungssteigerung bei Ertüchtigungen von mindestens zehn Prozent deutlich nach unten drückt. Bzw. dass es mit Blick auf Genehmigungsverfahren und verwaltungsrechtliche Themen zu einer realen Gleichbehandlung der Wasserkraft in Sachen Naturschutzauflagen mit anderen Erneuerbaren kommt. Das Gleiche muss im Übrigen auch für die Genehmigung von Energiespeichern kommen, wie der hocheffizienten und erprobten Pumpspeicherkraftwerke. Deren besonderer Wert wird laut Gruber in Deutschland noch nicht ausreichend erkannt. Seiner Meinung nach muss sich da der Zugang ändern, wenn nicht potenzielle Nutzungsinitiativen

für diese dringend benötigte Speichertechnik schon im Keim erstickt werden sollen. Wünschenswert wäre natürlich auch ein intensiveres Engagement der Bundesrepublik in Brüssel, um die Diskriminierung der Wasserkraft auch auf EU-Ebene zu beenden.

Gruber konnte in seinem Vortrag am Beispiel zahlreicher, erfolgreich umgesetzter Umweltschutzmaßnahmen an den bayerischen VERBUND-Kraftwerken eindrucksvoll zeigen, dass Wasserkraftnutzung und Ökologie bei gesamthafter Betrachtung und Herangehensweise kein Widerspruch mehr sind. Allerdings gibt es durchaus noch erhebliches Verbesserungspotenzial im interdisziplinären Zusammenspiel der Akteure, Unternehmen, Genehmigungsbehörden, Gesellschaft und NGOs. Am Beispiel des Energiespeichers Riedl bei Jochenstein/Passau plädierte er dafür, mögliche ideelle Partikularinteressen von Naturschutzorganisationen und/oder Grundsatzpositionen Einzelner vor Ort nach dem Nimby-(Not in my backyard-) Prinzip zukünftig in einem Gesamtrahmen zu betrachten. Übergeordnete Ziele der Gesellschaft nach Klimaneutralität und regionaler Versorgungssicherheit müssen bei einer ganzheitlichen Betrachtung ein übergeordnetes Gewicht erhalten.

Sein Appell: Miteinander nach bestmöglichen Lösungen suchen anstatt gegeneinander durch eine fokussierende Brille zu arbeiten, die nur den eigenen gewünschten Betrachtungswinkel zulässt. ■

WEITERE INFORMATIONEN:

VERBUND / RENATURIERUNG <https://bit.ly/3N0Z0c9>

VERBUND / BIODIVERSITÄT <https://bit.ly/3Dv5Kfb>

AMServ
Augsburg/Neusäß Hamburg Halle Schiffweiler

STARKER SERVICE FÜR ELEKTRISCHE MASCHINEN
www.amserv.de

AMServ Süd GmbH & Co. KG
Oskar-von-Miller-Straße 2
86356 Neusäß
ISO 9001 ISO 14001 SCC Ex

Reparatur Montage Um-/Nachbau Diagnose/Messtechnik Inbetriebnahme Modernisierung Vor Ort Service Neue Maschinen und Drives

Erneuerbare Energien sind unsere Passion
Reparatur, Instandhaltung und Optimierung der elektrischen Maschinen von Wasserkraftwerken in Bayern gehören seit 60 Jahren zu unserer Kompetenz.
Wasserkraft im Einklang mit der Natur.
Kraftwerk Langweid mit freundlicher Genehmigung von LEW

Layout: jobb by AMServ

Die Wasserkraftbetreiber sind wesentlich weiter in Sachen ökologischem Bewusstsein, als allgemein wahrgenommen wird.



Marie Feitisch, Georg Loy, Andreas Auer und Michael Bohlinger

GEORG LOY | VBEW – VERBAND DER BAYERISCHEN ENERGIE- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V.

Position zur Wasserkraft in der Praxis

Dipl.-Ing. Georg Loy, im Hauptberuf beim VERBUND Projektleiter zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie an den Laufwasserkraftwerken, ist auch Vorsitzender des Arbeitsausschusses Wasserkraft des VBEW – Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. und als solcher präsentierte er die VBEW-Positionen zur Wasserkraft in der Praxis. Wichtigste Botschaft von Loy an die breite Öffentlichkeit: Die Wasserkraftbetreiber sind wesentlich weiter in Sachen ökologischem Bewusstsein rund um ihr Business, sauberen, klimaneutralen Strom aus der Kraft des Wassers zu erzeugen, als es in Politik, Behörden, Medien und Bevölkerung wahrgenommen wird.

Verantwortungsvolles Handeln im Sinne von Bewahrung und Schutz einer intakten Natur und Umwelt ist Teil der DNA der Wasserkraftbetreiber. Ökologisches Handeln ist heute selbstverständlich, doch in welchem Maß das erfolgen soll, da gehen die Ansichten in der Praxis leider immer noch weit auseinander. Dort hakt es tatsächlich mehr als die offiziellen Bekenntnisse von Bundesverbänden und Bayerischer Staatsregierung vermuten lassen. Offensichtlich ist noch nicht überall angekommen, dass im reformierten EEG 2023 auch der Wasserkraft eindeutig zugestanden wird, dass sie eine erneuerbare Energieerzeugungsform von überragendem öffentlichen Interesse ist.

In der Realität geht es darum, welche ökologischen Maßnahmen bei einer nachhaltigen Wasserkraftnutzung tatsächlich positiv wirken und nicht nur weil Leitfäden und Veröffentlichungen dies vermuten lassen. Eine wissenschaftliche Einordnung von Thesen ist erforderlich. Es geht darum, den Naturraum Gewässer zu unterstützen, dass die Fischpopulationen erhalten bleiben und die Auen ihre und der Fluss seine Funktionen erfüllen kann. Notwendig ist entsprechendes Augenmaß, wobei es nicht die Prämisse sein darf, dass nur das Billigste und Mindeste umgesetzt wird, sondern tatsächlich das gemacht wird, was an jedem einzelnen Gewässer individuell wirkt. Das Pochen auf Festlegungen in diversen Leitfäden geht an den Gewässerrealitäten und den jeweils dort erforderlichen möglichen ökologischen Verbesserungsmaßnahmen oftmals vorbei. Wichtig wäre gegenseitiges Vertrauen zwischen Behörden und Wasserkraftbetreibern, damit mit gemeinsamen Zielen re-strukturiert wird und alle das gleiche Ziel verfolgen, nämlich entsprechend dem öffentlich bekundeten politischen Willen

die Wasserkraftnutzung ökologisch bestmöglich zu gestalten, auszubauen und nachhaltige Verbesserungen zu erreichen. In der Theorie war ja der Wille dazu schon vor 16 Jahren im Eckpunktepapier „Nachhaltige Wasserkraftnutzung in Bayern“ dokumentiert worden (2006 PDF <https://bit.ly/3W1tnDf>) und auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) bekannte sich im Dezember 2020 explizit zur Wasserkraft und konstatierte, dass Wasserkraftnutzung und Naturschutz kein Widerspruch sind. In der Realität zeichnet sich leider oftmals ein anderes Bild ab, weshalb Loy eindringlich appellierte, die Wasserrahmenrichtlinie zur Verbesserung der Fließgewässerökologie mit Verstand zu behandeln und umzusetzen.

Mit Blick auf die regionale/lokale Politik, die Genehmigungsbehörden und die lokalen Umweltgruppierungen sieht es der VBEW als dringend erforderlich, dass die Wasserkraftnutzung nicht als Verursacher allen Übels angesehen wird, sondern dass der Zustand und die Nutzung bzw. Veränderung der Gewässer über Jahrhunderte entstanden sind. Ein „romantischer“ Urzustand lässt sich nicht wieder herstellen. Wenn stattdessen alle Beteiligten sich mal auf die Verfolgung gemeinsamer langfristiger Ziele verständigen könnten, anstatt in engen Gedankenkorridoren zu verharren, dann wäre der Natur und der ökologischen Wasserkraftnutzung weitaus besser gedient. Wenn es gelingt, die verfügbaren finanziellen Ressourcen für ökologische Maßnahmen entlang der Flüsse optimal zu nutzen und die Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen, anstatt im Kleinklein für den schnellen lokalen politischen Erfolg nur sub-optimal zu verschwenden, dann würde es den Gewässern zeitnah besser gehen. ■

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

VBEW	https://bit.ly/3f0So0K
BDEW	https://bit.ly/3sqJmNB
OEKOLOGIE-WASSERKRAFT	https://bit.ly/3zd4NW9
UMWELTBUNDESAMT	https://bit.ly/3f3NxxV
FORUM-FISCHSCHUTZ	https://bit.ly/3FifScr
LIFE-RIVERSCAPE-LOWER-INN	https://bit.ly/3zcNB36
BR - DOKU-DIE-FLUSSRETTER	https://bit.ly/3stUYj6

DR. HEIDRUN BENDA | LSI – LANDESAMT FÜR SICHERHEIT IN DER INFORMATIONSTECHNIK

IT-Sicherheit in kritischen Infrastrukturen (KRITIS)

Nicht erst seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine und dem damit verbundenen Cyberkrieg um die Meinungshoheit auf den Nachrichtenkanälen ist das Thema IT-Sicherheit von kritischen Infrastrukturen, kurz KRITIS genannt, ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Ständige Cyberangriffe, die nicht nur digitales Chaos, sondern auch Schäden an physischer Infrastruktur verursachen können, zeigen, wie verwundbar unser immer stärker von IT-Technologie durchdrungenes tägliches Leben inzwischen ist.

Diese Verwundbarkeit der kritischen Infrastruktur durch Hacker, Cyber-Kriminelle und staatlich gesteuerte IT-Angriffe hat in den letzten Jahren überproportional zugenommen. Vermehrte Bedrohungen, die für das staatliche Gemeinwesen und die öffentliche Sicherheit eine wichtige Bedeutung haben, wie die Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Telekommunikation, Informationstechnik, medizinische Versorgung und Krankenhäuser, Banken und Versicherungen, Polizei und Justiz, Logistik und Nahrungsmittelversorgung führten zu einem allmählichen Umdenken hin zu mehr Sicherheitsbewusstsein, für das es sich lohnt, mehr Ressourcen einzusetzen.

Denn fallen kritische Infrastrukturen ganz oder teilweise aus, kann dies zu erheblichen Belastungen für Staat, Wirtschaft und großen Teilen der Bevölkerung führen. Die Auswirkungen von erfolgreichen Cyberangriffen können wesentlich mehr Kosten nach sich ziehen, als vorbeugende Maßnahmen. KRITIS-Betreiber über jeweils festgelegten Schwellwerten stehen daher inzwischen entsprechend dem IT-Sicherheitsgesetz (IT-SiG) von 2015 und der Kritis-Verordnung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-KritisV) in der Pflicht, angemessene organisatorische und technische Maßnahmen zur Sicherheit ihrer IT umzusetzen und diese stetig zu aktualisieren. Um die Sicherheit von informationstechnischen Systemen in kritischen Sektoren nicht dem Zufall zu überlassen, hat der Gesetzgeber für bestimmte Anlagen ab einer gewissen Größe gesetzliche Mindeststandards verankert. Diese nimmt unter anderem die Betreiber von erneuerbaren Energieanlagen, wie Wind- und Solarparks, aber auch Wasserkraftwerke in Sachen Informationssicherheit in die Pflicht.



Dr. Heidrun Benda

Schon „frühzeitig“ sah die Bayerische Staatsregierung Handlungsbedarf und schuf zum 1. Dezember 2017 als erstes Bundesland ein eigenes Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, kurz LSI. Zu den Hauptaufgaben des LSI gehört neben dem Schutz der staatlichen IT-Systeme, die Beratung öffentlicher Betreiber kritischer Infrastrukturen sowie von Kommunen zu sämtlichen Fragen zum Thema IT-Sicherheit. Benda betonte, dass das LSI dabei keine Aufsichtsbehörde für die Betreiber kritischer Infrastrukturen ist, sondern Expertenwissen bei der Verbesserung der individuellen IT-Sicherheit der Betreiber bietet.

Ausgestattet ist die Behörde mit inzwischen 119 Mitarbeitenden, geplant sind 200, führte Dr. Heidrun Benda vom LSI zu Beginn ihres Vortrags aus. Da das Thema IT-Sicherheit gerade auch in Kommunen, die ja in vielfacher Weise für die kritische Infrastruktur vor Ort verantwortlich sind, ein noch besser zu bestellendes Feld darstellt, ist es Aufgabe von Dr. Heidrun Benda und ihrem Team, öffentliche KRITIS-Betreiber für das Thema Schutz und Sicherheit in der IT zu sensibilisieren und zu beraten. Schließlich ist die öffentliche Hand der geltenden Gesetzgebung genauso verpflichtet wie privatwirtschaftliche Betreiber von kritischen Infrastrukturen, zum Beispiel Wasserkraftanlagenbetreiber. Für das LSI gibt es in Bayern ein weites Feld zu beackern: Neben Stadtwerken, Abfallentsorgern und Verkehrsbetrieben auch 2.200 Wasserversorger, 2.500 Abwasserentsorger und rund 360 Plankrankenhäuser.

Deshalb der dringende Appell von Dr. Benda an das Auditorium: Die eigenen Unternehmensführungen und Verwaltungen für ihre IT-Sicherheitsverantwortung zu sensibilisieren, damit die kritische Infrastruktur keinen Schaden nimmt. Als weiteren Schritt empfiehlt Benda, die Vorwarn-, Früherkennungs-, Analyse- und Beratungskompetenz des LSI zu nutzen, indem man sich per Mail beim LSI registriert. Entsprechende Unterlagen und Beratungsgespräche werden vom LSI angeboten. Ein Anruf genügt. Das gilt natürlich auch, wenn es bereits zu einem Cyberangriff gekommen ist. Die schädlichen Folgen kann das LSI analysieren und versuchen, sie einzudämmen. ■

- Regional
- Unabhängig
- Ökologisch
- Unendlich
- Immer verfügbar
- Nachhaltig
- Preiswert
- Klimafreundlich
- Bestens bewährt

Wasserkraft in Bayern

Wo unser Strom daheim ist



ANDREA VON HANIEL | E-WERKE HANIEL HAIMHAUSEN UND FRITZ SCHWEIGER | EW-SCHWEIGER

Multitalent Wasserkraft kann Ökologie, Ökonomie und Sozial

Andrea von Haniel, Geschäftsführerin der E-Werke Haniel Haimhausen, und Fritz Schweiger, Geschäftsführer des EW-Schweiger, sind beide Vertreter der sogenannten kleinen Wasserkraft, die seit vielen Jahren die Naturschutzlobbyisten besonders im Visier haben. Anlass genug, um einmal mehr zu verdeutlichen, was die großen Leistungen der kleinen Wasserkraft sind.

Am Beispiel des reinen Ökostromanbieters E-Werke Haniel skizzierte von Haniel die Rahmenbedingungen für ein Kleinwasserkraftunternehmen mit vier Stromerzeugungsanlagen und eigenem Stromversorgungsnetz und Vertrieb, also einem vollintegrierten Versorgungsunternehmen mit elf Mitarbeitenden. Seit knapp 130 Jahren liefert der Familienbetrieb ausschließlich Ökoenergie an die Menschen in der Region Haimhausen, nördlich von München. War es ursprünglich nur Wasserkraftstrom (aktuell knapp fünf Millionen Kilowattstunden Jahreserzeugung) so ist das Erzeugungsportfolio mit drei Photovoltaikanlagen und Beteiligungen an Wind- und Solarparks erweitert worden. Rund 3.000 Kunden werden zuverlässig mit 100 Prozent Ökostrom versorgt. Besonders zufrieden zeigt sich von Haniel, dass alle ihre Wasserkraftanlagen fischdurchgängig und die genutzten Gewässer in einem guten ökologischen Zustand sind. Was die Kleinwasserbetreiber vielleicht den Wasserkraftwerkskonzernen in Sachen Ökologie voraushaben: Sie stammen aus der Region und leben in ihr, so dass sie ihre Anlagen für die Menschen in der Region ökologisch betreiben wollen und nicht, weil es der Gesetzgeber fordert. Die hohe Akzeptanz vor Ort gibt ihnen Recht. Die Natur stellt eine fantastische Ressource zur Verfügung, so dass mit entsprechend sorgsamem Umgang der Natur auch wieder etwas zurückgegeben werden kann, so von Haniel. Die Erfahrungen zeigen, dass je umständlicher die ökologischen Maßnahmen für Naherholungssuchende zu erreichen sind, umso besser ist es für die Natur und den Artenreichtum. Bei allen Ökomaßnahmen war das konstruktive Miteinander zwischen Behörden und Betrieb ausschlaggebend für die rasche und erfolgreiche Umsetzung, betonte von Haniel.

Fritz Schweiger, der auch 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e. V. (VWB) ist, war es in seinem

Vortragsteil wichtig zu verdeutlichen, dass gerade auch die kleine Wasserkraft mit ihrer Verwurzelung in der Region einen erheblichen Beitrag zur ökologischen Entwicklung, zum Klimaschutz, zur Stromversorgungssicherheit, zur Energieeffizienz- und Energieeinsparung sowie zur Energiekrisenbewältigung beitragen kann. Kleinwasserkraftwerke können zumindest für die kritische Infrastruktur wie Rathaus, Feuerwehr, Polizei, medizinische Einrichtungen, Lebensmittelversorgung, Schulen, Bürgerhäuser und Sporthallen in ihrer Funktion als Not-Zentren und Straßenbeleuchtung sowie die Energie-Schaltzentrale, Kommunikationseinrichtungen, Wasserversorgung oder Pumpen den notwendigen Strom bereitstellen, wenn der Rest der Republik im Nullenergiestatus verharrt. Das ist kein Zauberwerk, sondern vorausschauende Planung als Reaktion auf den größten Blackout der Nachkriegsgeschichte im Jahr 2006. Am Beispiel seines Familienunternehmens verdeutlichte Schweiger, wie essenziell die kleine Wasserkraft in einem Notstromversorgungskonzept für sein regionales Versorgungsgebiet in der Gemeinde



Andrea von Haniel, Fritz Schweiger

Oberding nordöstlich von München wirken kann. Der Vorteil der sieben örtlichen Wasserkraftanlagen an der Dörfern liegt in ihrer Dezentralität. Für den Krisenfall wurde das Stromnetz mit seinen Trafos und Schaltanlagen so konfiguriert, dass die Einrichtungen der kritischen Infrastruktur gezielt mit der nötigen elektrischen Energie aus den entsprechenden Wasserkraftanlagen versorgt werden können. Die Vorteile der kleinen Wasserkraftwerke liegen auf der Hand. Ihr „Treibstoff“ Wasser für die Turbinen ist praktisch unbegrenzt, so dass mit Hilfe dieser Ressource eine CO2-freie Inselstromversorgung aufgebaut, das Stromversorgungsnetz stabilisiert und eine kontinuierliche zuverlässige Stromeinspeisung gewährleistet werden kann. Als Notnagel steht noch ein Notstromdieselaggregat zur Verfügung, das wenn möglich nicht eingesetzt werden soll.

Schweiger wünscht sich von der Politik, dass sie bei aller Priorisierung des Klima- und Naturschutzes nicht aus den Augen verliert, dass ohne eine sichere und bezahlbare Energie-/Stromversorgung die Energiewende zum Scheitern verurteilt ist. Klimaschutz, CO2-Neutralität, Versorgungssicherheit auch im Krisenfall, Energieeffizienz und Bezahlbarkeit sind eng miteinander verzahnt. ■

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
 Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
 Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

- SPORT
- KULTUR
- POLITIK
- WETTER
- LOKALE NACHRICHTEN
- GESELLSCHAFT
- WIRTSCHAFT

DR. MANFRED AHLERS | JOURNALIST, FILMAUTOR, MEDIENTRAINER UND MEDIENBERATER

Wie kann sich die Wasserkraft im Konzert der erneuerbaren Energien öffentlich besser darstellen?

Im Prinzip ist ohne die richtige (emotionale) Kommunikation alles nichts. So lässt sich die Kernbotschaft von Dr. Manfred Ahlers, Medientrainer und Medienberater, langjähriger ZDF-Wirtschafts- und Politikredakteur, zusammenfassen. Und dass es in der Energiewirtschaft und insbesondere bei den Wasserkraftbetreibern messbaren Nachholbedarf in Sachen Kommunikation mit der Öffentlichkeit in ihrer ganzen Breite gibt, führte er in einem kurzweiligen Vortrag dem gespannten, vorwiegend technisch ausgebildeten Auditorium vor.

Wichtig für die Wasserkraftbetreiber ist, sich zu vergegenwärtigen, dass es in der Medienlandschaft inzwischen weitestgehend nur noch das sogenannte Agenda-Surfing, also Wellenbewegungen von Themen, gibt. Das Thema, das aktuell gerade oben auf der Welle reitet, wird diskutiert und seiner ganzen epischen Breite beackert. In eine solche Welle sich positiv hineinzumännern, ist dann die Kunst in der Kommunikation.

Was aktuell zum Beispiel ganz oben im Ranking steht, ist die Gaskrise in allen mehr oder weniger interessanten Schattierungen. Genau in dieser Situation auf die Welle aufzuspringen und zu sagen, dass mit der Wasserkraft eine ökologische, örtlich kundennahe und vor allem bezahlbare Alternative geboten wird, wäre das Gebot der Stunde. Das heißt, die Welle muss jetzt und nicht erst in ein paar Wochen oder Monaten für eigene positive Botschaften genutzt werden. Jetzt müssen die Wasserkraftbetreiber, sei es über ihre Verbände oder direkt als Unternehmen in die Offensive gehen, nach dem Motto: Wann, wenn nicht jetzt. Ein gutes Beispiel dafür ist das seit langem geplante, von Bürgerinitiativen und Umweltschützern vehement bekämpfte und durch fehlenden Rückhalt in der Politik beerdigte Projekt Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven. Aus der Not heraus darf es nun eine Wiederauferstehung feiern, die sich die Bauherren in den kühnsten Träumen nicht hätten ausmalen wollen.

Es bleibt natürlich nicht nur dabei, dass man das richtige Thema zum richtigen Zeitpunkt spielt, sondern es gilt, auch andere Mechanismen zu beachten, denn leider trifft die Aussage des Medienprofis Markus Söder, seines Zeichens Ministerpräsident Bayerns, voll zu, dass der Gesinnungsjournalismus in unserem Land zunimmt. In allen Medienredaktionen sitzen inzwischen Menschen, die euphemistisch ausgedrückt ökologisch interessiert sind, aber leider in einer einseitigen Auslegung, wie sie zum Beispiel vom BUND (Bund Naturschutz) favorisiert wird. Neidlos muss man zugeben, dass der BUND eine ausgezeichnete Medienarbeit abliefern. Er bietet offensiv tägliche Themen wie tote Fische, verschandelte Landschaft etc. an und lädt die Medienvertreter ein. Psychologisch leicht nachvollziehbar trägt die permanente Präsenz des BUND die uns bekannten Früchte einer zumindest getönten Berichterstattung und einer bis in die Behörden reichenden Naturwahrnehmung. Man darf nicht vergessen, dass so die Mehrheit der Journalisten zur Seite der Naturschützer tendieren. Und „Horror“-Szenarien wie zerstörte Landschaften, trockengefallene Laichplätze und „gehäckselte“ Fische kommen grundsätzlich in den Redaktionen gut an, denn sie generieren Aufmerksamkeit/Quote/Auflage. Gleichzeitig müssen die Medien, insbesondere die gedruckten Medien sparen, so dass sie gerne etwas gut Aufbereitetes verwerten. Das zu verhindern, ist keine realistische Option. Vielmehr ist es wichtig, dass man zum Beispiel als Wasserkraftbetreiber selber aktiv wird und gegensteuert, in-

dem die positiven Eigenschaften der Wasserkraftnutzung hervorgehoben werden. Wichtig ist, aus der defensiven Haltung herauszukommen. „Wehrhafte“ Bürgerinitiativen und NGOs sind die willkommenen Bild- und Nachrichtengeber z. B. für das Fernsehen und haben quasi automatisch als moderne „Kämpfer der Entrechteten“ alle Sympathien auf Ihrer Seite. Da gilt es gegenzuhalten und vor Augen zu führen, dass zum Beispiel die vermeintliche Heimatzerstörung eine neue gleichwertige, wenn nicht sogar bessere Natur geschaffen hat, die den Menschen einen lebenswerten Mehrwert bringt; als Beispiel sei das fränkische Seenland genannt. Während örtliche Bürgerinitiativen in erster Linie Partikularinteressen im engsten Sinn vertreten, gilt es für die Wasserkraftunternehmen, mit ihrer hoffentlich proaktiven Kommunikation den Blick auf eine übergeordnete gesellschaftspolitische Ebene zu heben. So besteht die Chance, dass sich die größere Sicht auch auf die Politik überträgt. Wenn von dort der entsprechende Rückhalt kommt, dann besteht die Möglichkeit, dass die latente Blockadehaltung der Genehmigungsbehörden, die natürlich durch den Mainstream in der Gesellschaft befördert wird, zumindest überdacht wird. Als Einschränkung darf natürlich nicht unerwähnt bleiben, dass die Agierenden in der Politik einem gewissen Populismus unterliegen. Sie wollen wiedergewählt werden. Dieser Melange aus zum Teil naturbewegten Journalisten und Vertretern in den Genehmigungsbehörden, lokalem Widerstand und Politikern, die im Wahlkampf keinen Stress mit umkämpften Projekten haben wollen, gilt es seitens der Wasserkraftbetreiber offensiv zu begegnen. Sie sollten positive Themen/Botschaften rund um die Wasserkraft platzieren und so Sympathien schaffen. Denn für die Medien wie auch für die Menschen sind die Emotionen das Ausschlaggebende. Die Emotionen zu steuern, also nicht in der Defensive zu verharren, sondern mit positiven, sympathisch vorgetragenen Botschaften in die Offensive gehen, ist das Gebot der Stunde. ■

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 21/2022 der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel,
Doris Kirchner, Jan Kiver
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Event: Jessica Kassner
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg



LIFE
RIVERSCAPE
LOWER INN

Verbund

Seit mehr als 200 Jahren hat der Mensch den Inn nach seinen Bedürfnissen verändert. Seit den 1940er Jahren spielt auch die Wasserkraft eine Rolle. Ausgehend von den Wasserkraftwerken von VERBUND wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern den Lebensraum zu Land und zu Wasser aufwerten und Flora und Fauna wieder mehr Raum geben.

Das Projekt „Riverscape Lower Inn“
wird durch das LIFE-Programm
der Europäischen Union gefördert.
(LIFE 19 NAT/DE/000087)

